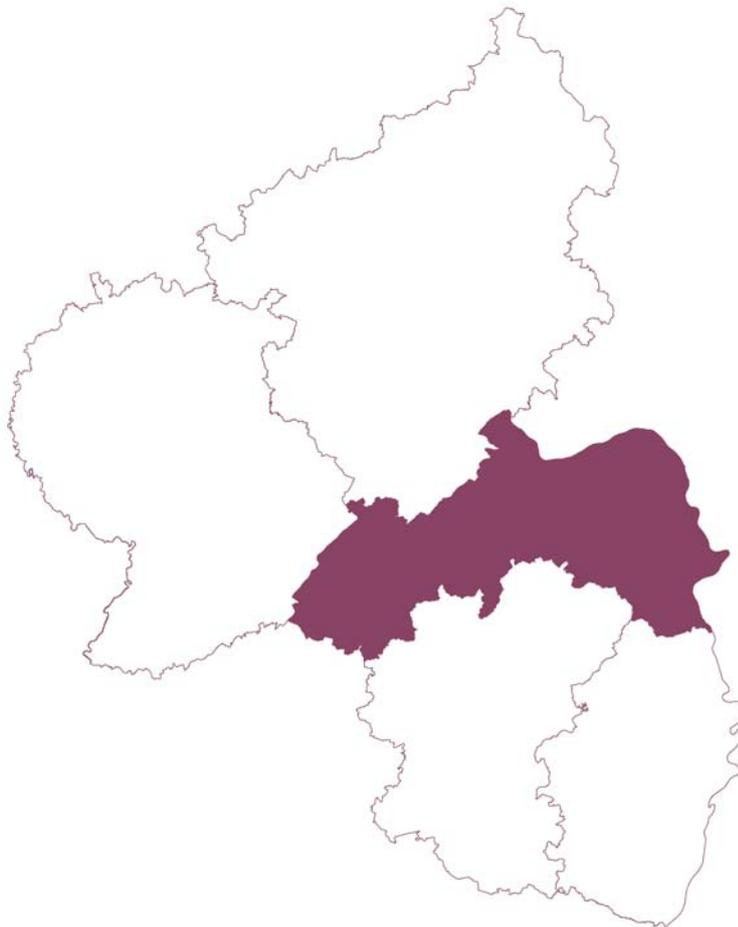


# Rheinessen-Nahe 2020

ausgewählte Ergebnisse der Raumbeobachtung  
zur Sicherung der Daseinsvorsorge  
in der Region Rheinessen-Nahe



PLANUNGSGEMEINSCHAFT  
RHEINHESSEN-NAHE

## Impressum

Herausgeber: Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Erscheinungsjahr: 2009

Vorsitzender: Ernst Walter Görisch  
Landrat des Landkreises Alzey-Worms

Leitende Planerin: Christiane Donnerstag

Projektleitung: Dr. Jamill Sabbagh / Christiane Donnerstag

Redaktion: Geschäftsstelle der  
Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe  
Lauterenstr. 37  
55116 Mainz

Tel. 06131 / 48018 - 40

Fax 06131 / 48018 - 99

Internet [www.pg-rheinhessen-nahe.de](http://www.pg-rheinhessen-nahe.de)

E-mail [geschaeftsstelle@pg-rheinhessen-nahe.de](mailto:geschaeftsstelle@pg-rheinhessen-nahe.de)





# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>5</b>
<b>1. Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Raumstruktur und demographische Entwicklung</b> .....	<b>5</b>
<b>3. Daseinsvorsorge als Aufgabe der Regionalplanung</b> .....	<b>13</b>
3.1. Zentrale-Orte-Konzept.....	16
3.2. Wohnen .....	19
3.3. Einzelhandel.....	20
3.4. Erreichbarkeit – ÖPNV und MIV.....	23
<b>4. Weitere Bereiche der Daseinsvorsorge</b> .....	<b>26</b>
4.1. Kinderbetreuung.....	26
4.2. Bildung .....	29
4.3. Gesundheit und Pflege.....	32
4.3.1. Medizinische Versorgung.....	32
4.3.2. Altenpflege.....	32
4.4. Technische Infrastruktur.....	35
4.4.1. Energieversorgung, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung .....	35
4.4.2. Telekommunikation.....	35
4.5. Freizeit, Kultur und Sport.....	38
<b>5. Ausblick</b> .....	<b>39</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>43</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>47</b>



## Einleitung



- Vorwort Landrat Ernst Walter Görisch
- Trends und Entwicklungen



## Vorwort

Das Landesentwicklungsprogramm IV (LEP IV) hat mit seinen Vorgaben über die Ziele und Grundsätze der Raumordnung die Weichen für die Ausgestaltung der nächsten regionalen Raumordnungspläne gestellt.

Die regionalen Raumordnungspläne sollen die Inhalte des LEP IV konkretisieren. Hierzu übernehmen sie die Funktion der räumlichen Steuerung raumbedeutsamer Vorhaben und Maßnahmen. Deshalb stellen sie u.a. besondere Funktionen der Gemeinden, Grundzentren oder auch besonders planungsbedürftige Räume dar. Grundlagen für diese Ausweisungen bietet eine zielgerichtete themenorientierte Raubeobachtung. Dabei werden, ohne das Gesamtsystem aus dem Blick zu verlieren, vorwiegend die Aspekte betrachtet, die auch einer räumlichen Steuerung unterzogen werden können.



Im Hinblick auf den anstehenden regionalen Raumordnungsplan wird die Planungsgemeinschaft Rheinhesen-Nahe einzelne themenbezogene Informationsschriften herausgeben und so eine Plattform bereitstellen, mit der sich die Kommunen im Vorgriff auf den regionalen Raumordnungsplan themenorientiert mit Fragestellungen beispielsweise zur Daseinsvorsorge, dem Einzelhandel oder den Schwellenwerten auseinandersetzen können. Diese Handreichungen vertiefen die Kooperation und den Dialog innerhalb der Region und tragen somit zu einer breiten Akzeptanz des späteren regionalen Raumordnungsplanes bei. Denn insbesondere gemeinsam gefundene Lösungen liefern allen einen deutlich erkennbaren Mehrwert, weil durch das Bündeln der Kräfte ein eigenständiges Profil der Region entwickelt und sukzessive umgesetzt werden kann.

Die erste Informationsschrift ist die vorliegende ausgewählte Raubeobachtung zur Daseinsvorsorge. Denn dieses Thema ist auf der Grundlage des LEP IV ausführlich im regionalen Raumordnungsplan abzuhandeln. Im Vordergrund steht die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der gesamten Region. Dabei sind der demographische Wandel und die damit verbundene wirtschaftliche Auslastung der Infrastruktur zu beachten. Dieser Aufgabe kann die Regionalplanung nur in Kooperation mit den Kommunen und den Einrichtungsträgern gerecht werden.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'E. W. Görisch', with a stylized flourish at the end.

Ernst Walter Görisch  
Landrat des Landkreises Alzey-Worms und  
Vorsitzender der Planungsgemeinschaft Rheinhesen-Nahe



## Einleitung

Allerorts ist vom gesellschaftlichen Wandel die Rede. Nicht nur, dass sich die Altersstrukturen auf dramatische Weise verändern, es gibt etliche ablesbare Trends, welche die bisherigen Wertevorstellungen und Strukturen auf den Kopf stellen könnten. Diese machen natürlich nicht an den Grenzen der Kommunen halt und es ist dringend geboten, sich mit diesen absehbaren Veränderungen kontinuierlich auseinander zu setzen. Die unterschiedlichsten und häufig auch gegenläufigen Ansprüche der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen haben nicht nur Auswirkungen auf den Umgang miteinander. Auch wird die Ausstattung an vorgehaltener Infrastruktur mit völlig veränderten Grundannahmen zu hinterfragen sein.

gesellschaftlicher Wandel

Neben dem sich bereits länger vollziehenden Wandel von der Produktion zur produktionsorientierten Dienstleistung gibt es weitere Trends, die teilweise genau gegenläufig sind. Eines sollte bei den nachfolgend beschriebenen Trends im Hinterkopf bleiben - es gibt dabei auch immer größere Gesellschaftsgruppen, die so gar nicht in das jeweils beschriebene Bild passen. Zum einen weil nicht alle Menschen diesen angeblichen Trends hinterlaufen und unbedingt "hipp & in" sein wollen. Zum anderen weil Einkommen und/oder gesellschaftliche Stellung eine Teilnahme überhaupt nicht zulassen. Hier spielt das oft zitierte Stichwort 2/3-Gesellschaft eine wichtige Rolle. Dabei kann nur ein Drittel der Gesellschaft am vielschichtigen Konsum vor allem im Hinblick auf die von der Werbung propagierten Luxusgüter teilhaben (Freizeit & Erholung, Fernreisen, Teilnahme an der Medienwelt, sonstige Luxusgüter etc.) und zwei Drittel der Gesellschaft bewegen sich im Hinblick auf soziale Stellung, Schulbildung und Fortbildungsmöglichkeiten, Lohngefüge, Versorgung und vieles mehr lediglich im Umfeld des Existenzminimums.

Auswirkungen von arm und reich

Bei den Trends werden meist zwei große Gesellschaftsgruppen betrachtet. Da gibt es einmal die angeblich jung-dynamischen Singles – ein Blick hinter die Zahlen erlaubt diese Formulierung, weil vor allem in den älteren Altersgruppen mindestens ebenso viele Singles vertreten sind, die aber bei dieser Argumentation selten berücksichtigt werden. Bei dieser lang schon von der Werbung entdeckten Zielgruppe liegen die Interessen laut Marktforschung vorrangig bei Fun & Freizeit, dem Leben auf der Überholspur, ausschließlich temporären meist zunächst im Zeitalter der Medien anonymen Kontakten, wenigen und nur schwachen sozialen Bindungen. In der Konsumwelt nur schwimmend auf der Erlebnisschwelle – getreu dem Motto alles sofort und jederzeit. Wenn dies wirklich ein gesellschaftlicher Trend ist, dann hat er Auswirkungen auf soziale Strukturen, Ortsgemeinschaften bis hin zu den Vereinstätigkeiten.

zunehmender Anteil an Singles

Eine weitere und ebenso wenig zu unterschätzende Entwicklung ist das steigende Durchschnittsalter der Gesellschaft. Das Bundesministerium für Familie etc. spricht hier schon bereitwillig vom sogenannten "Silbermarkt". Es wird zeitnah und kontinuierlich eine zunehmend größere und überaus aktive Bevölkerungsschicht gesetzteren Alters geben. Diese wird qualitativ hohe Ansprüche an Service und Dienstleistungen aller Art stellen und sich angeblich dies auch bereitwillig etwas kosten lassen. Von der Werbung wird diese Zielgruppe als Pioniere neuer Werte und Märkte gefeiert. Immer wieder wird die Revolution auf leisen Sohlen angekündigt. Diese Bevölkerungsgruppe will keinesfalls nur hinnehmen, sondern sich aktiv und dauerhaft in die Entscheidungsprozesse einbinden. Das erfordert von allen Seiten ein Umdenken und ein Einbinden des enormen Potenzials, weil der gemeinsame Prozess zu allseits akzeptierten Lösungen führen wird.

ältere Mitbürger – infrastrukturelle Auswirkungen

Diese Trends schlagen sich sicherlich in den Städten und im ländlichen Raum unterschiedlich nieder. Manche Kommunen sind schon von der einen oder anderen Welle erfasst. Bei anderen wiederum sind Tendenzen erkennbar. Die vorliegende Raumbewertung mit ausgewählten Ergebnissen zur Daseinsvorsorge soll die Aufmerksamkeit auf das wichtige Thema lenken und Handlungsmöglichkeiten für eine erfolgreiche Bewältigung dieser gesellschaftlichen Veränderungen in der Region Rheinhessen-Nahe entwickeln helfen.

Daseinsvorsorge bedeutet, der Bevölkerung in zumutbarer Entfernung und zu erschwinglichen Preisen den gleichberechtigten Zugang zur sozialen, kulturellen und

Trends und Tendenzen

Definition	technischen Infrastruktur zu ermöglichen. Die spezifischen Mobilitätsansprüche der Bevölkerung sind generationenübergreifend zu berücksichtigen. Dabei erfahren die Rahmenbedingungen der Daseinsvorsorge seit Jahren umfassende Veränderungen. Die infrastrukturbezogene Diskussion kreist aktuell um zwei Aspekte des demographischen Wandels. Dies ist zum einen der quantitative Wandel der Nachfrage in Folge rückläufiger Gesamtbevölkerung und zum anderen der qualitative Strukturwandel bzw. die Verschiebung der Nachfrage. Der Übergang der Bevölkerungsentwicklung auf einen Schrumpfungskurs, von dem langfristig auch die Teilräume erfasst werden, in denen heute noch Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist, führt dauerhaft zu einem Rückgang zentraler Nachfragegruppen. Während auf der einen Seite in dünn besiedelten Räumen Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Bildungs- und Gesundheitswesen aber auch im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an Auslastungs- und Finanzierungsgrenzen stoßen, treffen neue Herausforderungen wie beispielsweise die Versorgung älterer oder pflegebedürftiger Menschen auf unzureichende Angebotsstrukturen. Eine weitere gesellschaftliche Herausforderung bergen die veränderten Haushaltsstrukturen, der erkennbare Wertewandel und die damit verbundenen Veränderungen gesellschaftlicher Präferenzen.
qualitativer Strukturwandel	
Nachfrageverschiebungen	
Arbeitsteilung von privatem und öffentlichem Sektor	Neben der demographischen Entwicklung unterliegt die weitreichende öffentliche Verantwortung zur Sicherung der Daseinsvorsorge seit einigen Jahren einem grundlegenden Strukturwandel. Nach vielfältigen Liberalisierungs- und Privatisierungsaktivitäten werden Leistungen der Daseinsvorsorge zunehmend in einer Arbeitsteilung zwischen privatem und öffentlichem Sektor erbracht. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbsdrucks überdenken gewinnorientierte Anbieter ihre Versorgungsleistungen in Räumen mit rückläufiger Nachfrage. Auch wegen der zunehmenden Knappheit öffentlicher Mittel wird die Beantwortung der Frage, welche Angebote der Daseinsvorsorge künftig tragbar sind, wesentlich von den finanziellen Rahmenbedingungen abhängen.
Sicherung der Grundausrüstung	Zukünftig geht es vor allem um die Sicherung einer Grundausrüstung sowie um eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge. Die Herausforderung für die Raumordnung liegt darin, den Anpassungsprozess möglichst raumverträglich zu gestalten und zu begleiten. Die Regionalplanung steht dabei vor der Herausforderung, ihre ursprünglich vor allem an Zuwachs orientierten Planungsinstrumente stärker auf Um- bzw. Rückbauprozesse, auf Bestandsmanagement und auf die Anpassung an rückläufige Bedarfe auszurichten.
gemeinsame Bewältigung der Herausforderungen	Dazu bedarf es innovativer Planungsansätze und einer institutionellen Stärkung interkommunaler Kooperation bzw. regionaler Zusammenarbeit. Die Planungsgemeinschaft Rheinhausen-Nahe möchte die Bewältigung der künftigen Herausforderungen der Daseinsvorsorge aktiv unterstützen. Hierzu dienen die vorliegenden ausgewählten Ergebnisse der Raumbewertung zur Daseinsvorsorge in der Region sowie die Darstellung eines Überblicks über mögliche Strategien, die von Fachplanungen und Kommunen entwickelt wurden. Der Bericht stellt eine wichtige Grundlage zur Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes 2020 dar.

## Daseinsvorsorge



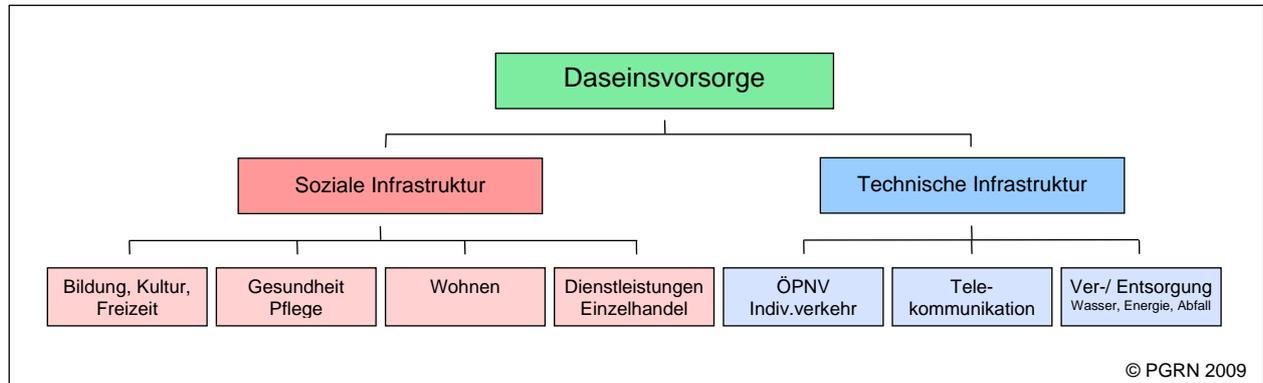
- Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse
  - Raumstruktur und demographische Entwicklung
- Daseinsvorsorge als Aufgabe der Regionalplanung
  - Weitere Bereiche der Daseinsvorsorge
  - Ausblick



# 1. Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse

Zur Daseinsvorsorge zählen all jene Güter und Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht. Im Bereich der technischen Infrastruktur sind dies Leistungen, die der Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, Post, Abfall- und Abwasserentsorgung dienen. Im sozialen Bereich werden Kulturangebote, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung, Schulausbildung und Altenpflege zur Daseinsvorsorge gerechnet.

Definition



Das Leistungsangebot der öffentlichen Daseinsvorsorge repräsentiert dabei den vom Staat unmittelbar gestaltbaren Ausschnitt der Lebensverhältnisse. Die Verpflichtung des Staates zur Gewährleistung von im öffentlichen Interesse stehenden Aufgaben enthält jedoch nicht die Art und Weise der Leistungserbringung, so dass diese auch durch private Unternehmen erbracht werden kann. Nach zahlreichen Liberalisierungen und Privatisierungen liegt die Versorgung inzwischen nicht mehr allein in öffentlicher Hand und es wird bereits von einem Übergang vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat gesprochen.

vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat

Die Ausstattung der Daseinsvorsorge basiert üblicherweise auf Fachanforderungen, der Finanzierbarkeit und einer politischen und fachlichen Wertung zwischen diesen beiden Eckpunkten. Insofern sind die Standards der Daseinsvorsorge immer vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft, einer Region, einer Kommune und nicht zuletzt vor den verfügbaren Versorgungsmöglichkeiten (z.B. Internet) zu sehen.

Ausstattung der Daseinsvorsorge

Die Diskussion um die Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge wird derzeit vor allem von den Veränderungen durch den demographischen Wandel und der Frage beherrscht, inwieweit das Hinwirken auf gleichwertige Lebensbedingungen noch den heutigen und zukünftigen Anforderungen gerecht werden kann. Gerade bei der infrastrukturellen Daseinsvorsorge gibt es beträchtliche regionale Unterschiede in der Zugänglichkeit und der Qualität der angebotenen Leistungen. In Anbetracht des hohen Aufwandes und des begrenzten Erfolges sowie der Mittelknappheit des Staates wird die Ausrichtung auf gleichwertige Lebensbedingungen in jüngster Zeit erneut und zunehmend diskutiert.

Unterschiede bei Zugang und Qualität statt gleichwertiger Lebensbedingungen

Die Schaffung bzw. der Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse ergibt sich bereits aus dem Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 sowie dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 des Grundgesetzes. Allen Bürgerinnen und Bürgern soll die gleiche Chance zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit gegeben werden. Im Raumordnungsrecht (§ 1 Abs. 2 Nr. 6 ROG) werden die gleichwertigen Lebensverhältnisse zur aktiven Handlungsanweisung, indem sie „in allen Teilräumen herzustellen“ sind. Das Bundesraumordnungsgesetz schreibt die Herstellung und Aufrechterhaltung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ als Leitbild der Raumordnung und der Strukturförderung verpflichtend fest, lässt aber den Landesgesetzgebern und der Landesplanung einen weiten Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum. Gleichwertigkeit bedeutet dabei nicht, dass überall die gleichen Versorgungsstandards zur Geltung kommen. Gefordert sind regional-spezifische Mindeststandards, die sozial akzeptabel, umweltverträglich und finanziell tragfähig sind.

verbrieftes Recht: Chance zur Entfaltung der Persönlichkeit

Mindeststandards

Strukturentwicklung  
in ländlichen Räumen

MKRO-Leitbilder

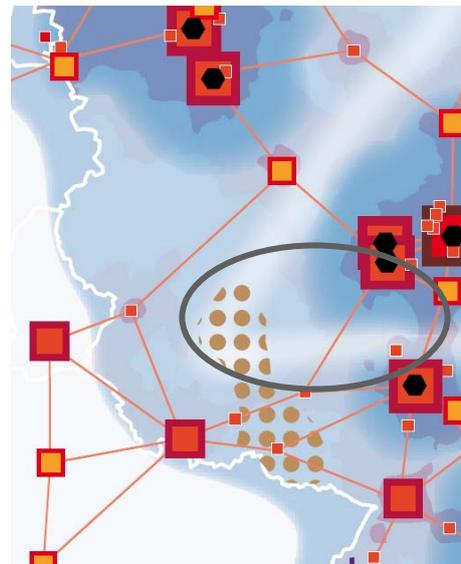
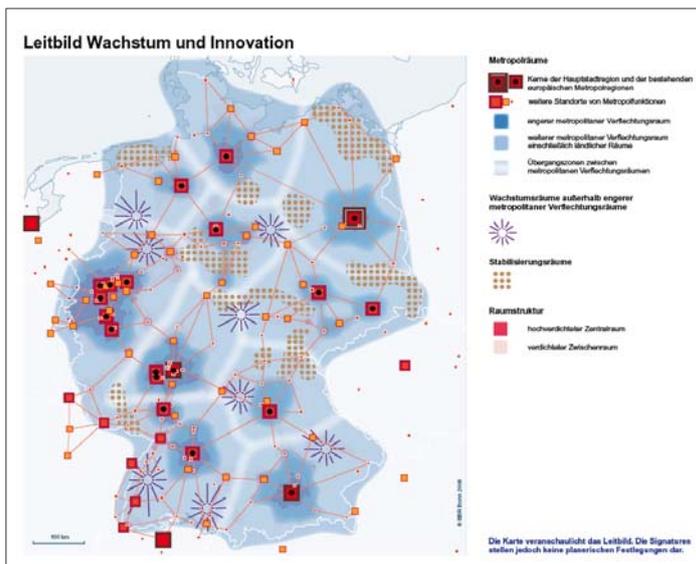
Wachstum und  
Innovation

Während sich das Anliegen der Gleichwertigkeit ursprünglich vor allem auf den Ausgleich der Lebensbedingungen in ländlichen Räumen und hier insbesondere in staatlicher Randlage gegenüber denen in den Städten und Verdichtungsräumen ausgerichtet war, konzentriert sich das Ausgleichsziel inzwischen vor allem auf strukturschwache Räume. Ein Ergebnis dieses Wandels waren die neuen raumordnungspolitischen Leitbilder welche sich die MKRO mit ihrem Beschluss vom 30.06.2006 über „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ zu Eigen gemacht hat (Ministerkonferenz für Raumordnung 2005, 2006, 2008). Entscheidend dabei ist, dass die drei Leitbilder gleichberechtigt nebeneinander stehen. Dadurch ist gewährleistet, dass alle Teilräume mit ihren spezifischen Begabungen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Raumordnungspolitische Leitbilder<sup>1</sup>

■ Wachstum und Innovation

Das Leitbild unterscheidet drei Raumtypen, Metropolräume, dynamische Wachstumsräume außerhalb der engeren metropolitanen Verflechtungsräume sowie Stabilisierungsräume, die sich überwiegend in peripherer Lage befinden. Entscheidend ist, dass auch in den wachstumsschwachen Räumen Mindeststandards gewahrt bleiben sollen. Gleichwohl wird inzwischen keine Förderung der Stabilisierungsräume auf der Grundlage einer Wachstumsorientierung angestrebt, da diese von außen angestoßenen Umverteilungsprozesse erkennbar keine nachhaltige Wirkung gezeigt haben.

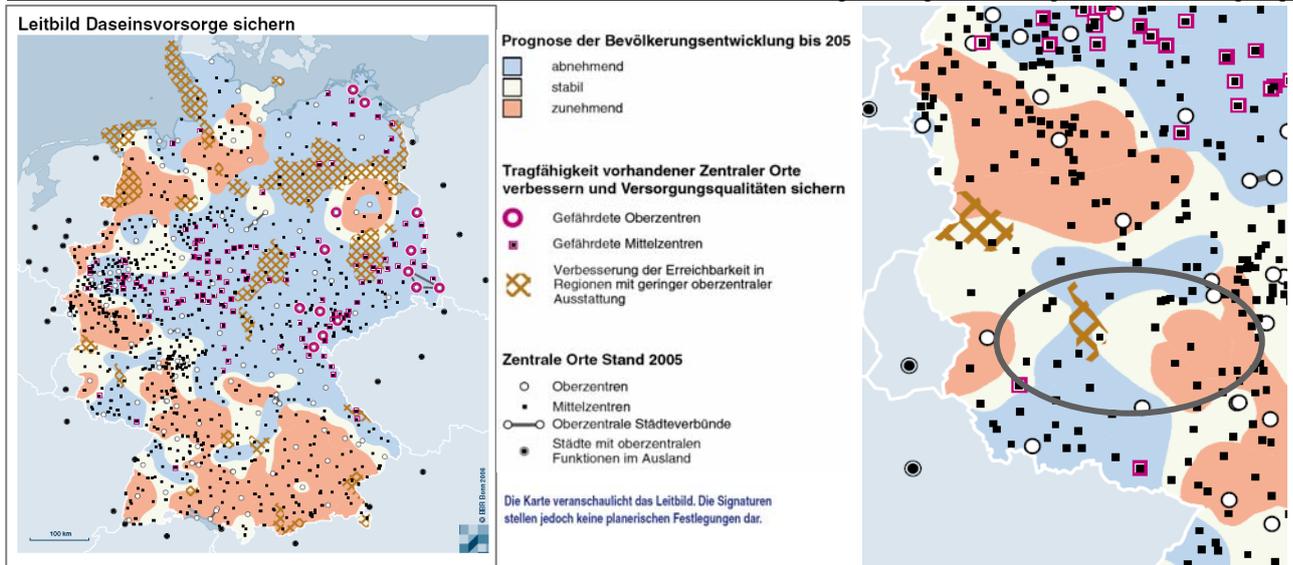


Daseinsvorsorge  
sichern

■ Daseinsvorsorge sichern

Basis des Leitbildes ist die Tragfähigkeit vorhandener zentraler Orte. Daraus wird ersichtlich, dass das Zentrale-Orte-Konzept weiterhin als das Instrument zur Steuerung der Raumentwicklung angesehen wird, wobei es zu einer Akzentverschiebung kommt – von der grund- und kleinzentralen Ebene hin zur mittel- und oberzentralen Ebene. Folge für die genannten Stabilisierungsräume ist der Ansatz einer „Stabilisierung durch Konzentration“ der Infrastruktur bzw. Sicherstellung der Daseinsvorsorge. Deshalb geht es vorrangig um die Definition von Standards zur Versorgung und Erreichbarkeit. Zwangsläufig wird diese Definition letztendlich auch zu einem gestrafftem System von Mittel- und Oberzentren führen soll.

<sup>1</sup> Das dritte Leitbild „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“ wird hier nicht weiter erläutert, da der Bezug zur Daseinsvorsorge nicht gegeben ist.



Zukünftig geht es vor allem um die Sicherung einer Kernausrüstung sowie um eine angemessene, bedürfnisgerechte, qualitative Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge. Es gilt, das Infrastrukturangebot auf Bedarfsänderungen zu finanziell tragbaren Bedingungen auszurichten. Was die konzeptionellen Handlungsstrategien für den Erhalt und die Weiterentwicklung einer angemessenen Versorgungsinfrastruktur betrifft, bieten sich im Wesentlichen drei Strategien an: Rückbau bzw. Konzentration, innovative konzeptionelle Veränderungen sowie Veränderungen der Trägerschaft.

flexibles Infrastrukturangebot erforderlich

Nach einem Überblick über die demographische Entwicklung in der Region Rheinhessen-Nahe sollen in den folgenden Kapiteln die Problematik erläutert und die damit in Verbindung stehenden wichtigsten Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz IV (LEP IV) für die verschiedenen Bereiche der Daseinsvorsorge vorgestellt sowie Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Die Situation in der Region Rheinhessen-Nahe wird anhand von Daten zur vergangenen, aktuellen und zukünftigen Entwicklung der Daseinsvorsorge in den Gebietskörperschaften dargestellt. Die Bereiche Wohnen, Einzelhandel sowie Verkehr haben unmittelbare regionalplanerische Relevanz bzw. Einflussmöglichkeiten. Sie werden deshalb zusammen mit dem Zentralen-Orte-Konzept in einem separaten Kapitel behandelt.

Struktur der folgenden Kapitel:  
 - Problemstellung  
 - LEP IV-Bezug  
 - Lösungsansätze

## 2. Raumstruktur und demographische Entwicklung

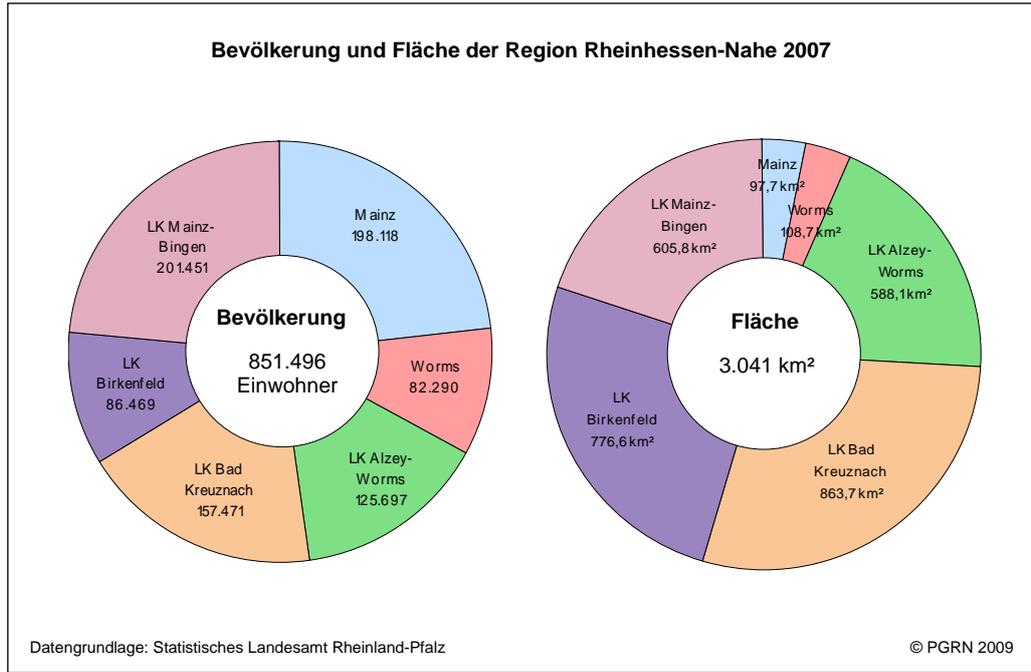
Eingebettet zwischen Rhein, Hunsrück, Taunushöhen und Donnersberg liegt die rheinland-pfälzische Region Rheinhessen-Nahe. Sie setzt sich aus den Teilräumen Rheinhessen und dem Naheraum zusammen, deren naturräumlichen Unterschiede die räumlichen Strukturen und Entwicklungen prägen. Die vier Landkreise Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld und Mainz-Bingen bestehen aus dem Zusammenschluss von acht verbandsfreien Gemeinden bzw. Städten sowie 26 Verbandsgemeinden, die sich wiederum aus 342 Ortsgemeinden zusammensetzen. Mit den kreisfreien Städten Mainz und Worms umfasst die Region Rheinhessen-Nahe somit 352 Städte und Gemeinden.

Region Rheinhessen-Nahe

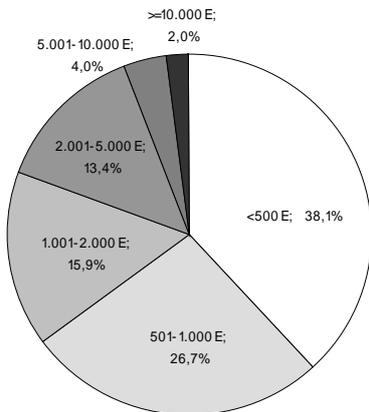
Ende 2007 lebten in der Region Rheinhessen-Nahe 851.496 Menschen auf einer Fläche von 3.041 km<sup>2</sup>. Der Landkreis Mainz-Bingen stellt mit seinen 201.451 Einwohnern die bevölkerungsreichste Gebietskörperschaft dar. Demgegenüber hat die kreisfreie Stadt Worms mit 82.290 Einwohnern die niedrigste Bevölkerungszahl. In den letzten 15 Jahren ist die Bevölkerungsdichte der Region von 253 auf 280 Einwohner pro km<sup>2</sup> angestiegen.

280 Einwohner / km<sup>2</sup>

Bevölkerungs- und Flächenanteil



fast 65 %  
der Kommunen  
unter 1000 Einwohner



Bevölkerung	Region gesamt	LK Alzey- Worms	LK Bad Kreuznach	LK Birken- feld	LK Mainz- Bingen
(Größenklassen)	Anzahl Ortsgemeinden bzw. verbandsfreie Städte und Gemeinden				
0 - 500	134	11	56	64	3
501 - 1000	94	23	27	24	20
1.001 - 1.500	31	8	12	3	8
1.501 - 2.000	25	10	10	0	5
2.001 - 2.500	15	4	5	1	5
2.501 - 5.000	32	9	6	2	15
5.001 - 10.000	14	3	2	1	8
10.001 - 20.000	1	1	0	0	0
20.000 - 30.000	2	0	0	0	2
30.000 - 40.000	1	0	0	1	0
40.000 - 50.000	1	0	1	0	0
50.000 - 100.000	1	0	0	0	0
100.000 - 200.000	1	0	0	0	0
<b>gesamt</b>	<b>352</b>	<b>69</b>	<b>119</b>	<b>96</b>	<b>66</b>

Tabelle: Ortsgemeinden nach Einwohnergrößenklassen 2007

heterogene  
Entwicklung

Nachdem die Bevölkerung in den letzten 20 Jahren um knapp 15% zunahm, wird sich die zukünftige demographische Entwicklung verstärkt in einer Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung vollziehen. Während die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz bereits 2005 zurückging, setzte dieser Abwärtstrend in der Region Rheinhessen-Nahe erst 2008 ein, mit einer Abnahme von 851.496 (31.12.2007) auf 850.160 Einwohner (31.6.2008). In der heterogenen Region Rheinhessen-Nahe wird die künftige demographische Entwicklung sehr unterschiedlich ausfallen. Während die Einwohnerzahlen in den strukturstarken Teilräumen, insbesondere im östlichen Teil der Region, stagnieren oder sogar teilweise noch zunehmen, werden in den strukturschwachen Teilräumen die Bevölkerungszahlen stark zurück gehen. Dies betrifft die Gemeinden der Region höchst unterschiedlich, je nachdem, ob die niedrigen Geburten durch Wanderungen einen Ausgleich erfahren können, oder ein solcher Ausgleich bei mangelnden Wanderungsgewinnen ausbleibt oder ob Abwanderungen diese Entwicklung noch zusätzlich verstärken.

regionalisierte Bevöl-  
kerungsvorausbe-  
rechnung des StaLA

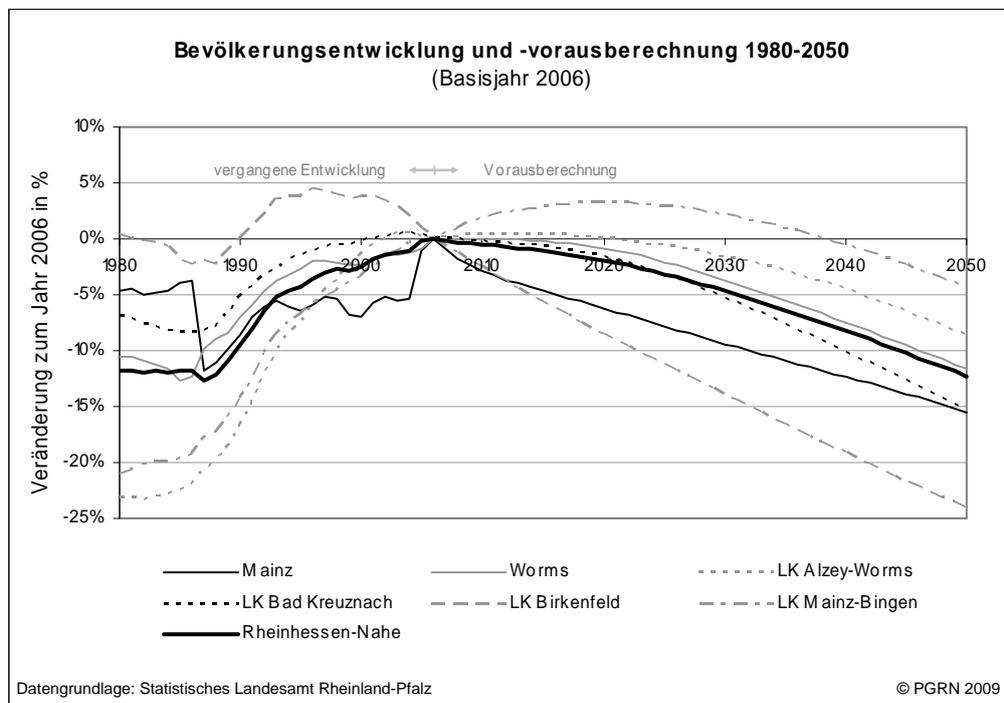
Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat Ende 2007 eine zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2050 auf Kreisebene vorgelegt. Im Jahr 2008 wurden die Kreisergebnisse auf Verbandsgemeindeebene „heruntergebrochen“. Diese kleinräumigere Berechnung erfolgte nur für eine mittlere Frist bis zum Jahr 2020 und

ausschließlich für die mittlere Berechnungsvariante, die aufgrund der LEP IV-Vorgabe Basis für die räumliche Steuerung ist. Die Bevölkerungsvorausberechnungen basieren zu einem wesentlichen Teil auf der Fortschreibung vergangener Entwicklungen. Das Statistische Landesamt weist darauf hin, dass kleinräumige Bevölkerungsberechnungen für einen mittelfristigen Zeitraum gute Planungsgrundlagen liefern können, wenn sie von den Nutzern interpretiert und um Vor-Ort-Kenntnisse ergänzt werden (Böckmann et al. 2008, S. 672).

Nach der zweiten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (mittlere Variante) soll die Bevölkerungszahl der Region Rheinhessen-Nahe bis 2050 um knapp 105.000 Einwohner (-12,3%) abnehmen. Dieser Wert liegt etwas unter dem Landesdurchschnitt von -14,3%. Während die Bevölkerung in den Landkreisen Birkenfeld (seit 1996) und Bad Kreuznach (seit 2004) bereits zurückgeht, wird sie in den übrigen Gebietskörperschaften noch für einen kürzeren oder mittelfristigen Zeitraum zunehmen. In der Stadt Mainz soll der Höhepunkt der Bevölkerungskurve bereits im Jahr 2006, in der Stadt Worms im Jahr 2010 erreicht sein. In den beiden rheinhessischen Landkreisen wird noch bis 2015 (Landkreis Alzey-Worms) bzw. 2020 (Landkreis Mainz-Bingen) mit einem Bevölkerungszuwachs gerechnet. Entsprechend unterscheidet sich die Intensität der Bevölkerungsabnahme: Im Landkreis Mainz-Bingen soll die Bevölkerung bis 2050 um 4,4%, im Landkreis Birkenfeld dagegen um knapp ein Viertel (-24,1%) abnehmen.

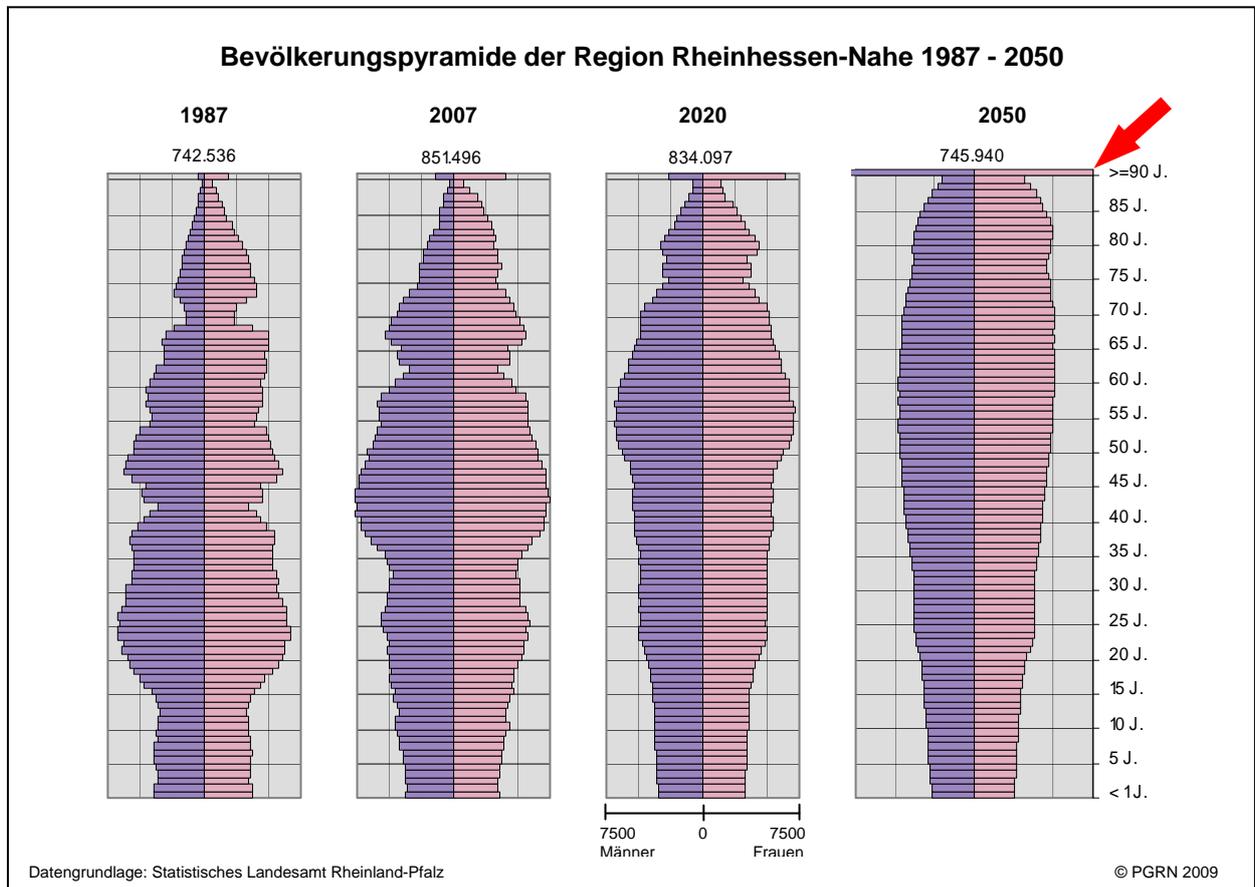
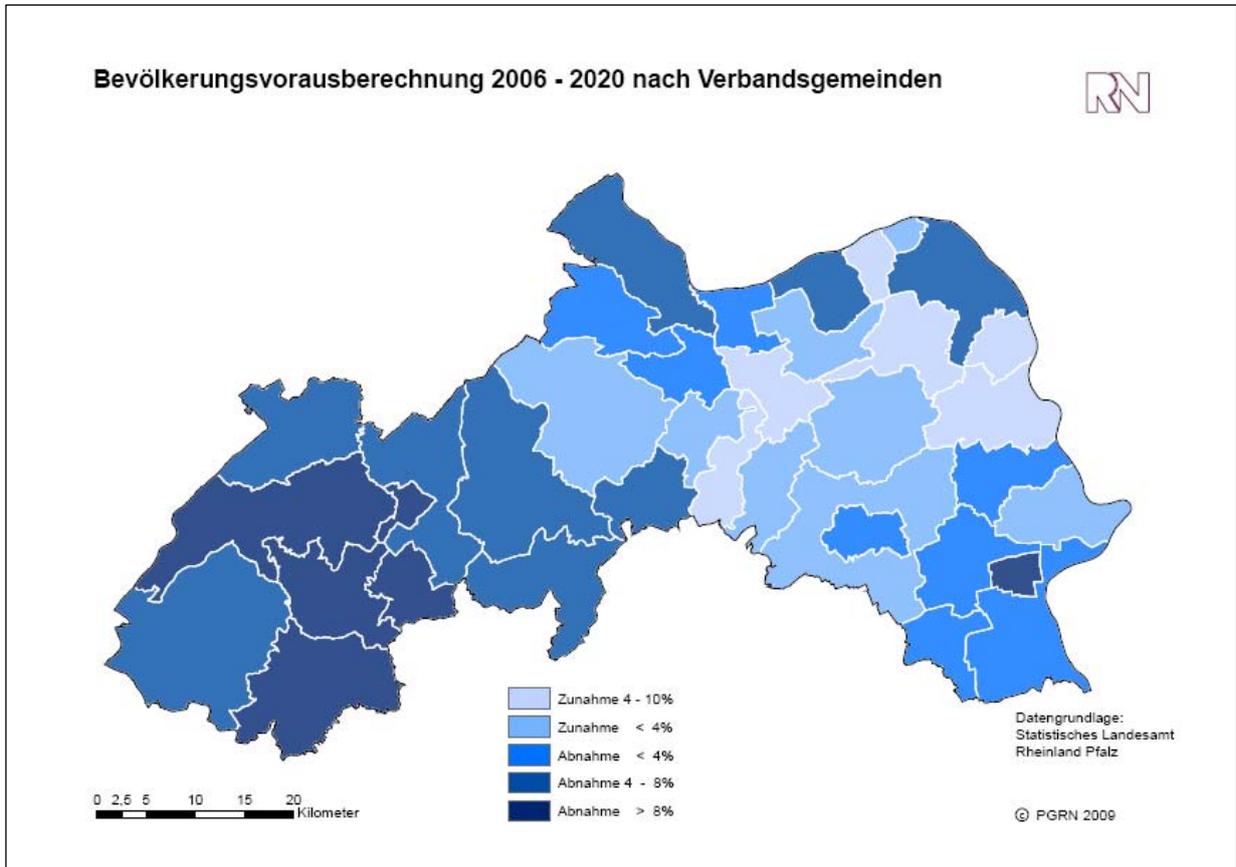
Bevölkerung:  
- 12,3 % bis 2050

Landkreis Birkenfeld  
Hauptbetroffener vom  
Rückgang



Noch stärker variieren die Ergebnisse der kleinräumigen Berechnungen. Auf der Ebene der verbandsfreien und Verbandsgemeinden werden bis 2020 Bevölkerungsveränderungen zwischen +10,7% (Nieder-Olm, Landkreis Mainz-Bingen) und -13,0% (Osthofen, Landkreis Alzey-Worms) bzw. -11,1% (Idar-Oberstein, Landkreis Birkenfeld) erwartet. In der Stadt Osthofen wird damit der stärkste Rückgang in Rheinland-Pfalz erwartet. Während die Bevölkerung der Verbandsgemeinden im Landkreis Alzey-Worms bis 2020 nur minimal zunehmen wird (Verbandsgemeinde-Durchschnitt 0,01%) liegt die durchschnittliche Zunahme der Verbandsgemeinden im Landkreis Mainz-Bingen bei 6,6%. In den beiden Landkreisen des Naheraumes geht das Statistische Landesamt von einem durchschnittlichen Rückgang der Bevölkerung in den Verbandsgemeinden von -3,0 (Bad Kreuznach) bzw. 11,0% (Birkenfeld) aus. Der Durchschnitt aller 36 Verbandsgemeinden (incl. verbands- und kreisfreie Städte) der Region Rheinhessen-Nahe liegt bei einer Bevölkerungsabnahme von knapp -0,3%, der Landesdurchschnitt in Rheinland-Pfalz beträgt -3,2% (siehe Anhang).

Nieder-Olm +10,7%  
Osthofen -13,0%



Jugend- und Altenquotient sind Kennziffern, bei denen die Zahl von Personen, die sich noch nicht bzw. nicht mehr im erwerbsfähigen Alter befinden der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter gegenübergestellt wird. Diese Gegenüberstellung verdeutlicht das Verhältnis der erwerbstätigen Personen gegenüber den nicht erwerbstätigen Personen. Da die volkswirtschaftlichen Kosten von nicht erwerbstätigen Personen von den erwerbstätigen Personen getragen werden, werden die Jugend- und Altenquotienten gelegentlich als "Lastquote" bezeichnet.

Jugend- und Altenquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Personen an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die "Belastung" der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 60 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

Definition  
Jugendquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 60-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren an. Da die über 60-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die "Belastung" der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 60 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Definition  
Altenquotient

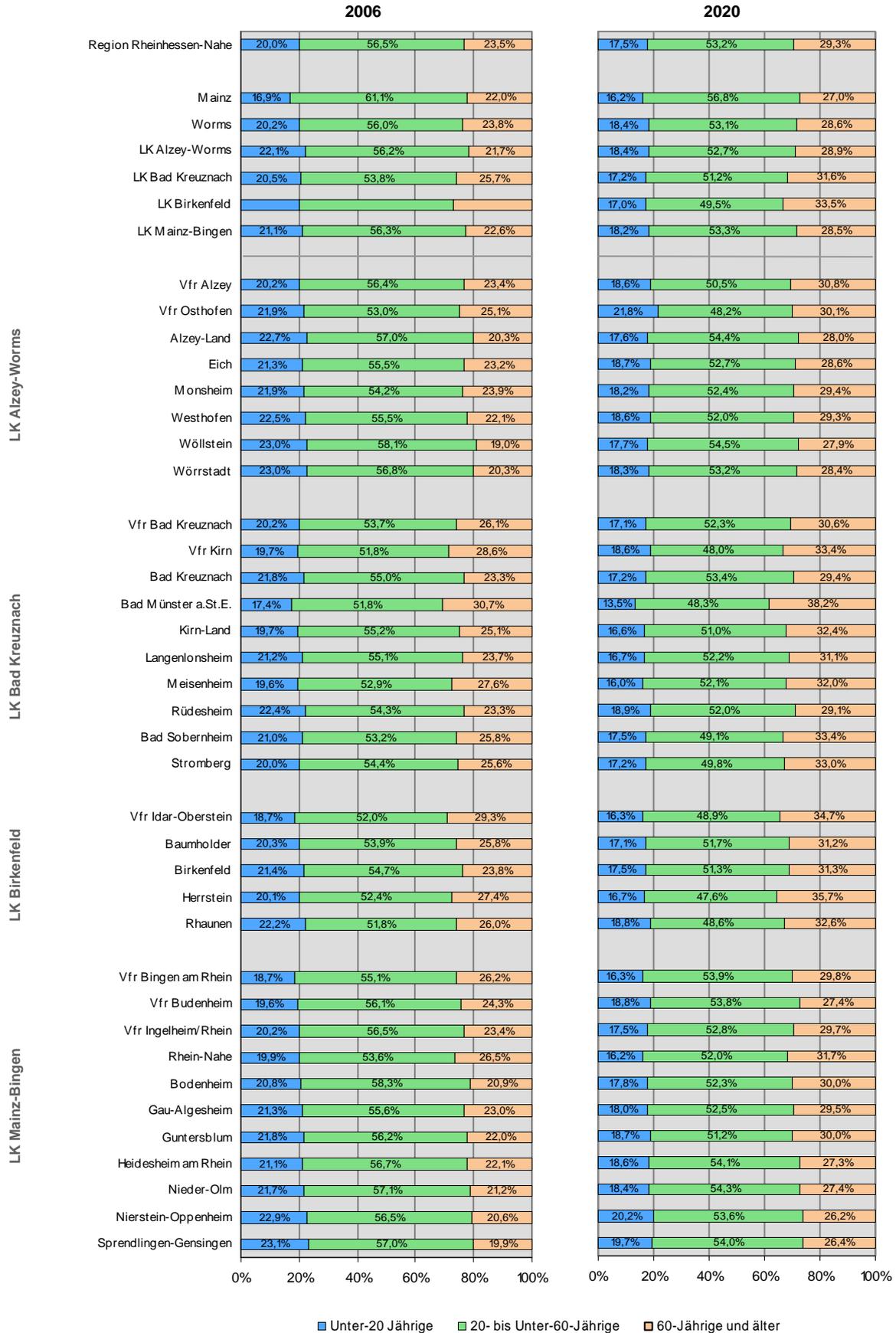
In der Region Rheinhessen-Nahe stehen heute 100 Erwerbsfähigen 35 Menschen gegenüber, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind. Im Jahr 2020 werden es nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz nur noch 33 sein. Umgekehrt wird der Altenquotient von heute knapp 42 auf 55 ansteigen.

Jugendquotient  
heute – 35 / 2020 – 33  
Altenquotient  
heute – 41 / 2020 – 55

Neben den Veränderungen der Gesamtbevölkerung wird es zu einer deutlichen Verlagerung der Altersstruktur kommen. Diese wird zwangsläufig veränderte Bedarfe und Auslastungen von Infrastruktureinrichtungen mit sich bringen. Die Zahl der Über-60-Jährigen wird in der Region Rheinhessen-Nahe bis 2050 um knapp die Hälfte zunehmen (+44,0%). Gleichzeitig wird die Zahl der Unter-20-Jährigen um knapp ein Drittel (-31,5%) abnehmen. Entsprechend verändern sich die Anteile der jeweiligen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung und dies mit allen damit verbundenen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt.

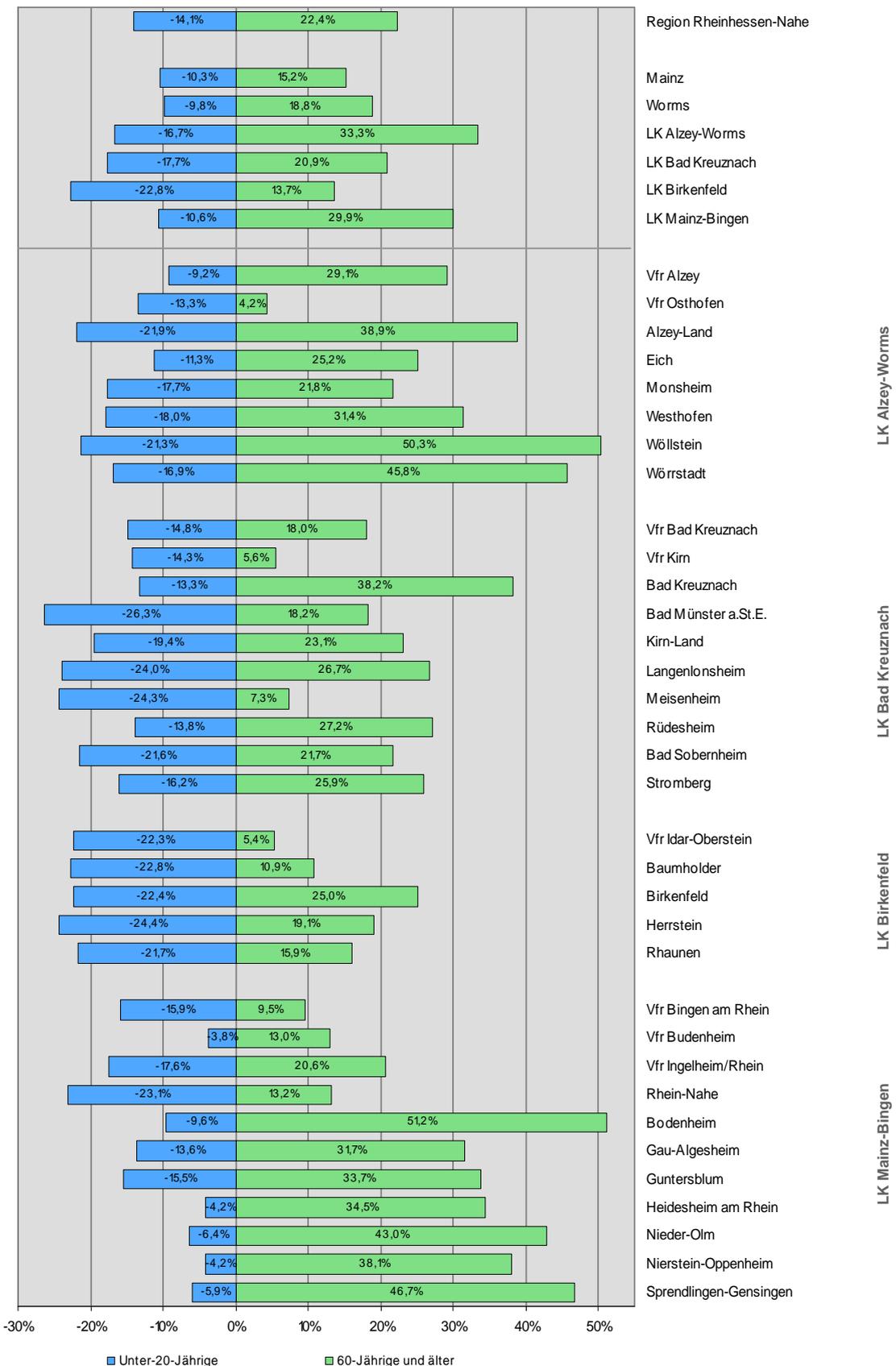
Verlagerung bei der  
Altersstruktur

**Altersstruktur 2006 und 2020**  
in den Landkreisen und Verbandsgemeinden der Region Rheinhessen-Nahe

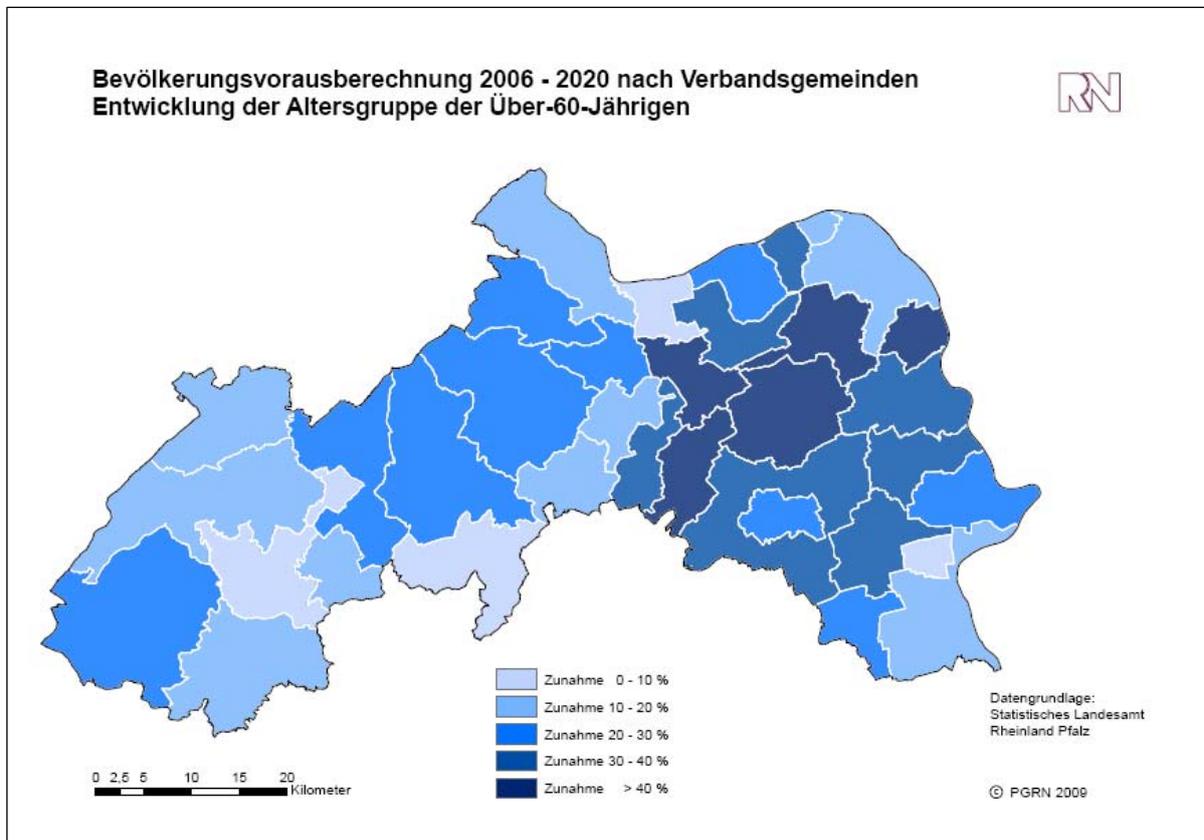
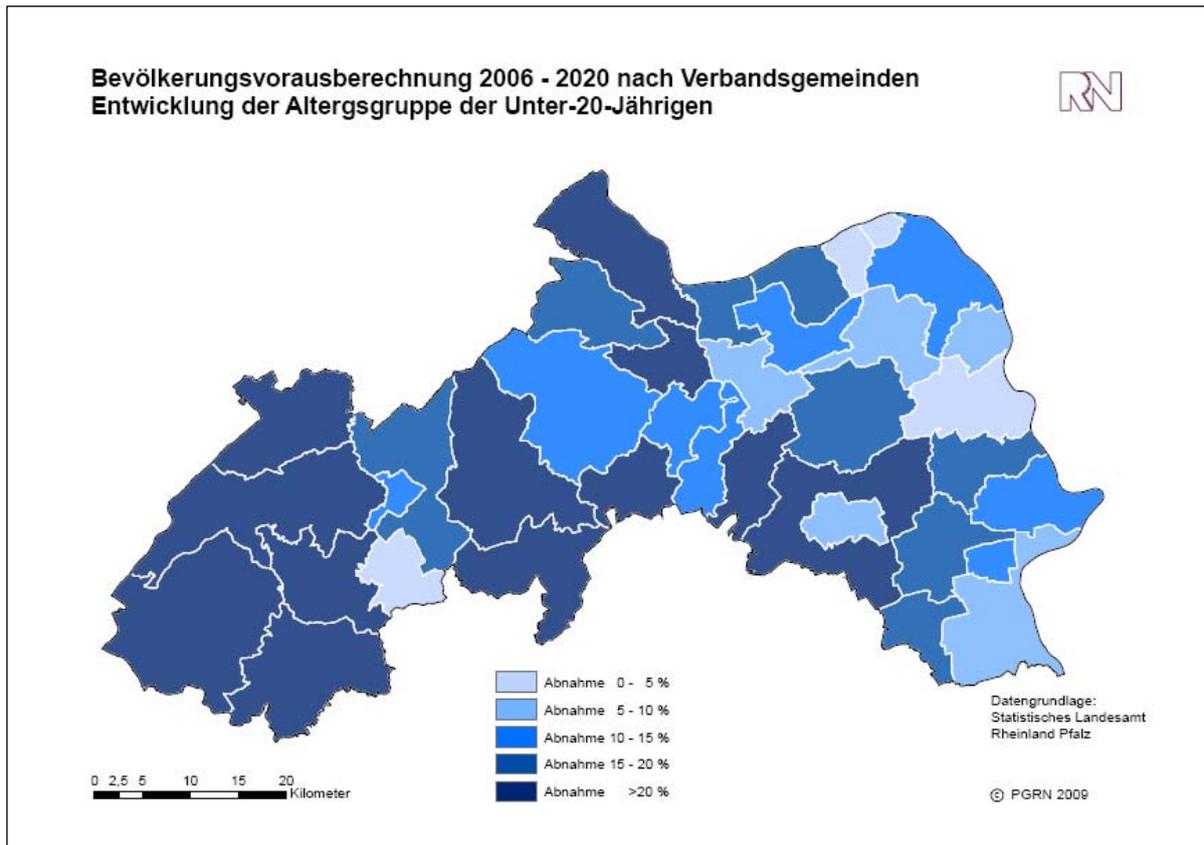


Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung

**Entwicklung der Unter-20-Jährigen und Über-60-Jährigen 2006 bis 2020**  
in den Landkreisen und Verbandsgemeinden der Region Rheinhausen-Nahe



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung



### 3. Daseinsvorsorge als Aufgabe der Regionalplanung

Der demographische Wandel wird zu einer zentralen Herausforderung für eine zukunftsfähige, nachhaltige Raum- und Siedlungsstruktur. Räumliche Planung und die Planungsträger der öffentlichen Daseinsvorsorge und Dienstleistungen haben sich in regional unterschiedlichem Maße frühzeitig auf eine generelle Bevölkerungsabnahme, Alterung und Internationalisierung der Bevölkerung einzustellen und ihre Angebote entsprechend anzupassen. Die hiervon ausgehenden Schlussfolgerungen werden besonders auf der kommunalen und regionalen Ebene sichtbar, da sie eine unmittelbare Wirkung auf die Lebensqualität der Menschen haben. In Fachkreisen besteht zunehmend Konsens, dass „die Region“ zukünftig die Handlungsebene sein wird, auf der effiziente Lösungen eines regionalen Flächenmanagements realisiert werden oder auf der sich die Anpassung der Infrastruktur abspielen wird (BMVBS/ BBR 2006, S. 86). Welches Gewicht den einzelnen Akteuren hierbei zukommt und wie der Begriff „Region“ definiert wird, richtet sich nach den jeweiligen institutionellen bzw. politischen Rahmenbedingungen vor Ort und den Schwerpunktsetzungen der Akteure.

Herausforderung für die räumliche Steuerung

„Region“ als Handlungsebene

Neben Freiraum- und Siedlungsstruktur gehört die Infrastruktur zum dritten Regelungsbereich der Raumordnung. Insofern die Regionalplanung kompetenzrechtlich keine verbindlichen Entscheidungen über Anpassungsmaßnahmen trifft ist sie auf eine Kooperation mit all jenen Organisationen und Trägern angewiesen, die mit der Planung und Entwicklung unterschiedlichster Einrichtungen der Daseinsvorsorge beauftragt sind. Dabei sind Einrichtungen in kommunaler, staatlicher und privater Trägerschaft zu unterscheiden. Probleme liegen hier in der eindeutigen Abgrenzung, da die Zuständigkeiten in vielen Bereichen verschwimmen. Insofern ist die im Folgenden angeführte allgemeine Zuständigkeit im Einzelfall zu konkretisieren.

Kooperation aller Organisationen und Träger

#### Katalog - Oberzentren

ZO Kategorie	Versorgungsbereich	Einrichtung	Träger		
			Komm.	Land/ Bund	Privat
Oberzentren	Kulturelles	Hochschule, Fachhochschule		X	
		Zentral-, Fachbibliothek	X	X	
		Museum (überregional bedeutsam)	X	X	
		Zoologischer, Botanischer Garten	X		
		Theater mit eigenem Ensemble	X		X
	Kongresszentrum (Mehrzweckhalle)	X			
	Soziales	Krankenhaus der Maximalversorgung	X		X
		Frauenhaus	X		
		überregional bedeutsame Sportstadion	X		X
	Verkehr	überregional bedeutsame Großsporthalle	X	X	
Großschwimmhalle		X			
ICE/IC-Bahnhof				X	
innerstädtisches öffentliches Verkehrsmittel		X			
Verw. u. Gerichte	Behörden höherer oder mittlerer Verwaltungsebene		X		
	Gerichte höherer oder mittlerer Instanz		X		
	Finanzamt		X		
Handel u. Gastronomie	Großstädtisches Zentrum	X		X	
	Hotel			X	

### Katalog - Mittelzentren

Mittelzentren	Kulturelles	Gymnasiale Oberstufe	X	X	
		Berufsbildende Schule	X	X	
		Sonderschule	X	X	
		Erwachsenenfortbildung (z. B. Volkshochschule u. dgl.)	X	X	X
		öff. Bibliothek m. hauptberuflicher Leitung (Vollzeit)	X		
		Museum (überörtlich bedeutsam)	X		?
		Kino			X
		Theaterspielstätte	X		X
	Soziales	Krankenhaus der Zentral-/Regel-/Grundversorgung	X		X
		Fachärzte (Mind. sechs Sparten)			X
		Beratungsstelle für Familienplanung u. ä.	X		
		Einrichtungen der stationären Pflege	X		X
		Spezielle Einrichtungen stationärer Pflege	X		X
		Stadion mit Nebenanlagen	X		
		Großsporthalle	X		
		Hallenbad	X		X
	Verkehr	Einzugstation/Regionalverkehr			X
		Busbahnhof			X
	Verw. u. Gerichte	Behörden der unteren Verwaltungsebene		X	
		Gerichte der unteren Instanz		X	
		Arbeitsamt, Arbeitsamtsnebenstelle		X	
	Einzelhandel	Vielseitige Einkaufsmöglichkeit d. gehobenen Bedarfs			X
	Handel u. Gastronomie	attraktives mittelstädtisches Zentrum	X		X
		kleine Hotels			X

### Katalog - Unterzentren

Unter- und Kleinzentren	Kulturelles	Schule der Mittelstufe	X	X	
		öffentliche Bibliothek	X		
		Bürgerhaus	X		
	Soziales	Ärzte			X
		Apotheke			X
		Station für ambulante Pflegedienste	X		X
		Stationäre Einrichtungen d. Altenhilfe	X		X
		Sportplatz m. 400 m-Bahn	X		X
		Sporthalle	X		
		Freibad	X		X
		Jugendeinrichtungen	X		
	Verkehr	DB-Bahnhof			X
		Haltestellen von Buslinien (Bedienungshäufigkeit)	X		X
	Verw. u. Gerichte	Gemeindeverwaltung	X		
		Polizeistation		X	
	Handel u. Gastronomie	Einzelhandelsgeschäfte			X
		Gasthof mit Übernachtungsmöglichkeit			X
	Dienstleistung.	Geldinstitute			X
		Stationäre Posteinrichtung			X
		Rechtsanwälte, Steuerberater ...			X

Katalog und Trägerschaft zentralörtlicher Einrichtungen (BMVBS/ BBR 2008, S.59f)

Demographiebezogene Strategieelemente können in den regionalen Raumordnungsplänen in unterschiedlicher Verbindlichkeit als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festgelegt oder in den Begründungen bzw. Erläuterungen dargestellt werden. Ziele der Raumordnung müssen im Wesentlichen drei Parameter erfüllen. Sie haben eine klaren Adressaten, sind hinreichend bestimmt oder bestimmbar und sind vom jeweiligen Planungsträger letztabgewogene Entscheidungen. Für die Ziele der Raumordnung gilt die Beachtungspflicht auf den nachrangigen Planungsebenen. Auch gilt die Anpassungspflicht der nachrangigen Planungsebenen an die Ziele der Raumordnung. Für Grundsätze der Raumordnung gilt eine Beachtungspflicht der nachrangigen Planungsebenen. Dies können jedoch im Gegensatz zu den Zielen der Raumordnung im Rahmen der Abwägung bei hinreichender Begründung überwunden werden.

Ziele und Grundsätze der Raumordnung

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Neuorganisation der Standortsysteme der Daseinsvorsorge, v.a. das Zentrale-Orte-Konzept, die Forderung nach interkommunalen und regionalen Kooperationen bzw. Funktionsteilungen sowie die Einschränkung der Siedlungstätigkeit außerhalb der Zentralen Orte. Die Wirksamkeit und Steuerungswirkung dieser Strategieelemente hängt neben ihrer rechtlichen Verbindlichkeit auch davon ab, inwieweit sie von den Adressaten der Landes- und Regionalplanung aufgegriffen und umgesetzt werden. Darüber hinaus kommt den informellen Instrumenten wie Modellvorhaben sowie der Erarbeitung und Moderation regionaler Entwicklungskonzepte bzw. Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge mit den Gebietskörperschaften und Trägern der Daseinsangebote bei der Bewältigung des demographischen Wandels ein wichtige Rolle zu (z.B. Gutsche et al. 2008).

Neuorganisation Daseinsvorsorge

Strategieoption ZOS	Brandenburg	Baden-Württemberg	Bayern	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Zahl der Ebenen	Straffung auf 2 Ebenen (Wegfall GZ)	Beibehaltung	Beibehaltung	Straffung auf 3 Ebenen	Erweiterung auf Zwischenebenen
Zahl der Zentralen Orte	Insg. Reduzierung, aber Erhöhung MZ	Erhöhung	Erhöhung		Erhöhung
Ausweitung der Funktionen	Stärkung der Entwicklungsfunktion	Stärkung der Entwicklungsfunktion	-	Stärkung der Entwicklungsfunktion	Stärkung der Entwicklungsfunktion
Katalog von Ausstattungsmerkmalen	Ja	Ja	Ja	-	Ja

Strategieoption ZOS	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Zahl der Ebenen	Beibehaltung	Beibehaltung	Straffung auf 3 Ebenen, bei MZ ergänzend raumstrukturell differenzierte Festlegungen	Beibehaltung	Straffung auf 3 Ebenen
Zahl der Zentralen Orte	Reduzierung geplant	Beibehaltung; zukünftig Überprüfung	Reduzierung	Überprüfung geplant	Erhöhung
Ausweitung der Funktionen	-	Stärkung der Entwicklungsfunktion	Stärkung der Entwicklungsfunktion	Stärkung der Entwicklungsfunktion	Stärkung der Entwicklungsfunktion
Katalog von Ausstattungsmerkmalen	Ja	Ja	Ja	-	Ja

ZOS = Zentrale-Orte-System, MZ = Mittelzentren, GZ = Grundzentren

Strategien ausgewählter Länder zur Flexibilisierung des Zentrale-Orte-Systems; Quelle: BBR 2007a, S. 9

Handlungsfeld	Derzeit aktiv	Geplant
Integrierte Gesamtstrategie	40,6%	26,1%
Siedlungsentwicklung	63,8%	15,9%
Landschaftsentwicklung	47,8%	8,7%
Dienstleistungen, Handel, Nahversorgung	43,5%	14,5%
Mobilität und ÖPNV	36,2%	21,7%
Bildung	23,2%	7,2%
Ver-/Entsorgung	17,4%	13,0%
Medizinische Versorgung	13,0%	4,3%
Kommunikation	11,6%	1,4%
Familienfreundlichkeit	10,1%	2,9%
Kulturelle Infrastruktur	8,7%	4,3%
Altenfreundlichkeit	8,7%	4,3%
Zuwanderung	7,2%	1,4%
Integration	2,9%	1,4%

Handlungsfelder der Regionalplanung beim Umgang mit dem demographischen Wandel; Quelle: BBR 2007b, S. 31

### 3.1. Zentrale-Orte-Konzept

räumliche Bündelung  
haushaltsorientierter  
Infrastruktur

Die Raumordnung thematisiert Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge traditionell im Rahmen ihrer Zentrale-Orte-Konzepte (ZOK). Eine klassische Aufgabe der Zentralen Orte besteht in der räumlichen Bündelung der haushaltsorientierten Infrastruktur. Diese dient der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen. Sie umfasst sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Dienstleistungen sowie den Einzelhandel, wobei zwischen Gütern und Dienstleistungen des kurz-, mittel- und langfristigen bzw. des täglichen, des gehobenen und des spezialisierten höheren Bedarfs unterschieden wird. Welche Leistungen der Daseinsvorsorge in den zentralen Orten angeboten werden sollen, ist in Ausstattungskatalogen der Landesplanung geregelt. Hier werden darüber hinaus Vorgaben zur Erreichbarkeit für einzelne Dienstleistungen oder ganze zentrale Orte festgelegt (siehe Anhang). Das Landesentwicklungsprogramm Rheinland-Pfalz (LEP IV) weist ein Zentrale-Orte-System aus, das aus Ober- und Mittelzentren besteht. Zentren der Nahbereiche (Grundzentren) werden auf der Ebene der Regionalplanung ausgewiesen. In der Region Rheinhessen-Nahe wurden 14 Mittelzentren und 23 Grundzentren ausgewiesen.

aktueller Stand  
der zentralörtlichen  
Gliederung

Ortsgemeinde (bzw. kfr. und vfr. Städte und Gemeinden)	Verbandsgemeinde	Kreis	Grundzentrum	Mittelzentrum
			i.E. = im Ergänzungsnetz	
Mainz, kfr. Stadt	Mainz, kfr. Stadt	Mainz, kfr. Stadt	(Oberzentrum)	
Worms, kfr. Stadt	Worms, kfr. Stadt	Worms, kfr. Stadt		MZ
Alzey, Stadt	Vfr Alzey	LK Alzey-Worms		MZ
Osthofen, Stadt	Vfr Osthofen		GZ	
Gau-Odernheim	VG Alzey-Land		GZ	
Flonheim			GZ	
Eich			VG Eich	GZ
Monsheim	VG Monsheim		GZ	
Westhofen	VG Westhofen		GZ	
Wöllstein	VG Wöllstein		GZ	
Wörrstadt	VG Wörrstadt		GZ	
Bad Kreuznach, Stadt	Vfr Bad Kreuznach	LK Bad Kreuznach		MZ
Kirm, Stadt	Vfr Kirm			MZ
Bad Münster am St.E.	VG Bad Münster a.St.E.		GZ	
Bad Sobernheim, Stadt	VG Bad Sobernheim			MZ iE
Langenlonsheim	VG Langenlonsheim		GZ	
Meisenheim, Stadt	VG Meisenheim			MZ iE
Waldböckelheim			GZ iE	
Rüdesheim			VG Rüdesheim	GZ
Stromberg, Stadt	VG Stromberg		GZ	
Idar-Oberstein, Stadt	Vfr Idar-Oberstein	LK Birkenfeld		MZ
Baumholder, Stadt	VG Baumholder			MZ iE
Birkenfeld, Stadt	VG Birkenfeld			MZ
Herrstein	VG Herrstein		GZ	
Rhaunen	VG Rhaunen		GZ	
Bingen a.Rhein, Stadt	Vfr Bingen am Rhein	LK Mainz-Bingen		MZ
Budenheim	Vfr Budenheim		GZ	
Ingelheim am Rhein	Vfr Ingelheim/Rhein			MZ
Nackenheim	VG Bodenheim		GZ iE	
Bodenheim			GZ	
Gau-Algesheim, Stadt	VG Gau-Algesheim		GZ	
Guntersblum	VG Guntersblum		GZ	
Heidesheim am Rhein	VG Heidesheim am Rhein		GZ	
Nieder-Olm, Stadt	VG Nieder-Olm			MZ iE
Oppenheim, Stadt	VG Nierstein-Oppenheim			MZ iE
Nierstein				MZ iE
Bacharach, Stadt	VG Rhein-Nahe		GZ	
Sprendlingen	VG Spredlingen-Gens.		GZ	
<b>Summe Region</b>			<b>23</b>	<b>14</b>

Tabelle: Zentrenstruktur der Region Rheinhessen-Nahe

Zukünftig können die Angebote der Daseinsvorsorge in Teilräumen der Region bedingt durch den demographischen Wandel, insbesondere durch Verschiebungen in der Altersstruktur wie auch einem drastischen Bevölkerungsrückgang, nicht mehr auf dem heutigen Versorgungsniveau garantiert werden. Dies hat zur Folge, dass das System der Zentralen Orte unter Anpassungsdruck gerät. Veränderungen innerhalb des zentralörtlichen Systems müssen zwei gegenläufige Aspekte zusammenführen: die flächendeckende Erreichbarkeit von Zentren einerseits und ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit durch langfristig gesicherte Auslastungspotenziale andererseits. Angesichts der unterschiedlichen demographischen Rahmenbedingungen differieren die Strategien der Bundesländer, was die Flexibilisierung und Anpassung des Zentrale-Orte-Systems betrifft. Während in den Ländern mit einem derzeitigen Bevölkerungswachstum die Zahl der Zentralen Orte noch ausgebaut und die dortigen Angebote ergänzt werden, verfolgen die Länder mit einem akuten Problemdruck eine Strategie der Straffung der Zahl der Ebenen bzw. die Ausdünnung des zentralörtlichen Systems.

Anpassungsdruck  
für ZOK

Des Weiteren wird in einigen Bundesländern wie auch in Rheinland-Pfalz die Kooperation zentraler Orte angestrebt.<sup>2</sup> Die Auslastung von Infrastruktur bzw. die Sicherung von Tragfähigkeiten macht Kooperationen in deutlich zunehmendem Maße notwendig, weil nicht jede Kommune für sich sämtliche Standortfaktoren und Infrastruktur bzw. Einrichtungen der Daseinsvorsorge vorhalten kann: „Eine wettbewerbsfähige Region nach außen braucht eine intelligente und effiziente Kooperation nach innen bei der Infrastrukturplanung“ (BMVBS/ BBR 2006, S. 84). Die Planungsgemeinschaften können hier eine initiiierende, koordinierende und moderierende Rolle übernehmen.

Kooperation wird  
verstärkt gefordert

#### Ziele und Grundsätze

##### Z 35

Einrichtungen und Dienstleistungen mit unterschiedlicher funktionaler und damit zentralörtlicher Bedeutung (mittel- und oberzentral) der Daseinsvorsorge sind räumlich zu bündeln.<sup>36</sup> Die Standortgemeinden zentralörtlicher Einrichtungen nehmen darüber hinaus Verknüpfungsfunktionen im funktionalen und überregionalen Verkehrsnetz wahr.<sup>37</sup> Die betroffenen Gemeinden definieren und sichern in Eigenverantwortung Umfang und Qualität des zentralörtlichen Versorgungsniveaus.

##### Z 36

Die fünf **Oberzentren** (OZ) Koblenz, Trier, Mainz, Kaiserslautern und Ludwigshafen sind Standorte oberzentraler Einrichtungen und Verknüpfungspunkte im System der großräumigen Verkehrsachsen und in ihrer besonderen Versorgungs- und Entwicklungsfunktion zu sichern.

##### Z 37

Die Oberzentren Mainz und Wiesbaden sowie die Oberzentren Ludwigshafen und Mannheim nehmen grenzüberschreitend neben ihren oberzentralen Funktionen auch metropolitane Teilfunktionen in den Metropolregionen Rhein-Main bzw. Rhein-Neckar wahr. Entsprechende Planungen und Maßnahmen sind im Sinne einer gemeinsamen Funktionswahrnehmung voranzutreiben und frühzeitig abzustimmen.

##### G 38

Gemeinsame Vorhaben sollen durch vertragliche Vereinbarungen abgesichert werden, die dann die Grundlage für eine Projektförderung bilden.

LEP IV  
Ziele und Grundsätze

<sup>2</sup> In der Praxiserfahrungsstudie „Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen“ wurde anhand von Fallstudien analysiert, welche Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung von Kooperationen ausschlaggebend sind und welche Hemmnisse bestehen. Die Studie bietet einen regions- und länderübergreifenden Vergleich von Kooperationen zentraler Orte, in der Nachzeichnung ihrer Entwicklungen im Zeitverlauf und den daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen für die Planungspraxis. Siehe BMVBS/ BBR 2008

LEP IV  
Ziele und Grundsätze

Z 39

Gemeinden, die allein für einen Verflechtungsbereich (Mittelbereich) eine vollständige Versorgung der mittelzentralen Funktionen leisten, werden als **Mittelzentren (MZ)** ausgewiesen und sind insbesondere im ländlichen Raum in dieser Funktion zu stärken und zu sichern (Sicherungsfunktion). Diese (**monozentralen**) **Mittelbereiche** und ihre Mittelzentren sind:

Altenkirchen, Andernach, Alzey, Bad Bergzabern, Bad Ems, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bingen, Boppard, Dahn, Daun, Diez, Frankenthal, Gerolstein, Germersheim, Grünstadt, Hermeskeil, Ingelheim, Linz, Mayen, Pirmasens, Prüm, Saarburg, Speyer, Wittlich, Worms und Zweibrücken. Das Oberzentrum Kaiserslautern erfüllt für seinen Mittelbereich auch die Versorgungsfunktionen auf dieser Ebene.

Die Mittelzentren Worms, Speyer, Landau und Diez (im Zusammenhang mit Limburg) sowie Zweibrücken (im Zusammenhang mit Homburg) halten teilweise oberzentrale Einrichtungen vor.

Z 40

Leisten innerhalb eines Mittelbereichs mehrere zentrale Orte der mittel- und oberzentralen Stufe (**Mittel- und Oberzentren**) einen Beitrag zur mittelzentralen Versorgung, so handelt es sich um einen sogenannten »**mittelzentralen Verbund** kooperierender Zentren«.

Hierzu gehören folgende Mittelbereiche:

G 41

In Räumen, die als »mittelzentraler Verbund kooperierender Zentren« gekennzeichnet sind, sollen diejenigen kooperierenden Zentren, die über kein umfassendes Angebot an mittelzentralen Einrichtungen verfügen, ein breit gefächertes Angebot ergänzender Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen vorhalten.

Z 42

Die Zuordnung von grundzentralen Funktionen in **Grundzentren** und die Abgrenzung ihrer Nahbereiche (»monozentrale Nahbereiche«) wird durch die Regionalplanung vorgenommen.

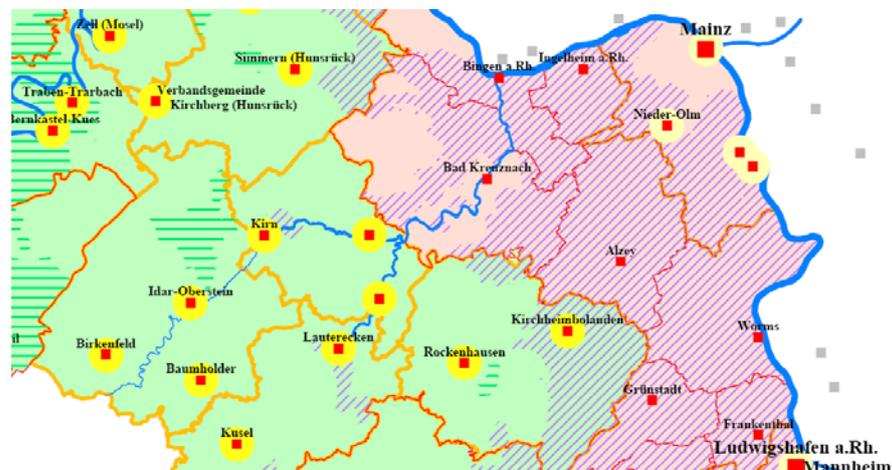
G 43

Die Regionalplanung kann für die grundzentrale Versorgung auch einen sogenannten »grundzentralen Verbund« mit Kooperationsgebot für Nahbereiche ausweisen.

Z 44

Für den Fall einer Ausweisung von »grundzentralen Verbänden« sind Mindestversorgungsstandards in den betroffenen Gemeinden zu beachten und durch örtliche Planung bzw. mit Unterstützung durch die jeweiligen Fachplanungen sicherzustellen. Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch verschiedene Gemeinden mit Grundversorgungsfunktionen ist vertraglich (zum Beispiel über landesplanerische Verträge) abzusichern.

- Kooperierendes Zentrum (freiwillig)
- Kooperierendes Zentrum (verpflichtend)
- Oberzentrum
- Mittelzentrum



(LEP IV, Kap. 3.1.1 Zentrenstruktur, Mittelbereiche und mittelzentrale Verbünde)

Grundzentren  
über Regionalplanung

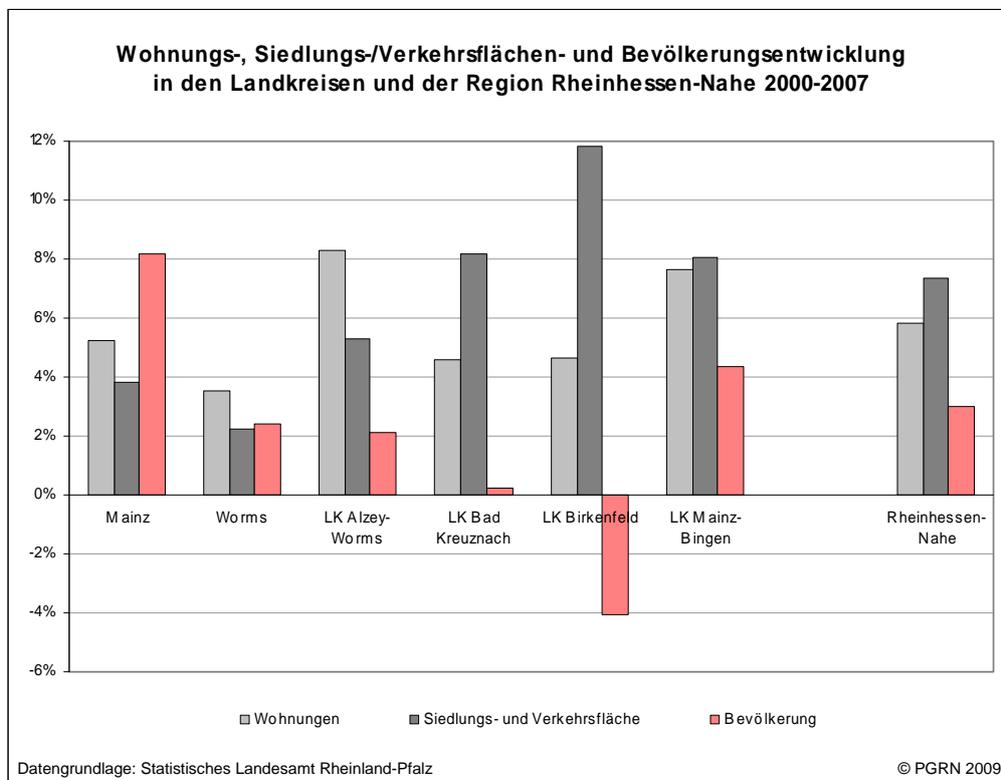
Während die mittelzentralen Verbünde kooperierender Zentren im LEP IV benannt werden (Z 40) soll die Zuordnung von grundzentralen Funktionen in Grundzentren und die Abgrenzung ihrer Nahbereiche (monozentrale Nahbereiche) durch die Regionalplanung vorgenommen werden (Z 42). Die aktuelle Diskussion über mittelzentrale

Standortoptimierung in Rheinland-Pfalz steht dabei in engem Zusammenhang zur angestoßenen Kommunal- und Verwaltungsreform, die bis zum Jahr 2014 umgesetzt werden soll (Sabbagh et al. 2006, S. 15).

### 3.2. Wohnen

Demographische Entwicklung, Sicherung der Daseinsvorsorge und nachhaltige Siedlungsentwicklung hängen eng zusammen: Schrumpfungs- und Alterungsprozesse sowie der Wandel gesellschaftlicher Präferenzen machen es erforderlich, neu über Leitbilder der Siedlungsentwicklung und Wohnungspolitik nachzudenken. Auf den Wohnungsmärkten wird es infolge des demographischen Wandels zu einer Gleichzeitigkeit von Angebotsüberhängen bzw. Leerständen und Engpässen in dynamischen Regionen geben. Dabei reagiert die Siedlungs- bzw. Wohnungsentwicklung nicht quasi automatisch auf einen Bevölkerungsrückgang. Im Gegenteil: Klassische Wachstumsplanungen bzw. der kommunale Standortwettbewerb spielen auch in der Region Rheinhessen-Nahe immer noch eine wichtige Rolle. Siedlungsfläche und Bevölkerung entwickeln sich längst nicht proportional zueinander.

Siedlungsflächenentwicklung ist von der Bevölkerungsentwicklung entkoppelt



LK Birkenfeld  
Grund: Konversions- und Verkehrsflächen (siehe reg. ROB PGRN 2007, S. 35)

Die mit dieser Entwicklung einhergehende Zunahme der Siedlungs- bzw. Wohnflächeninanspruchnahme pro Kopf ist sicherlich ein Indikator für Wohlstand. Sie hat jedoch auch erhebliche Folgen für die Infrastrukturkosten, die in direkter Abhängigkeit zur Siedlungsstruktur bzw. Siedlungsdichte stehen und in Zukunft von immer weniger Einwohnern getragen werden müssen. Eine gering verdichtete, disperse Siedlungsstruktur verursacht im Bereich der technischen Infrastruktur erheblich mehr Aufwand und Kosten pro Einwohner als eine verdichtete Siedlungsform. Auch die Erreichbarkeit sozialer Infrastruktureinrichtungen korrespondiert eng mit der Siedlungsdichte. Gering verdichtete Siedlungsgebiete sind mit längeren Wegstrecken und somit hohen Kosten verbunden – hinzu kommt die geringe Leistungsdichte des öffentlichen Personennahverkehrs in ländlichen Räumen. Entsprechend heißt es im LEP IV: „Eine disperse Siedlungsentwicklung ist nicht nachhaltig und auch langfristig nicht finanzierbar. Die weitere Siedlungsentwicklung ist daher insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels an einer langfristig tragfähigen und zu angemessenen Kosten betreibbaren sowie ressourcenschonenden Ver- und Entsorgungsstruktur auszurichten“ (LEP IV, S. 80).

Ausbreitung in den Freiraum führt zu hohen Folgekosten bei der Infrastruktur

Ausbreitung in den Freiraum führt zu hohen Folgekosten bei der Infrastruktur

Die Notwendigkeit einer Abschätzung von Kostenfolgen alternativer Baulandstrategien bzw. Dimensionierungen neuer Baugebiete insbesondere im Bereich der infrastrukturellen Daseinsvorsorge sind künftig in der kommunalen und regionalen Flächenplanung verstärkt zu berücksichtigen. In Gemeinden mit stagnierender oder rückläufiger Bevölkerungszahl sollte die Stabilisierung der Siedlungsdichte und Verdichtung der bereits vorhandenen Siedlungskörper im Vordergrund stehen. Investitionen in Neuerschließungen oder neue Infrastrukturen sollten nur in dem zwingend erforderlichen Maß erfolgen. Das bedeutet, die inneren Nutzungsreserven des Siedlungsbestandes vorrangig zu mobilisieren und auszuschöpfen. Demzufolge haben städtebauliche Innenentwicklung, Wohnungsmodernisierung, städtebauliche Erneuerung des Wohnumfeldes sowie die Nutzung von militärischen und zivilen Konversionsflächen Vorrang vor der Neuausweisung von Flächen im Außenbereich. Ein zweiter wesentlicher Handlungsansatz liegt in der Vermeidung einer dispersen Bautätigkeit. Im LEP IV wird explizit davon gesprochen, die quantitative Flächenneuanspruchnahme bis zum Jahr 2015 landesweit zu reduzieren sowie die notwendige Flächeninanspruchnahme durch ein Flächenmanagement qualitativ zu verbessern (Z 31).

#### Z 31

Die quantitative **Flächenneuanspruchnahme**<sup>32</sup> ist bis zum Jahr 2015 landesweit zu **reduzieren** sowie die notwendige Flächeninanspruchnahme über ein Flächenmanagement qualitativ zu verbessern und zu optimieren. Dabei ist der Innenentwicklung ein Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen.

Die regionalen Planungsgemeinschaften und die Gebietskörperschaften leisten hierzu einen – an den regional unterschiedlichen Ausgangsbedingungen orientierten – Beitrag.

(LEP IV, Kap. 2. 4. 2 Nachhaltige Siedlungsentwicklung)

Bedarf an neuen Wohnformen

Mit der deutlich steigenden Zahl älterer Menschen nimmt der Bedarf an altengerechten Wohnungen zu. Da viele ältere Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden wohnen möchten, ist es wichtig, nicht nur entsprechende Wohnangebote, sondern ergänzend auch Betreuungs- und Pflegeangebote auf Quartiersebene (z.B. Wohnungen in Verbindung mit Wohndienstleistungen) zu schaffen. Neue Formen (z.B. Mehrgenerationen-Wohnen) und Trägerschaften (z.B. Baugemeinschaften) sind zu fördern. Auch die Ausweisung neuer Wohngebiete bzw. der Erwerb von Wohneigentum auch jüngerer Altersgruppen sollte baulich sowie bezüglich Verkehrsanbindung und Infrastrukturausstattung im Umfeld bereits auf ein Wohnen im Alter ausgerichtet sein (barrierefreies Wohnen).

#### G 50

Die Versorgung mit ausreichendem und angemessenem Wohnraum für alle Teile der Bevölkerung soll insbesondere durch die Erhaltung und Umgestaltung der vorhandenen Bausubstanz und die Förderung neuer Bauformen gesichert werden.

#### G 51

Ein **barrierefreier** Zugang zu Einrichtungen der Grundversorgung in einer auch für in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen zumutbaren Entfernung soll durch die günstige Zuordnung des Wohnraumes zur sozialen Infrastruktur und zu den Haltepunkten des Bus- und Schienenpersonennahverkehrs sichergestellt werden.

(LEP IV, Kap. 3.2 Nachhaltige Wahrnehmung der Daseinsgrundfunktionen, 3.2.1 Wohnen)

### 3.3. Einzelhandel

Einzelhandel als Baustein der Daseinsvorsorge

Beim Einzelhandel und haushaltsorientierten Dienstleistungen handelt es sich zwar nicht im klassischen Verständnis um Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Vielmehr geht es um privatwirtschaftliche Dienstleistungen, die der Versorgung der Bevölkerung mit elementaren Gütern des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfes dienen.

Beim Einzelhandel sind derzeit gegenläufige Trends zu beobachten, die jedoch allesamt auf brancheninterne Umverteilungsprozesse zurückgehen. Speziell bezogen auf die kleinräumige Gebietsversorgung<sup>3</sup> ist der Gesamtumsatz im Zeitraum zwischen 1970 und 2002 von 40 Mrd. € auf 140 Mrd. € gestiegen. Gleichzeitig erfolgten in der Gesamtbranche extreme Umstrukturierungen, denn im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Läden zur Gebietsversorgung von 140.000 auf nur noch 50.000. Parallel hierzu setzte sich die Konzentration der großen Verbraucherketten fort. Hier spielen nicht nur konkurrierende Agglomerationen von Einzelhandelsbetrieben außerhalb der Zentren eine Rolle, sondern Internethandel und insbesondere internetgestützte Versandhandel beeinflussen die Sortiments- und Produktpalette in den Mittel- und Grundzentren. Für die gesamte Branche ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass der Gesamtumsatz stagniert und teilweise u.a. aufgrund der globalen und nationalen Wirtschaftssituation rückläufige Phasen zu verzeichnen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass insbesondere Ober- und Mittelzentren in der langjährigen Wachstumsphase der Branche große Verkaufslächen in Randlage befürwortet haben. Über den langen Zeitraum der Gesamtwachstumsphase gab es trotz des teils direkten Nebeneinander von Agglomerationen auf der grünen Wiese und zentralen Einkaufsbereichen in den Innenstädten keine Konkurrenz. Erst mit dem stagnierenden oder gar rückläufigen Gesamtumsatz und dem damit verbundenen Umverteilungsprozess entsteht insbesondere in Grund- und Mittelzentren eine Konkurrenzsituation, die größtenteils zu Lasten der zentralen Einkaufslagen geht, womit auch ein Bedeutungsverlust der Versorgungsfunktion einhergehen kann. Verstärkt wird diese Situation noch dadurch, dass diese Lagen kaum die Standortanforderungen der Verbraucherketten erfüllen können. Dabei ist von diesen Umstrukturierungen insbesondere der Teil der Bevölkerung betroffen, der immobil ist, da mangels PKW oder ÖPNV-Verbindung auf eine Versorgung vor Ort angewiesen ist.

Trend der  
Konzentration

Umverteilungs-  
prozesse statt stetiges  
Wachstum

Verstärkt seit den 1970er Jahren gibt es Bemühungen, durch das Bau- und Raumordnungsrecht den städtebaulich und raumordnerisch problematischen Entwicklungen im Bereich des Einzelhandels entgegen zu wirken. Viele Gemeinden und Regionen bemühen sich, in so genannten Einzelhandelskonzepten festzulegen, nach welchen Gesichtspunkten welche Einzelhandelsbetriebe an welchen Standorten geplant und angesiedelt werden sollen. Die 2007 in Kraft getretene Novelle des Baugesetzbuchs bietet die Möglichkeit, zentrale Versorgungsbereiche festzulegen und damit städtebaulich gewünschte Versorgungsbereiche zu schützen. Beim großflächigen Einzelhandel soll der regionale Raumordnungsplan gemäß LEP IV eine steuernde, lenkende Funktion übernehmen. Folgende Vorgaben ergeben sich aus dem LEP IV, S. 96:

#### Ziele und Grundsätze

##### G 56

Die Sicherung einer wohnortnahen und qualitativen Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Einrichtungen und Dienstleistungen soll durch die zentralen Orte in den Mittelbereichen und in Aufgabenteilung in den mittelzentralen Verbänden wahrgenommen werden.

##### Z 57

Die Errichtung und Erweiterung von Vorhaben des großflächigen Einzelhandels ist nur in zentralen Orten zulässig (**Zentralitätsgebot**). Betriebe mit mehr als 2.000 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche<sup>38</sup> kommen nur in Mittel- und Oberzentren in Betracht. Ausnahmsweise sind in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion mit mehr als 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern großflächige Einzelhandelsvorhaben bis zu insgesamt 1.600 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche zulässig, wenn dies zur Sicherung der Grundversorgung<sup>39</sup> der Bevölkerung erforderlich ist.

LEP IV  
Ziel und Grundsatz

Eine veränderte Vorgabe aus dem LEP IV betrifft den Bezug zur Verkaufsfläche anstelle des bisherigen Bezugs zur Geschossflächenzahl. Darüber hinaus wurde im Z 57 die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion bei mehr als 3.000 Einwohnern zugelassen.

Verkaufsfläche

<sup>3</sup> Gebietsversorgung – solche Läden werden im Volksmund auch „Tante-Emma-Laden“ genannt.

## Ziel LEP IV

**Z 58**

Die Ansiedlung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben mit innenstadtrelevanten Sortimenten ist nur in städtebaulich integrierten Bereichen, das heißt in Innenstädten und Stadt- sowie Stadtteilzentren, zulässig (**städtebauliches Integrationsgebot**). Die städtebaulich integrierten Bereiche (»zentrale Versorgungsbereiche« im Sinne des BauGB) sind von den zentralen Orten in Abstimmung mit der Regionalplanung verbindlich festzulegen und zu begründen. Diese Regelungen müssen auch eine Liste innenstadtrelevanter und nicht innenstadtrelevanter Sortimente umfassen.

Einzelhandelsansiedlungen auf der „grünen Wiese“ wurden und werden durch das städtebauliche Integrationsverbot geregelt (Z 58). Sämtliche Vorgaben finden bereits im aktuellen regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe (2004) ihre Anwendung (Z 58 - 61). Seitens der obersten Landesplanungsbehörde ist derzeit eine Handreichung in Bearbeitung, in dem der zukünftige Umgang mit der Einzelhandelsansiedlung näher bestimmt werden soll.

## Ziele LEP IV

**Z 59**

Die Ansiedlung und Erweiterung großflächiger Einzelhandelsbetriebe mit nicht innenstadtrelevanten Sortimenten ist auch an **Ergänzungsstandorten** der zentralen Orte zulässig. Diese sind ebenfalls von den Gemeinden in Abstimmung mit der Regionalplanung festzulegen und zu begründen. Innenstadtrelevante Sortimente sind als Randsortimente auf eine innenstadtverträgliche Größenordnung zu begrenzen.

**Z 60**

Durch die Ansiedlung und Erweiterung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben dürfen weder die Versorgungsfunktion der städtebaulich integrierten Bereiche der Standortgemeinde noch die der Versorgungsbereiche (Nah- und Mittelbereiche) benachbarter zentraler Orte wesentlich beeinträchtigt werden (**Nichtbeeinträchtigungsgesetz**). Dabei sind auch die Auswirkungen auf Stadtteile von Ober- und Mittelzentren zu beachten.

(LEP IV, Kap. 3.2 Nachhaltige Wahrnehmung der Daseinsgrundfunktionen, 3.2.3 Öff. Einrichtungen und Dienstleistungen)

## erfolgreiche Projekte für den ländlichen Raum

Die Deckung der Grundversorgung, insbesondere an Nahrungs- und Genussmitteln, soll gemäß LEP IV möglichst wohnungsnah und barrierefrei erfolgen können. Für den wachsenden Anteil der immobileren und alternden Bevölkerung ist hierbei die Anbindung an den ÖPNV von Bedeutung. Speziell zum Aspekt der Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum gibt es bundesweit diverse Projekte.<sup>4</sup> Dabei gibt es zum einen Aktivitäten seitens des Bundes und der Länder. In Baden-Württemberg wurde ein System entwickelt, mit dem verschiedene Dienstleistungen und Produkte unter einem Dach direkt vor Ort angeboten werden und damit die Nahversorgung langfristig gesichert werden kann (KOMM-IN GmbH).

Andererseits gibt es Aktivitäten der Bevölkerung vor Ort. Der Ortsteil Barmen (Jülich, NRW) sah sich vor etlichen Jahren mit der Situation konfrontiert, dass der letzte Nahversorger aus Altersgründen sein Geschäft aufgeben wollte. Post, Bank etc. waren bereits vorher geschlossen worden. In dem Wissen, dass ein Projekt nach der Anschubfinanzierung durch Fördermittel nur langfristig existenzfähig bleibt, wenn die Bevölkerung auch dauerhaft bereit ist, dort einzukaufen, haben die Barmener den Weg der Anteilsscheine gewählt. Ihr DORV-Laden<sup>5</sup> sichert mit einem Drei-Säulen Modell die ortsnahe Versorgung. Neben dem Herzstück, das Zentrum mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs, werden auch haushaltsnahe Dienstleistungen und bürgernahe Sozialdienste mit einander verzahnt und können somit weiterhin ortsnah angeboten werden. Zum Beispiel kann in Kooperation mit der Stadt Jülich der Personalausweis verlängert werden oder in Kooperation mit dem Kreis Düren können Dienste des Straßenverkehrsamtes vor Ort in Anspruch zu nehmen.

<sup>4</sup> Weitere Informationen hierzu können bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

<sup>5</sup> DORV – Dienstleistung und ortsnahe Rundumversorgung, [www.dorv.de](http://www.dorv.de)

Für die älteren Bürgerinnen und Bürger gewinnt die dritte Säule immer mehr an Bedeutung. Der Sozialservice bietet Essen auf Rädern, Altenpflege, Freiwilligendienste, aber insbesondere auch den Kontakt zum Hausarzt, der noch in der Erprobungsphase ist. Hierfür wurde eine Praxis zu einem Teil nach Jülich-Barmen verlegt. Jeden Vormittag ist der Arzt zwei Stunden im Dorfzentrum. Der DORV-Laden wurde beim bundesweiten Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ mit dem Titel „Ausgewählter Ort 2006“ ausgezeichnet. Es zeige, wie viel man durch eigene Initiative und großen Gemeinschaftssinn auf die Beine stellen könne, heißt es in der Begründung.

### 3.4. Erreichbarkeit – ÖPNV und MIV

Der ÖPNV zählt zu den wichtigsten Kernbereichen der Daseinsvorsorge. Das Ziel der Europäischen Kommission ist die Liberalisierung der Verkehrsmärkte, die mit dem Leitbild des kontrollierten Wettbewerbs realisiert werden soll. Im Grundgesetz (GG) wird den Gemeinden das Recht zugestanden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (GG Art. 28 Abs. 2). Entscheidungen über das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind also eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, welche durch enge Absprachen mit dem zuständigen Verkehrsbetrieb umgesetzt werden. Eine Grundversorgung im ÖPNV soll die Erreichbarkeit auch für diejenigen Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, die nicht am motorisierten Individualverkehr (MIV) teilnehmen können oder wollen.

Erreichbarkeit  
sicherstellen

Der demographische Wandel trifft den ÖPNV und seine Tragfähigkeit in mehrfacher Hinsicht und zwingt die Träger zur Neugestaltung und Neuorientierung des Angebotes. Zum einen führen der Bevölkerungsrückgang und die Verschiebung der Altersstruktur zur weiteren Abnahme der Fahrgastzahlen und zu verändertem Versorgungsbedarf. Zu den Bevölkerungsgruppen, die besonders auf den ÖPNV zur Sicherung ihrer Mobilität angewiesen sind, zählen der zunehmende Anteil der Älteren und der sinkende Anteil der Jüngeren. Zum anderen ist zu erwarten, daß die Entfernungen und damit die Reisezeiten bei der Nutzung des ÖPNVs tendenziell zunehmen, vor allem aufgrund der demographisch bedingten Schließung bzw. Entflechtung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen.

Die Attraktivität und Lebensfähigkeit der ländlichen Regionen hängt sowohl vom qualitativen und quantitativen Angebot des ÖPNVs ab. Die Angebotsqualität der regionalen Versorgung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) weist in den Teilräumen gravierende Unterschiede auf. Das nachfrageorientierte Angebot konzentriert sich (systembedingt) in den Knotenpunkten von Stadtregionen der hoch verdichteten Räume und reicht bis in ihr Umland hinaus. Kleinteilige, verstreute Siedlungsstrukturen mit geringen Siedlungsdichten sind weitaus schwieriger zu bedienen und bieten ein geringes Potenzial für eine tragfähige Anbindung. Ursachen für die regional unterschiedliche Ausgestaltung des ÖPNV-Angebotes liegen neben der siedlungsstrukturellen Ausgangssituation in Unterschieden der rechtlichen, finanziellen oder verkehrspolitischen Rahmenbedingungen, die auf übergeordneten Ebenen getroffen werden.

stark unterschiedliche  
Angebotsstruktur

Um so wichtiger wird es, die Siedlungsentwicklung im Sinne einer Wechselwirkung zwischen Siedlungsstruktur und ÖPNV zu steuern. Im LEP IV wird davon ausgegangen, dass im Zuge des demographischen Wandels immer mehr Bürgerinnen und Bürger auf die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs angewiesen sein werden. Als Orientierungsmaßstab für eine qualifizierte Anbindung im ÖPNV könne zum Beispiel der Bedienungsstandard des Rheinland-Pfalz-Taktes dienen (Begründung zu Z 33, S. 81).

Siedlungsentwicklung  
auf bereits vorhande-  
nen ÖPNV ausrichten

#### Z 33

In den ländlichen Räumen ist eine über die Eigenentwicklung hinausgehende Wohnbauflächen- ausweisung auf solche Siedlungsschwerpunkte zu konzentrieren, die über eine dauerhaft gesicherte qualifizierte Anbindung im öffentlichen Personennahverkehr (Schienenverkehr und Buslinien) verfügen.

LEP IV  
Ziele und Grundsätze

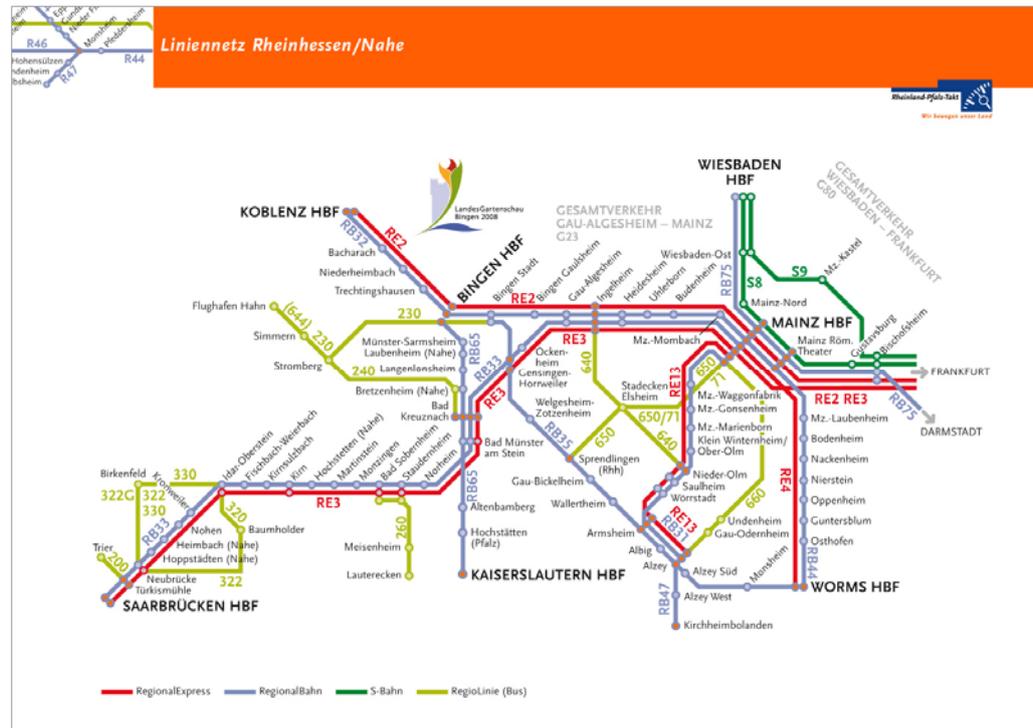
(LEP IV, Kap. 2. 4. 2 Nachhaltige Siedlungsentwicklung)

## Rheinland-Pfalz-Takt

ca. 60 Haltestellen in der Region  
35 Haltestellen der RegionalBahn, davon 16 RegionalExpress

Rheinland-Pfalz-Takt ist die Bezeichnung für den seit 1994 stufenweise eingeführten integralen Taktfahrplan (ITF) des ÖPNV in Rheinland-Pfalz. Hauptziele des Rheinland-Pfalz-Taktes waren die Einführung einer regelmäßigen Bedienung der Nahverkehrsstrecken und die Verbesserung der Umsteigebeziehungen zwischen den einzelnen Linien. Durch die geplante Reaktivierung der Hunsrückbahn wird der Flughafen Frankfurt-Hahn an das großräumige Schienennetz angebunden. Das Ziel ist eine Verbindung zwischen Mainz und Hahn in 90 Minuten. In der Region Rheinhessen-Nahe befinden sich ca. 60 Haltestellen des Rheinland-Pfalz-Taktes. Davon sind 35 Haltestellen der RegionalBahn, wovon wiederum 16 Haltestellen des RegionalExpress sind.

## Liniennetz Rheinhessen-Nahe



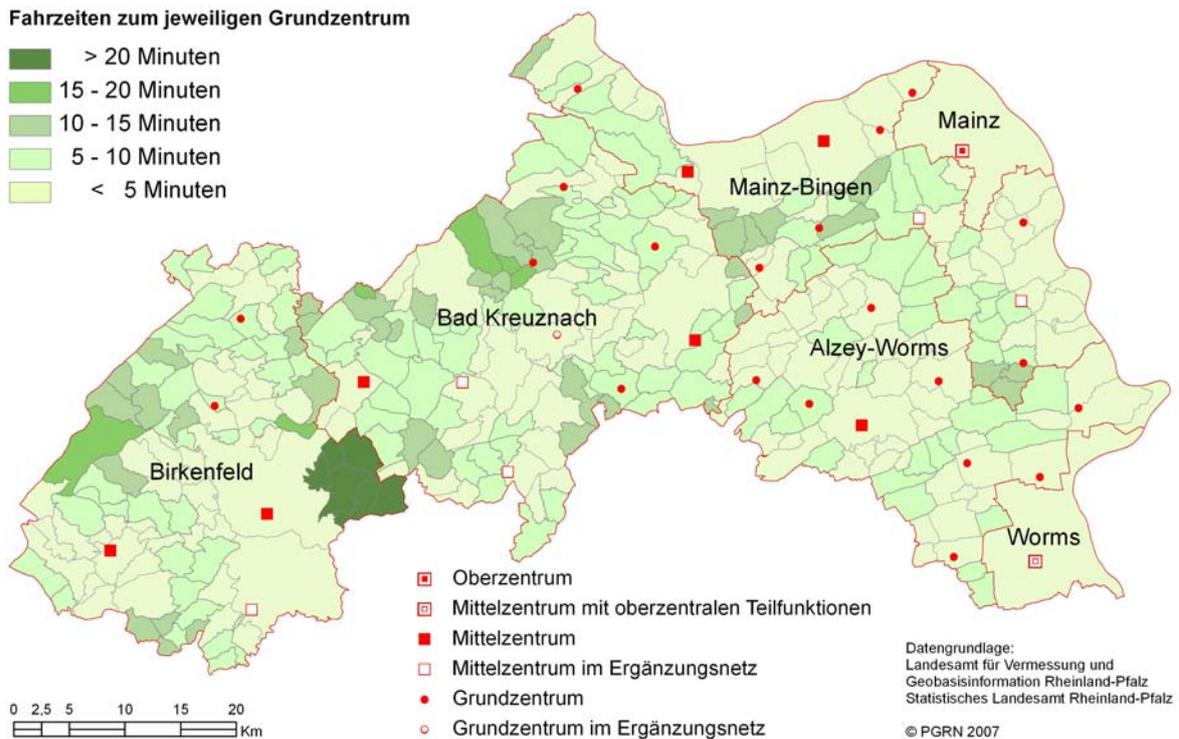
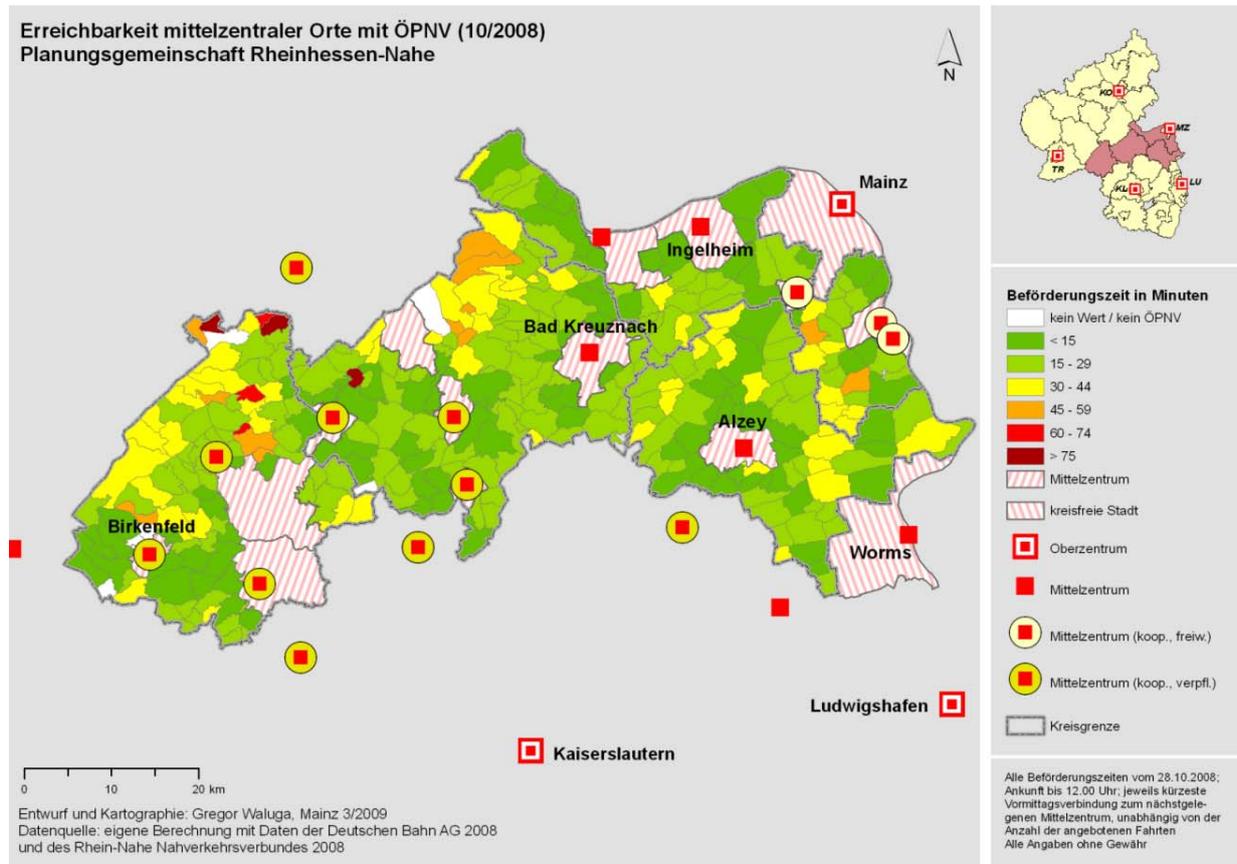
Als Reaktion auf den wachsenden Kostendruck und die Liberalisierungsdiskussion gilt es weiterhin, dass sich die Verkehrsunternehmen und die Träger des ÖPNV eine neue Struktur geben, die sowohl organisatorisch als auch finanziell in der Lage ist, attraktive Mindestangebote im ÖPNV auch in Zeiten des demographischen Wandels bereitzustellen.

## LEP IV

## Leitbild Mobilität

Im Leitbild „Mobilität sichern“ des LEP IV wird betont, dass in dünn besiedelten Regionen der Neugestaltung des Angebots eine wesentliche Rolle zukommt. Hierzu sind neue flexible und zugleich nachhaltige Formen der Mobilität, insbesondere der Mobilität im Nahbereich, erforderlich. Dazu gibt es inzwischen bundesweit eine breite Palette an Angeboten zur Ergänzung oder zum Ersatz traditioneller Busangebote, die z.T. bereits realisiert sind oder sich in der experimentellen Testphase befinden (z.B. Bedarfslinienbetrieb, Einsatz kleinerer Fahrzeuge, Bürgerbus) (siehe BMVBS/ BBR 2007, S.53).

Die Erreichbarkeit der mittelzentralen Orte mit dem ÖPNV liegt bei der überwiegenden Mehrheit der Gemeinden in der Region unter 30 Minuten.



Im Bereich des motorisierten Individualverkehrs liegt die Erreichbarkeit des nächsten Grundzentrums in einem Großteil der Gemeinden bei unter 10 Minuten. Die Auffälligkeit einer Fahrzeit von über 20 Minuten ergibt sich aus der großflächigen militärischen Liegenschaft Baumholder. Bei nur sechs Gemeinden beträgt die Fahrzeit zum jeweiligen Grundzentrum 15 bis 20 Minuten. Diese liegen allesamt im Naheraum. Hier liegt auch ein Großteil der Gemeinden (31 von 41), bei denen die Fahrzeit zum jeweiligen Grundzentrum 10 bis 15 Minuten beträgt. Dem gegenüber liegt in den rheinhessischen Landkreisen Alzey-Worms und Mainz-Bingen aufgrund der engmaschigeren Siedlungsstruktur der Anteil an Gemeinden mit einer Fahrzeit von unter 5 Minuten zum jeweiligen Grundzentrum bei annähernd 60 % (81 Gemeinden). Lediglich aus zehn Gemeinden (7,3 %) beträgt die Fahrzeit zwischen 10 und 15 Minuten. Aus 33 Gemeinden der beiden Landkreise beträgt die Fahrzeit zum Grundzentrum 5 bis 10 Minuten.

Fahrzeit	Naheraum		Rheinhessen	
	LK Bad Kreuznach	LK Birkenfeld	LK Alzey-Worms	LK Mainz-Bingen
unter 5 Min	42	42	46	35
5 – 10 Min	52	35	24	21
10 – 15 Min	19	12	-	10
15 – 20 Min	4	2	-	-
über 20 Min	-	6	-	-

Anzahl der Ortsgemeinden und kreisfreien Städte nach der Fahrzeit zum Grundzentrum  
 Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

## 4. Weitere Bereiche der Daseinsvorsorge

### 4.1. Kinderbetreuung

Balance zwischen  
Familie und Beruf

Beim Thema der Kinderbetreuung zeigt sich in besonderem Maße, dass der gesellschaftliche Wandel die Anforderungen an die Sozialsysteme verändert. Ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern in unterschiedlichen Altersstufen ist wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit der Mütter und Väter. Aber nicht nur familien-, frauen- und sozialpolitisch, auch in anderen Politikbereichen spielt Kindertagesbetreuung eine wichtige Rolle:

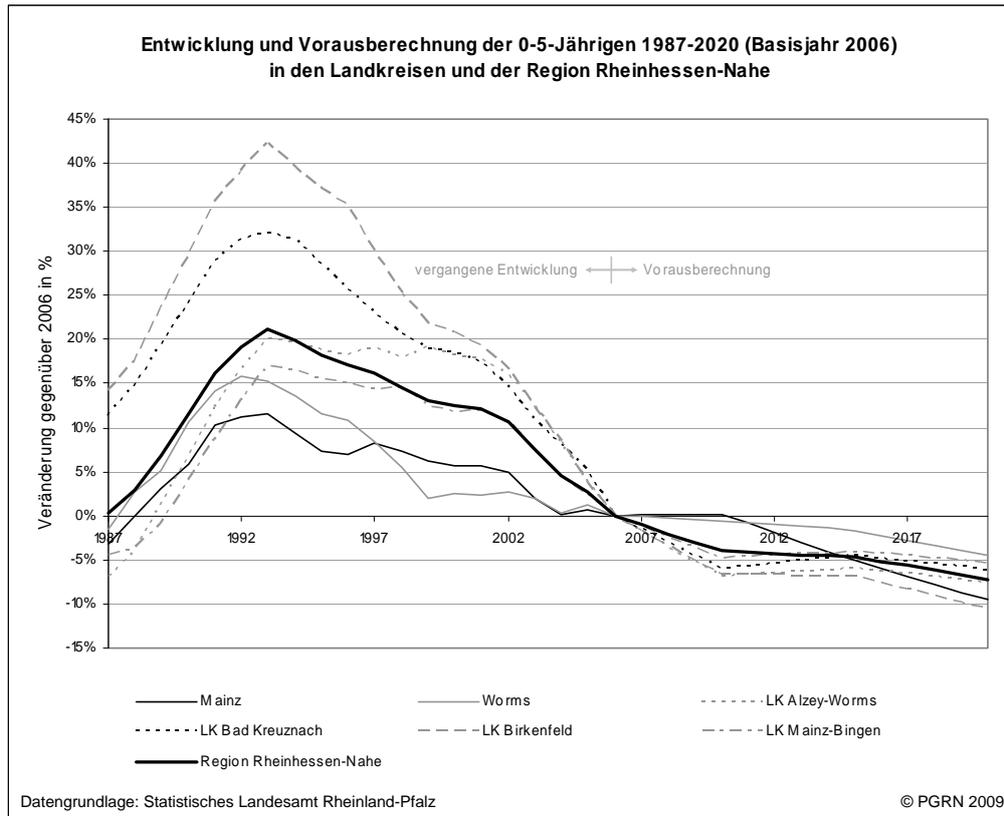
- arbeitsmarktpolitisch zur Nutzung des Arbeitsangebots hochqualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- bevölkerungspolitisch als unterstützender Anreiz, bestehende Kinderwünsche realisieren zu können
- bildungspolitisch im Bereich der Elementarerziehung und -bildung (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2008).

Flexibler Umgang mit  
Nachfragerückgang

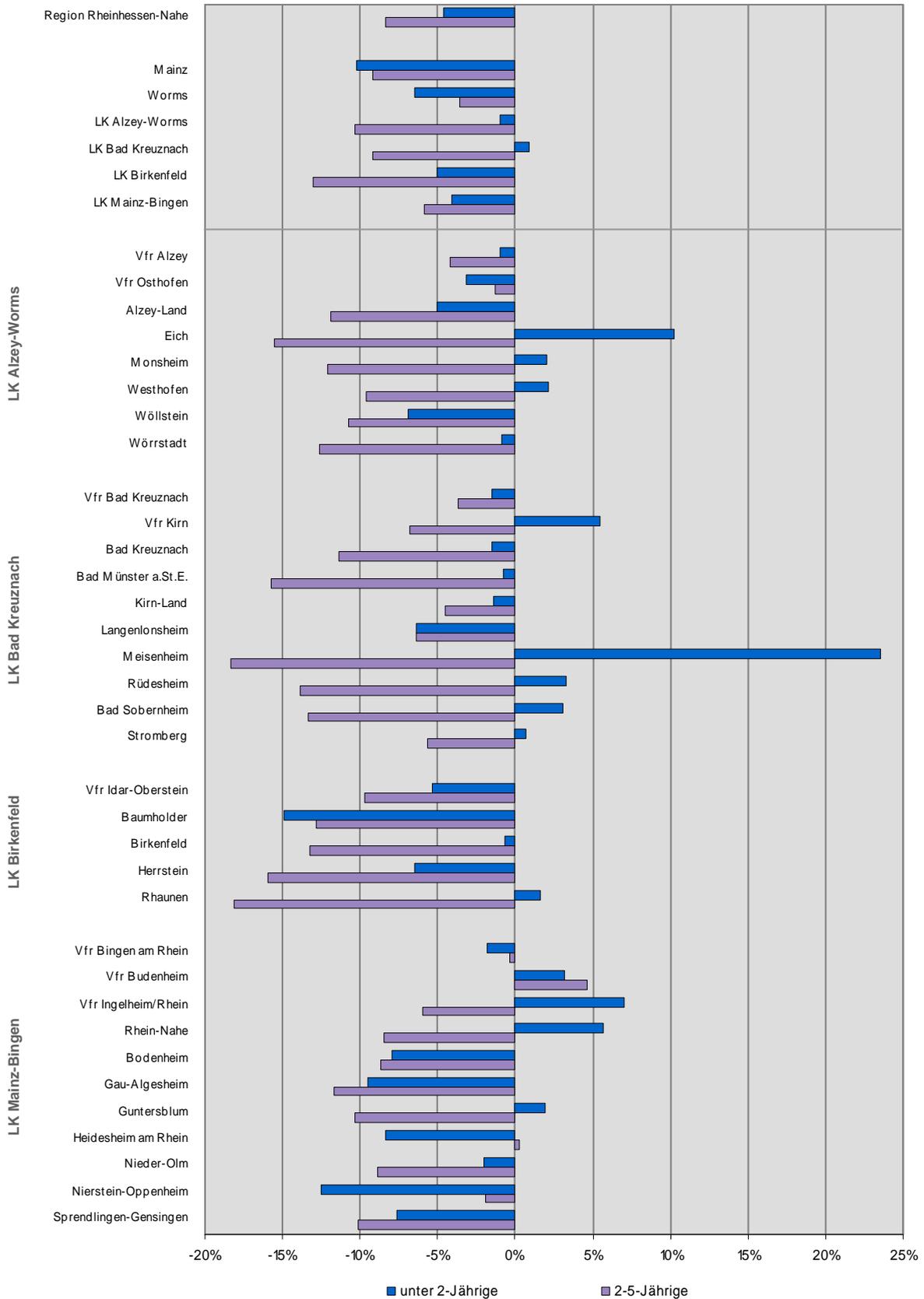
Nachfragerückgang in bestehenden Strukturen bedingt durch den demographischen Wandel führt zunächst zu einer Verminderung der Gruppengrößen und damit zu höheren Betreuungskosten. Dem kann entgegengewirkt werden, indem Gruppen mit sehr geringen Auslastungen geschlossen und die Kinder in umliegende Einrichtungen mit freien Kapazitäten umverteilt werden. Dadurch werden die verbleibenden Gruppen größer, gleichzeitig werden die Wege für die Kinder länger. Hier sind im Hinblick auf die Zumutbarkeit stets Einzelabwägungen erforderlich. Eine weitere Möglichkeit ist die flexiblere Handhabung der Gruppenzusammensetzung.

In der Region Rheinhessen-Nahe geht die Zahl der Unter-6-Jährigen seit Mitte der 1990er stets zurück. Nach der Bevölkerungsvorausberechnung soll diese Altersgruppe von 2006 bis 2020 um 7,2 % abnehmen.

seit 1990 stetiger Rückgang des Anteils



**Zukünftige Entwicklung der Kinderzahlen 2006 bis 2020**  
in den Landkreisen und Verbandsgemeinden der Region Rheinhausen-Nahe



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung

© PGRN 2009

## 4.2. Bildung

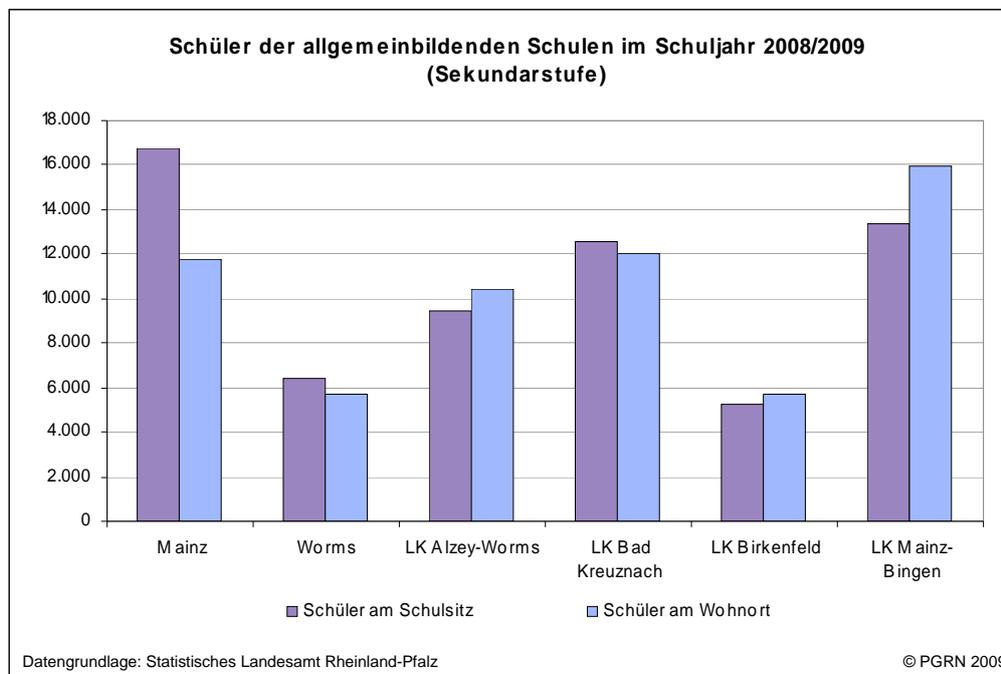
Der wohnortnahe Zugang zu Bildungseinrichtungen nimmt neben weiteren Qualitätskriterien eine Schlüsselstellung in der Daseinsvorsorge ein. Dies gilt gleichermaßen für die Lebensqualität von Familien wie auch als regionaler Standortfaktor für Unternehmen. Der demographische Wandel stellt wachsende Herausforderungen an die Aufrechterhaltung eines differenzierten und leistungsfähigen Schulangebotes. Direkte Auswirkungen gehen dabei in regional unterschiedlichem Maße vom absoluten Rückgang der Schülerzahlen, aber auch von einem wachsenden Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund aus. Nach der zu erwartenden demographischen Entwicklung wird sich das Spannungsverhältnis zwischen Tragfähigkeit und Erreichbarkeit von Schulen zunehmend verschärfen. Während im suburbanen Raum noch ansteigende Bedarfe erwartet werden, sind im ländlichen Raum bereits heute Auslastungsprobleme zu beobachten.

weicher Standortfaktor  
Zugang zu Bildungseinrichtungen

Das Konzept der Schulnetze, mit denen die Bildungsplanung operiert, weist zwar strukturelle Ähnlichkeiten mit dem Kategoriensystem des Zentrale-Orte-Konzeptes auf (Einzugsbereiche, Schulbezirke, Mindestschülerzahlen, Bandbreiten für Parallelklassen (sog. Zügigkeit) und örtliche Festlegung von Schulstandorten). Der örtliche Bezug von Schulnetzen und von Schulentwicklungsplanung ist jedoch mit den Festlegungen der Landes- bzw. Regionalplanung von Orten als Zentrale Orte nicht deckungsgleich. Die Sicherung eines gleichwertigen Angebotes schulischer Bildungsgänge ist im Rahmen der Kompetenzverteilung Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Nach dem neuen Landesschulgesetz RLP sollen die Schulentwicklungspläne von den Landkreisen und Kreisfreien Städten aufgestellt werden, um ein bedarfsgerechtes und tragfähiges schulisches Angebot gewährleisten zu können.

unterschiedliche Ansätze bei ZOK und Bildungsplanung

Ein Vergleich zwischen den Schülerzahlen am Wohnort und den Schülerzahlen am Schulsitz zeigt, dass die kreisfreien Städte Mainz und Worms Einpendlerstandorte und die Landkreise Alzey-Worms, Mainz-Bingen und Birkenfeld Auspendlergebiete sind. Der Landkreis Bad Kreuznach und insbesondere die Stadt Bad Kreuznach bieten aufgrund des guten Angebotes von 31 Schulen der Sekundarstufen einen weiteren Einpendlerstandort für Schülerinnen und Schüler aus dem ländlichen Raum.



Schülerzahlen  
Wohnort / Schulsitz

## Sicherungsmöglichkeiten laut BMVBS

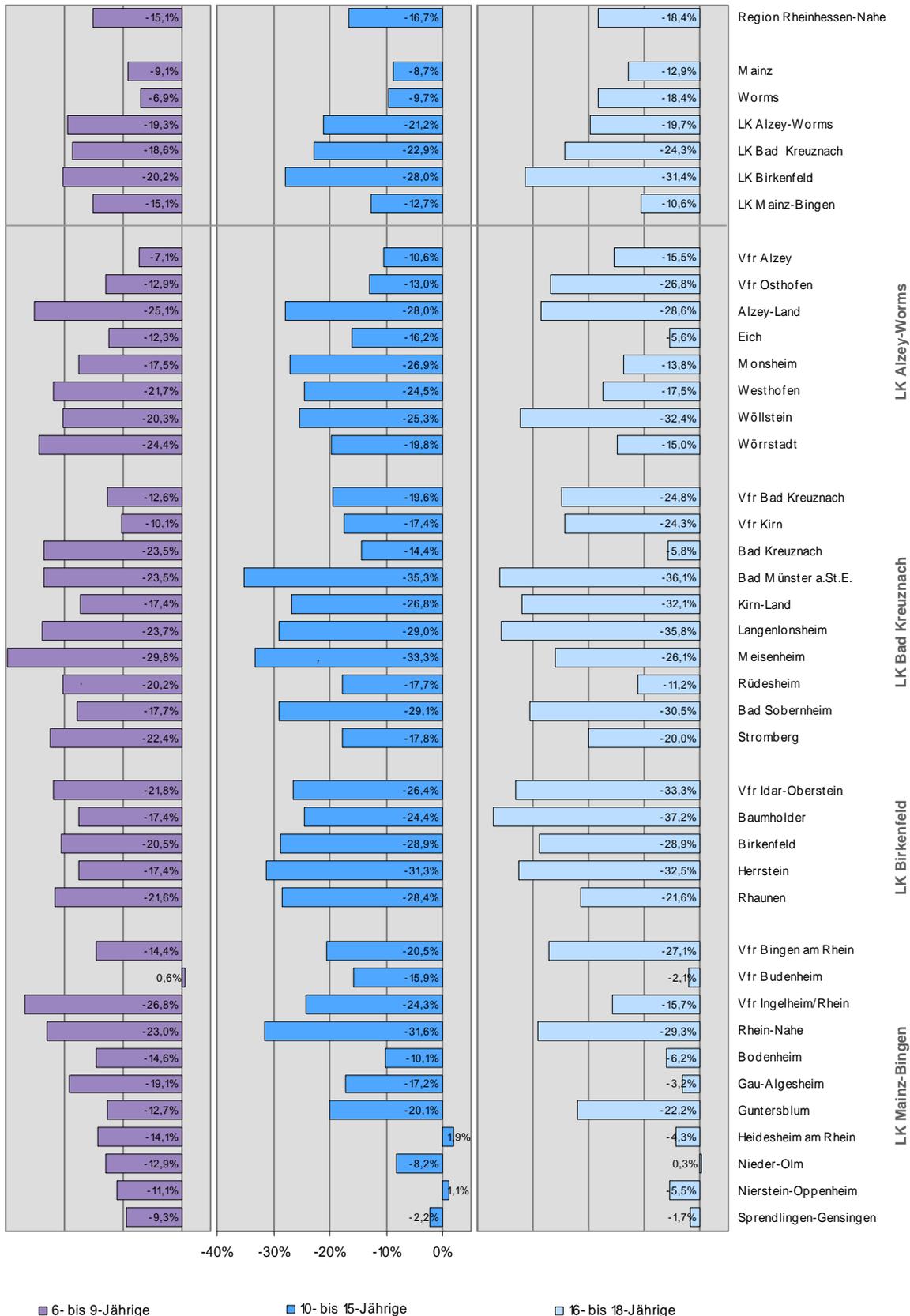
Für die Daseinsvorsorge, die zentrale Orte unter den Bedingungen des demographischen Wandels im Schulbereich leisten können, werden in der Studie „Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte“ folgende Möglichkeiten gesehen

- Sicherung einer ausreichenden Tragfähigkeit für Schulen in zentralen Orten durch Konzentration und/oder durch Schulkooperation im zentralörtlichen Verbund,
- Sicherung des Schulangebotes im Umland von Zentralen Orten, durch Schulkooperation in Form von dezentralen Filialschulen, die an Schulen im zentralen Ort angebunden sind, wobei diesem Konzept vor allem für den Grundschulbereich Relevanz zukommen dürfte,
- statt Aufgabe vorerst Sicherung vorhandener Schulkapazitäten, ggf. durch temporäre Zwischennutzung, da diese Einrichtungen ggf. im Rahmen der Veränderungen und Fortentwicklung des deutschen Bildungswesens in absehbarer Zukunft benötigt werden könnten.

(BMVBS/ BBR 2007, S.30)

Nach der Modellrechnung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung werden die schulrelevanten Altersgruppen der Region Rheinhessen-Nahe bis zum Jahre 2020 einen Rückgang zwischen 15 und 18,5% verzeichnen. In einzelnen Verbandsgemeinden wird eine Abnahme von über 30% erwartet.

### Zukünftige Entwicklung der schulrelevanten Altersgruppen 2006 bis 2020 in den Landkreisen und Verbandsgemeinden der Region Rheinhausen-Nahe



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung

© PGRN 2009

### 4.3. Gesundheit und Pflege

#### 4.3.1. Medizinische Versorgung

weiterhin steigender  
Versorgungsbedarf

Der demographische Wandel kann ebenfalls die zurzeit allgemein gute regionale Versorgungssituation in einigen Bereichen des Gesundheitswesens gefährden. Im Bereich der Gesundheitsversorgung muss noch auf lange Sicht mit steigendem Versorgungsbedarf gerechnet werden. Die Bevölkerungszahl und damit das Potenzial der möglichen Patienten gehen zwar zurück, aber die Folgen der zunehmenden, hohen Alterung gleichen die entlastenden Wirkungen des Einwohnerrückgangs mehr als aus. Als Folge des steigenden Lebensalters verändern sich die Anforderungen an stationäre und mobile Gesundheitsleistungen bzw. ist von einer Ausweitung des Multimorbiditätsspektrums auszugehen. Damit erhöht sich der Bedarf an Ärzten und Pflegepersonal, die diesen Behandlungserfordernissen gerecht werden können. Diesbezüglich wird ein ausreichender Besatz an stationären Einrichtungen, niedergelassenen Fachärzten und Allgemeinmedizinern für die Grundversorgung benötigt (BMVBS/ BBR 2007, S. 35)

durchschnittliche  
Erreichbarkeit von  
Krankenhäusern –  
15 Minuten

Die stationäre Grundversorgung in Krankenhäusern bewegt sich im internationalen Vergleich auf hohem Niveau, ist aber nicht gleichermaßen flächendeckend wohnortnah gewährleistet. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat in Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Institut der Allgemeinen Orts-Krankenkassen (AOK), welches über ein aktuelles bundesweites Verzeichnis der Betriebsstätten von Krankenhäusern verfügt, eine Erreichbarkeitsanalyse für Krankenhäuser der Grundversorgung durchgeführt. Unter Zugrundelegung dieses Kriteriums zeigt sich, dass für die überwiegende Zahl der Kreise und kreisfreien Städte die Erreichbarkeit an das nächste Krankenhaus als Grundversorgung in einem Zeitraum unter 15 Minuten gewährleistet ist. Unter raumordnerischen Gesichtspunkten ist die Erreichbarkeit von Krankenhäusern ein - wenn nicht das wesentliche - Kriterium zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge (BBR 2005; S. 122; Gawron 2008, S. 22).

Privatisierung  
bedingt Risiko von  
Versorgungslücken

Vor dem Hintergrund zunehmender Privatisierung des Krankenhauswesens erhöht sich allerdings das Risiko regionaler Versorgungslücken. Die Krankenhausversorgung unterliegt seit längerem einem Umstrukturierungsprozess mit rückläufigen Kapazitäten. Es werden verstärkt Wettbewerbselemente in die Krankenhausfinanzierung eingebracht, die einen weiteren Abbau von Kapazitäten erwarten lassen, einerseits durch Konzentrationsprozesse etwa in Ballungsräumen, aber auch durch Schließungen von unterausgelasteten Standorten in peripheren Lagen. Die gute Erreichbarkeit einer Erst- und Notfallversorgung ist als Mindeststandard unabdingbar. Eine Bindungswirkung über das Zentrale-Orte-System ist dabei jedoch nur beschränkt möglich, da Adressaten von Zielfestsetzungen nur öffentliche Stellen sind (§ 4 Abs. 1 ROG).

ausgedünntes  
Praxisnetz im  
ländlichen Raum

Deutlich schwieriger gestaltet sich die Versorgung über die Fläche bei ambulanter allgemein- und fachärztlicher Versorgung. In ländlichen Räumen besteht bundesweit im Wesentlichen nur noch ein dünnes Praxisnetz von Allgemeinmedizinern, welche die Grundversorgung sichern. Die besonderen Probleme liegen darin, dass dieses Netz immer weiter ausdünnert wird, weil es immer weniger gelingt, Praxen neu zu besetzen. Experten sehen zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in einzelnen Regionen Deutschlands aufgrund der Strukturbesonderheiten, insbesondere wegen des altersbedingten Ausscheidens niedergelassener Ärzte, die Notwendigkeit zum Beschreiten neuer Wege (z.B. medizinische Versorgungszentren, Informationstechnologien, mobile Versorgungstechnologien, Telegemeindeschwester) (BMVBS 2007, S. 36f). Die Entwicklung zielt also darauf ab trotz der problematischen Entwicklung, durch neue Wege, unter Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten dennoch die medizinische Daseinsvorsorge zu sichern.

#### 4.3.2. Altenpflege

rasant steigende  
Nachfrage

In der Region Rheinhessen-Nahe wird die Zahl der Über-60-Jährigen bis 2020 insgesamt um 22,4% zunehmen, die der Über-80-Jährigen sogar um knapp 45%. Somit steht eine ausgeprägte Zunahme des Personenkreises bevor, der im hohen Maße Hilfe- und Pflegeleistungen benötigt. Diesem Bedarfsanstieg steht ein deutlicher Rückgang der familiären Leistungen gegenüber, die derzeit den Großteil dieser Hilfe und

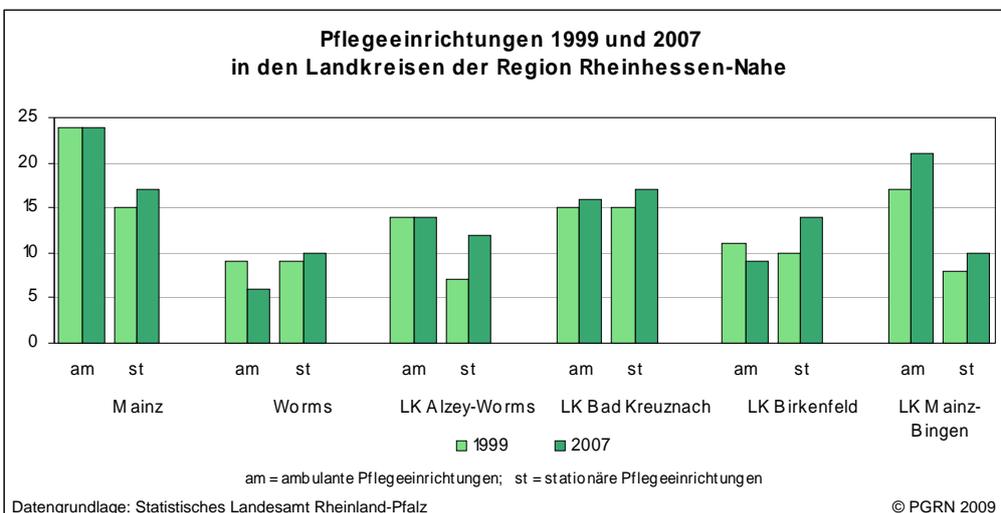
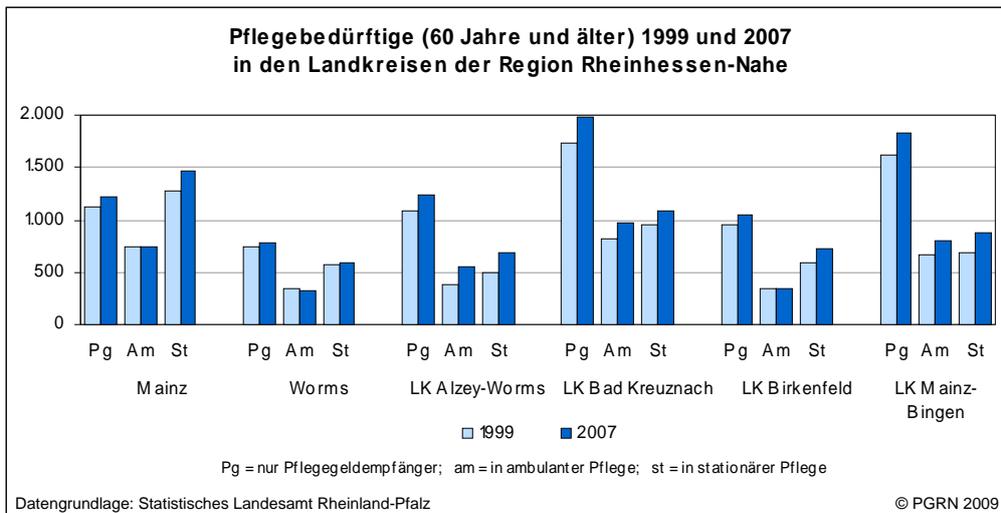
Pflege erbringen. Von daher muss mit zunehmendem Versorgungsbedarf durch die öffentliche Hand bzw. für Leistungen an die öffentliche Daseinsvorsorge gerechnet werden. Die Ausweitung der stationären Unterbringung hilfebedürftiger allein lebender alter Menschen wird sich trotz des realen Bedarfsanstieges kaum finanzieren lassen. Deshalb kommt es neben einem unerlässlichen stationären Angebot auf die Ausweitung der Voraussetzungen zur Verlängerung der Eigenständigkeit und eigenständige Haushaltsführung der Senioren an. Dies bedingt ein ausreichendes Angebot an altengerechten und behindertengerechten Wohnungen sowie umfassende ambulante Hilfs- und Unterstützungsdienste. Im Wohnangebot sollten die traditionellen Angebote durch Alternativen ergänzt werden. Beispiel sind Seniorenwohngemeinschaften, Hausgemeinschaften in betreuten Wohngruppen und Senioren-WGs. Hierbei kommt es auf bezahlbare Angebote an, die ggf. mit Pflegeleistungen zu kombinieren sind. Eine kostengünstige Möglichkeit zur Verlängerung der eigenständigen Haushaltsführung liegt in der Hilfe ehrenamtlich tätiger Personen. Ehrenamtsleistungen sind dabei vor allem als Ergänzung zur professionellen Arbeit, weniger aus Gründen der Kosteneinsparung, sondern vor allem zur Serviceverbesserung, qualitativen Aufwertung und für den sozialen Gemeindegemeinschaft geeignet und wichtig. Es gibt bereits erfolgreiche Wohnanlagen, in denen gezielt Wohnungen von jüngeren Alleinerziehenden mit denen von Senioren zur wechselseitigen Unterstützung gemischt wurden (BMVBS/BBR 2007, S.32f).

rasant steigende Nachfrage

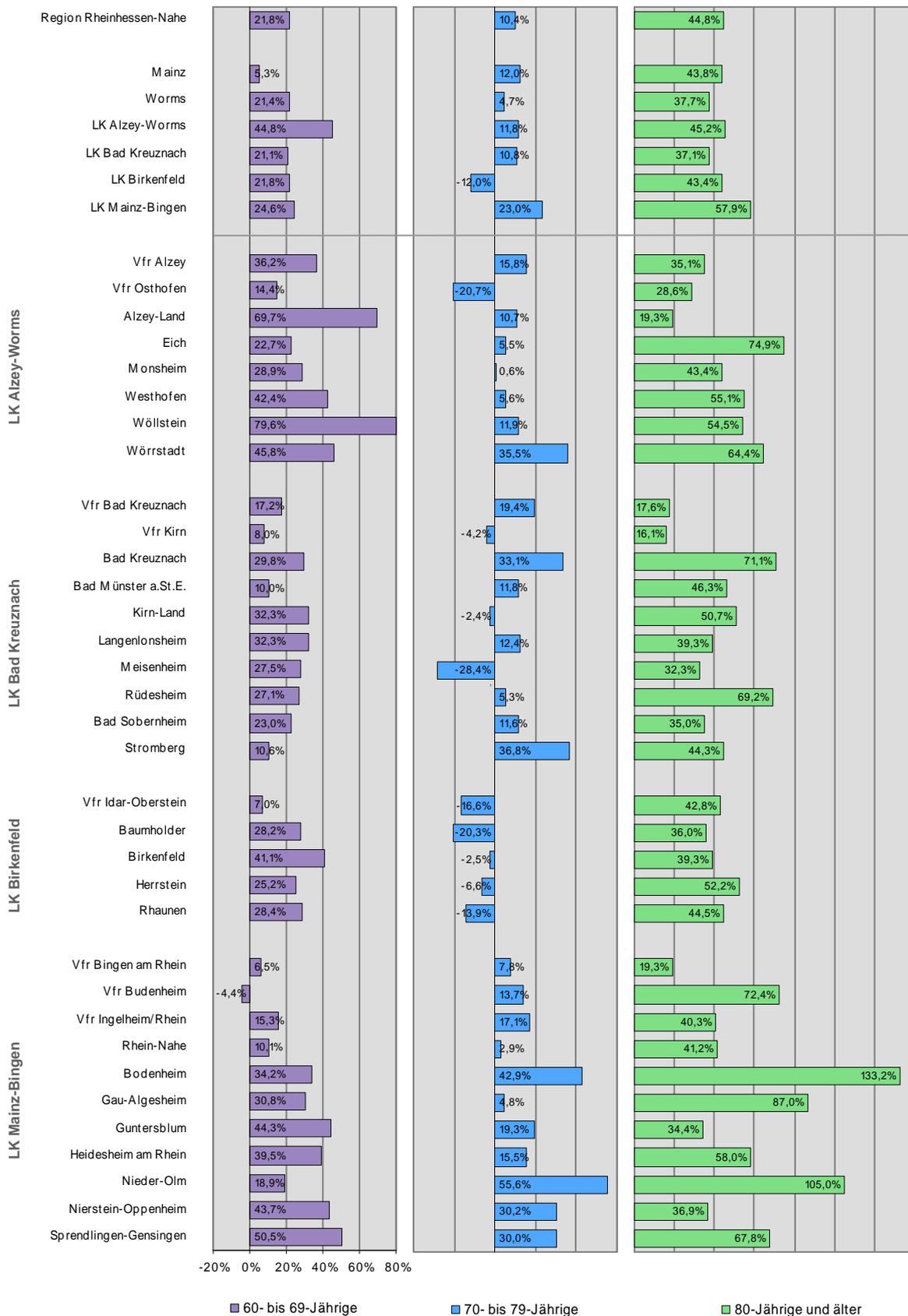
veränderte Ansprüche

In der Region nahm die Zahl der Pflegebedürftigen (Altersgruppe 60 Jahre und älter) zwischen 1999 und 2007 um 14,0 % zu. Bei ca. 11.800 (68,5%) der 17.234 Pflegebedürftigen erfolgte die Pflege im häuslichen Umfeld (2007). Davon erhielten knapp 8.100 ausschließlich Pflegegeld und gut 3.700 nahmen ambulante Dienste in Anspruch. Im Jahr 2007 wurden in der Region 170 Pflegedienste statistisch erfasst. Das sind 14 mehr als im Jahr 2009. Die Zahl der verfügbaren Plätze in stationären Einrichtungen nahm in diesem Zeitraum um knapp 25% zu.

Zahl der Pflegebedürftigen stieg in 8 Jahren um 14%



### Zukünftige Entwicklung der Älteren 2006 bis 2020 in den Landkreisen und Verbandsgemeinden der Region Rheinhausen-Nahe



Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung

© PGRN 2009

## 4.4. Technische Infrastruktur

### 4.4.1. Energieversorgung, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

Im Bereich der technischen Infrastruktur gilt der Grundsatz flächendeckender Versorgung. In § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 2 ROG heißt es: „Eine Grundversorgung der Bevölkerung mit technischen Infrastrukturleistungen der Ver- und Entsorgung ist flächendeckend sicherzustellen.“ Während die Stromversorgung sowie die Wasserver- und -entsorgung seit langem zur unverzichtbaren Kernausrüstung zählen, ist die Gasversorgung nur für Teilgebiete relevant.

ROG sichert flächendeckende Infrastruktur

Die Anlagen und Netze der Energieversorgung, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung zeichnen sich durch starre Netze und kaum flexible Anlagen aus, die sehr lange Nutzungszeiträume aufweisen und deren Erstellung mit sehr hohen Kosten verbunden ist. Gleichwohl erreichen die Kosten der Energieversorgungsnetze nicht die Höhe der Netze der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Die Aufwendungen für die technische Infrastruktur werden entscheidend von der Siedlungsdichte bestimmt, was sowohl für die Investitionskosten als auch die Folgekosten gilt. Ein Bevölkerungsrückgang führt zur Ausdünnung und Abnahme der Anzahl potenzieller Nutzer. Da die Fixkosten bei den Betriebs- und Unterhaltungskosten dieser Anlagen und Netze einen hohen Anteil einnehmen, sind die Möglichkeiten zur Kostenreduzierung bei einem Auslastungsrückgang sehr begrenzt. Somit werden die Kosten auf weniger Abnehmer bzw. eine geringere Anzahl Verbrauchseinheiten umgelegt werden. Aus diesem Grunde wird in diesem Bereich der Daseinsvorsorge insbesondere in Schrumpfungsräumen eine Steigerung der Fixkosten unvermeidbar.

Steigende Kosten zu erwarten

### 4.4.2. Telekommunikation

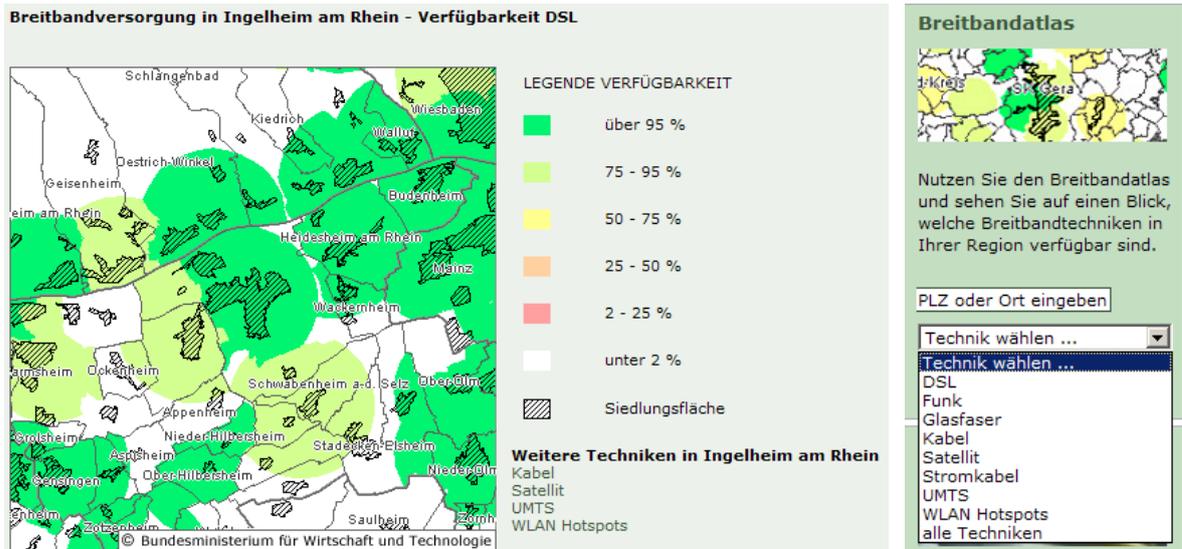
Im Prinzip sind auch die Angebote der Telekommunikation flächendeckend zu organisieren. Zwar ist das Telefonnetz flächendeckend ausgebaut, es bestehen aber noch erhebliche Versorgungslücken bei schnellen Internet-Breitbandzugängen (DSL). Der Zugang zu leistungsfähigen Kommunikationsinfrastrukturen wird immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor für die Attraktivität einer Region oder Gemeinde als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die Breitbandtechnologie eröffnet Unternehmen wie Verbrauchern neue Möglichkeiten. Bereits heute finden Anwendungen wie Videokonferenzen, Telemedizin, Telearbeit, Internet-Telefonie, E-Learning, online-Shopping, oder Musikdownloads große Verbreitung. Mittlerweile ist das Breitband-Internet in 98% aller deutschen Haushalte verfügbar.<sup>6</sup>

Standortfaktor  
Breitbandtechnologie

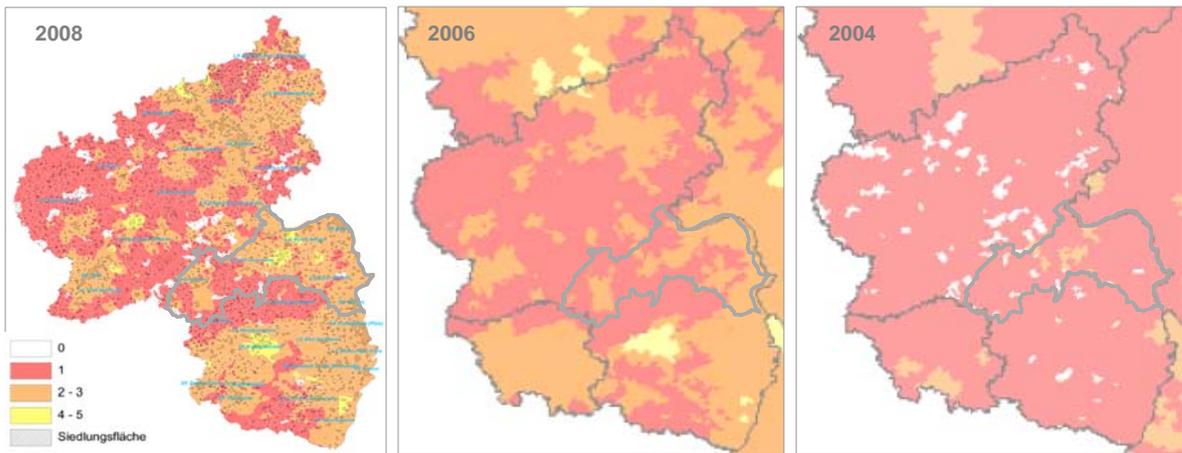
Dennoch können zahlreiche Gemeinden in der Region Rheinhessen-Nahe ihren Bürgern keinen Breitbandanschluss bieten. Diese Lücken in der Breitbandversorgung können nur mit öffentlicher Unterstützung geschlossen werden, weil sich die entsprechenden Investitionen kurz- und mittelfristig wirtschaftlich nicht tragfähig sind.

Der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie richtet sich an Privatpersonen wie Gewerbetreibende und unterstützt den Ausbau und die Nutzung von Zugangs-Technologien zum Breitband-Internet. Anhand von zahlreichen Karten wird veranschaulicht, welche Techniken in den einzelnen Gemeinden zur Verfügung stehen.

<sup>6</sup> Aus methodischen Gründen werden die Verfügbarkeiten der alternativen Techniken und Anbieter zur bundesweiten Verfügbarkeit von T-DSL hinzugerechnet. Dabei wird auch die Überschneidung der einzelnen Angebote rechnerisch berücksichtigt.



Auszug aus dem Breitband-Atlas (Online-Recherche Beispiel Ingelheim)  
 Quelle: <http://www.zukunft-breitband.de/>

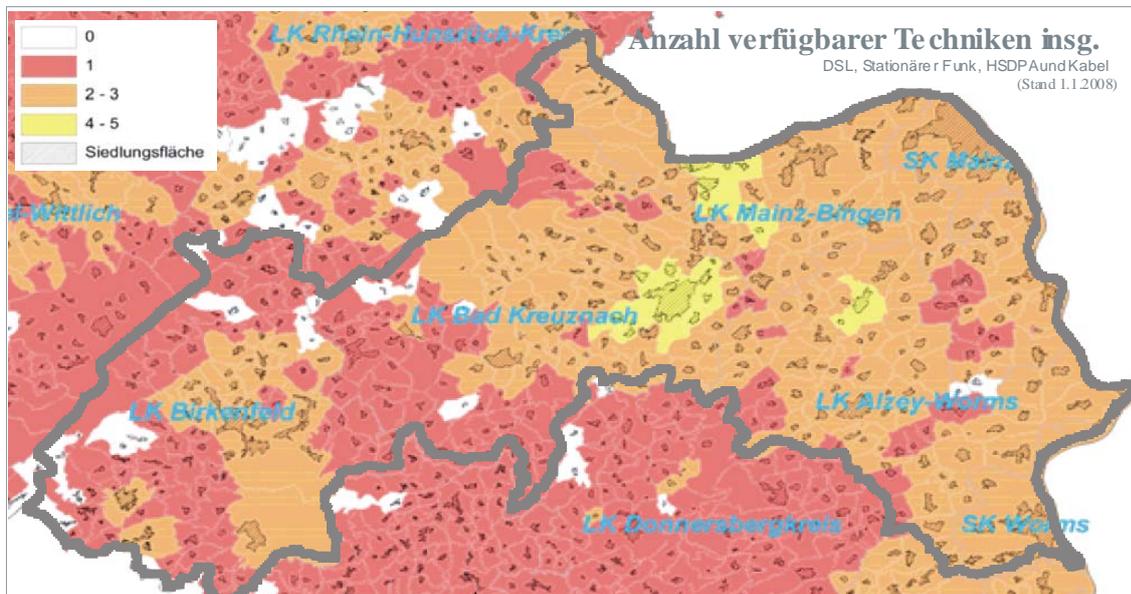
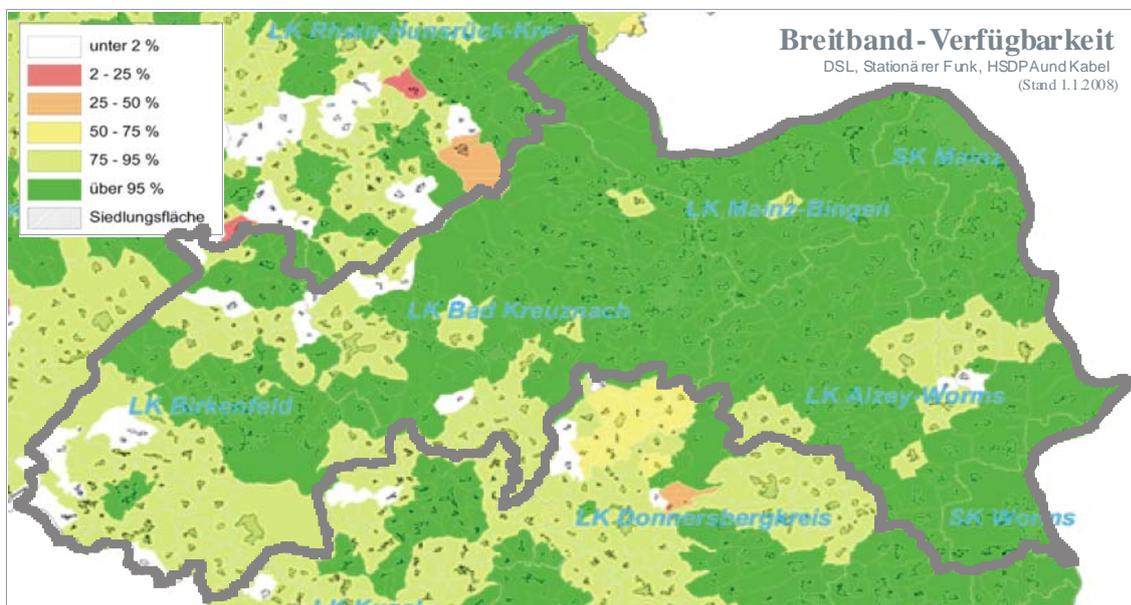
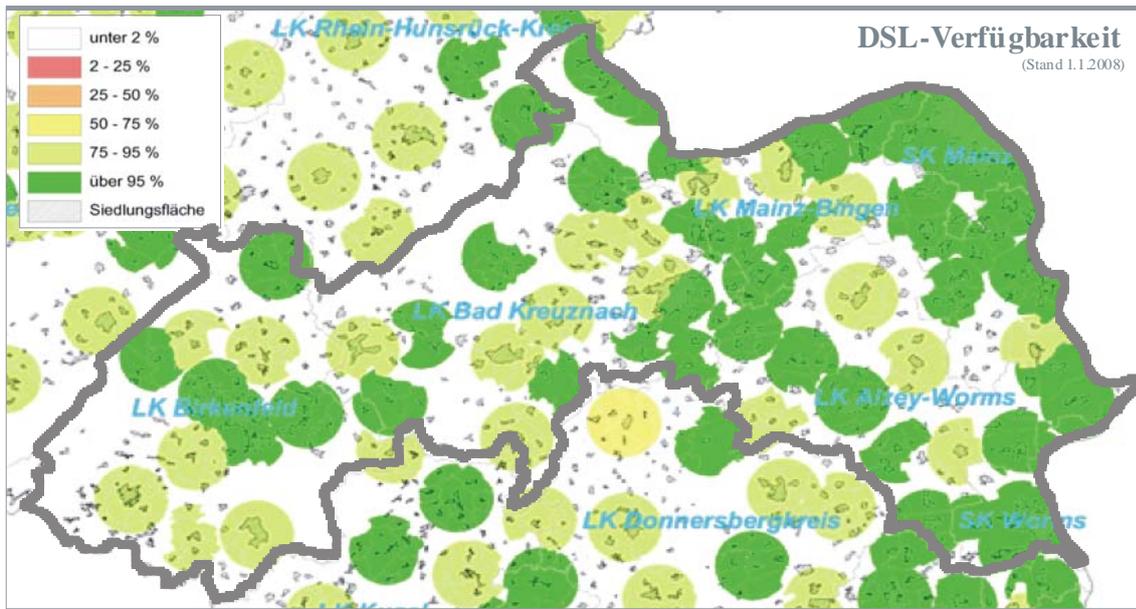


Entwicklung der Anzahl verfügbarer Breitband-Techniken in RLP  
 (berücksichtigt wurden die Techniken DSL, Stationärer Funk, HSDPA und Kabel)  
 Quelle: BMVBS 2005, 2006, 2008, veränderte Darstellung

In Rheinland-Pfalz wurde bereits 2003 die Breitband-Initiative gegründet, um Lücken in der breitbandigen Internetversorgung des ländlichen Raumes zu schließen.<sup>7</sup> Mit der Breitband-Initiative verfolgt die Landesregierung Rheinland-Pfalz das Ziel einer flächendeckenden Grundversorgung für einen schnellen Zugang zum Internet. Hierfür werden ab 2008 Projekte bis zu 2 Millionen Euro jährlich gefördert. Diese Förderung basiert auf einem gemeinschaftlichen Projekt der EU, des Bundes und der Länder. Gefördert werden hierbei zum einen die Wirtschaftlichkeitslücken, die den Anbietern, bzw. den Kommunen entstehen, um auch scheinbar "unwirtschaftliche" Kommunen an das globale Netz breitbandig anschließen zu können. Zum anderen werden Dienstleistungen externer Unternehmen gefördert, die die Kommunen gemäß den Förderrichtlinien beratend unterstützen.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> <http://www.breitband-initiative-rlp.de/>

<sup>8</sup> <http://www.breitband-rlp.de>



Breitbandverfügbarkeit in der Region Rheinessen-Nahe  
Quelle: Breitbandatlas (<http://www.zukunft-breitband.de/>), veränderte Darstellung

#### 4.5. Freizeit, Kultur und Sport

Ein entsprechendes Angebot zur Freizeitgestaltung gehört schon längst zu den Bestandteilen der Daseinsvorsorge. Eine breite und umfassende Ausstattung steht in der Regel in unmittelbarem Zusammenhang zur Bevölkerungszahl. Über das Instrument „Zentrale-Orte-Konzept“ findet eine an den Bedarf orientierte Steuerung der Ausstattung statt.

rückläufige Angebotsdichte zu erwarten

Der demographische Wandel spricht für eine rückläufige Entwicklung der Angebotsdichte. Zugleich werden aufgrund der Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und kommunalen Finanzen die Voraussetzungen zum Unterhalt von Kultur- und Freizeit- und Sporteinrichtungen öffentlicher Träger reduziert. Deshalb kommt den Angeboten in zentralen Orten für Freizeit, Kultur und Sport eine zunehmende Bedeutung zu, was eben auch hochgradig für die Versorgung ihres Umlandes gilt. Diese Anforderungen stehen aber in starker Abhängigkeit zu einem weiteren Problemfeld, die Erreichbarkeit der Angebote für eine breite Nutzergruppe. Umso mehr kommt es darauf an, das Angebot möglichst zu effizientem Mitteleinsatz zu erhalten und damit zugleich eine möglichst große Nutzerzahl anzusprechen. Dazu bieten sich vor allem an:

sinkende Erreichbarkeit

- Zusammenfassung von Leistungen, soweit sinnvoll, in einem Gebäude sowie Kooperation und Austausch, z. B. personell in der Verwaltung oder auch bei technischen Anlagen und Einrichtungen,
- interkommunale Kooperation, ggf. durch rotierende Angebote unter den beteiligten Städten, was sich bei Schaubühnen längst bewährt hat,
- dazu die Ausbildung interkommunal agierender gemeinsamer Trägerorganisationen, die für mehrere Kommunen gemeinsam Träger der Angebote sind,
- Aufgabe und Rückbau nicht tragbarer Angebote, die hohen Aufwand bei sehr begrenzter Nutzerzahl beinhalten,
- die Erweiterung des Angebots auf neue Bedarfsformen zur besseren Versorgungsabdeckung und effizienteren Auslastung von Personal und Einrichtungen,
- nach Möglichkeit Einbeziehung weiterer Träger, wie die Privatwirtschaft, den Kreis oder gemeinnützige Organisationen.

Lösungsansätze  
BMVBS / BBR

(BMVBS/ BBR 2007, S.39)

## 5. Ausblick

Der demographische Wandel führt nicht nur zur Veränderung der Altersstruktur und einem Verschieben zwischen Jung und Alt, sondern vermehrt zu starken Bevölkerungsverlusten, die zur Reduzierung der Auslastung und damit der Effizienz der Einrichtungen der Daseinsvorsorge. In von Schrumpfungprozessen betroffenen Räumen verfügen Kommunen und Kreise üblicherweise über eine unterdurchschnittliche Finanzausstattung, die als Folge der demographischen Veränderungen zusätzliche Einbußen erfährt. Von daher besteht dort oft ein besonders hoher Handlungsdruck bei Auslastungsdefiziten, der zur Aufgabe und zum Rückbau von Einrichtungen der Daseinsvorsorge führen kann.

unterdurchschnittliche  
Finanzausstattung  
forciert den Wandel

Den Möglichkeiten zum Rückbau sind jedoch Grenzen gesetzt, da für jeden Raum eine Kernausrüstung an Daseinsrichtungen für die Bevölkerung unverzichtbar bleibt. Aus diesem Grund wird es zukünftig für die Daseinsvorsorge in von Schrumpfungprozessen betroffenen Räumen nicht nur um eine Anpassung durch Schließung und Rückbau gehen, sondern es sind zugleich auch innovativ neue Wege und Konzepte zu verfolgen, mit denen eine ausreichende und angemessene Versorgung zu tragbaren Kosten machbar ist.

Rückbau nur  
begrenzte Chance  
zur Lösung

Handlungsoption	Kennzeichen	Entwicklung des Einzugsbereichs der Einrichtung	Beispiele	
Erhöhung der Erreichbarkeit		Verbesserung der Verkehrsanbindung zur Auslastungserhöhung	größer/gleich	optimierte ÖPNV-Netze, nachfrageorientierte Taktzeiten
Verkleinerung		Proportionale Reduzierung der Einrichtung/des Angebotes zur Bevölkerung	gleich/kleiner	reduziertes Busnetz
Dezentralisierung		Aufteilung in kleinere effiziente Einheiten (bei hohen Anbindungskosten)	kleiner	mehrere Biokläranlagen statt Großkläranlage, Bürgerämter statt Zentralverwaltung
Zentralisierung (mit Erreichbarkeitsstrategie)		Zusammenlegung von unterausgelasteten Einheiten mit komplementärer Erreichbarkeitsverbesserung	größer	Schulzusammenlegung mit Schulbussystem
Temporär-mobile Ansätze		Versorgungsinstitution nur zu eingeschränkten Zeiten verfügbar	gleich	Vor-Ort-Sprechstunden, Wochenmärkte, mobile Bibliotheken
Neustrukturierung Substituierung		Zweck wird durch neue Art der Aufgabenerfüllung erreicht	fallabhängig	Warenbestellung (Internet) statt Einkauf (Geschäft), Zusammenlegung von Klassen mit neuen pädagogischen Konzepten, Taxieinzelbedienung statt ÖPNV-Taktbedienung

Handlungsoptionen der Infrastrukturentwicklung  
Quelle: BMVBS/ BBR 2006, S. 82

Die Anpassungsprobleme gelten gleichermaßen auch für Verdichtungsräume. Deshalb wird es immer wichtiger, Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung auf die bevorstehende Entwicklung auszurichten. Bei Bauaktivitäten oder umfassender Sanierung sind verdichtete Siedlungsformen zu bevorzugen und für Einrichtungen der Daseinsvorsorge eine hochgradige Flexibilität für Nutzungsformen und Kapazitäten anzustreben.

Anpassungsprobleme  
auch im  
Verdichtungsraum

zu klärende Fragen

- Welche Einrichtungen der Daseinsvorsorge werden künftig für nicht nur weniger, sondern vor allem immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen erforderlich sein?
- Welche Bedeutung hat eine flächensparende Siedlungsentwicklung für eine kostensparende Infrastrukturversorgung?
- Wie kann auf die Siedlungsentwicklung im Hinblick auf eine akzeptable Infrastrukturversorgung der Bevölkerung Einfluss genommen werden?

flexible Konzepte, die mehrere Ansprüche abdecken

Diese und weitere Fragen verdeutlichen die Herausforderungen, die aus der Abnahme und Alterung der Bevölkerung sowie anhaltende Siedlungsflächenzunahme resultieren. Gefordert sind integrierte Entwicklungskonzepte, die einen ressourcenbewussten Umgang mit der Region als Lebensraum zum Maßstab der Politik erheben. Dabei wird eine Vielzahl von kleinen Projekten und Maßnahmen diesen Weg markieren. Gleichwohl sind diese einzubetten in eine regionale Strategie. Gerade knapper werdende Ressourcen verlangen nach Konzepten, die den großen Bogen spannen von konkreten Einzelprojekten, z.B. der Wiedernutzung einer Brachfläche bis hin zu interkommunalen Kooperationsformen mit den Nachbargemeinden. Dies gilt beispielsweise beim regionalen Flächenmanagement oder dem Ausbau institutioneller Kinderbetreuungsangebote bis hin zur Sensibilisierung und Vernetzung regionaler Akteure zur Erschließung der Potenziale einer seniorenorientierten Wirtschaft.

von guten Projekten profitieren

Bundesweite Forschungsprojekte in Modellregionen zeigen, dass Lösungen möglich sind. Einheitslösungen wird es aber kaum geben. Die Regionen brauchen vielmehr Anpassungsstrategien, die für ihre jeweiligen Ausgangssituationen, Chancen und Potenziale maßgeschneidert sind. Nicht nur die Regionen, die auf die Herausforderungen der nächsten Jahre schon jetzt mit den Weichenstellungen für morgen begonnen haben, sondern alle Regionen können von den Erfahrungen der bereits vom demographischen Wandel betroffenen Regionen lernen und sich fit für die Zukunft machen. Kooperative Planungen und Handlungsweisen müssen dabei zur Norm werden. Regionale Kooperation ist dabei unabdingbar. Es gilt nun in der (nahen und fernen) Zukunft, die Innenentwicklung von Städten und Gemeinden aktiv zu fördern.

## Anhang



- Forschungsprojekte
- Tabellen



---

## Anhang

### Forschungsprojekte zum Thema Daseinsvorsorge auf Bundesebene

Masterplan Daseinsvorsorge - Regionale Anpassungsstrategien

Projektbeginn: Juli 2008

[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_21916/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Forschungsfelder/MasterplanDasein/01\\_Start.html](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_21916/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Forschungsfelder/MasterplanDasein/01_Start.html)

Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzept – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion

Projektbeginn: November 2007

[http://www.bbr.bund.de/cln\\_005/nn\\_22560/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/SicherungDaseinsvorsorge/04\\_Ergebnisse.html](http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_22560/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/SicherungDaseinsvorsorge/04_Ergebnisse.html)

Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft

Projektbeginn: Juli 2007

[http://www.region-schafft-zukunft.de/cln\\_007/DE/Home/homepage\\_node.html? nnn=true](http://www.region-schafft-zukunft.de/cln_007/DE/Home/homepage_node.html? nnn=true)

Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge

Projektbeginn: Oktober 2005

[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_22560/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Forschungsfelder/OeffentlicheDaseinsvorsorge/01\\_Start.html](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_22560/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Forschungsfelder/OeffentlicheDaseinsvorsorge/01_Start.html)

Kooperation Zentraler Orte in schrumpfenden Regionen

Projektlaufzeit: Oktober 2006 - Oktober 2007

[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_21288/DE/Forschungsprogramme/AufbauOst/Infrastruktur/KooperationZentralerOrte/01\\_Start.html](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_21288/DE/Forschungsprogramme/AufbauOst/Infrastruktur/KooperationZentralerOrte/01_Start.html)

Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels

Projektlaufzeit: November 2005 – November 2006

[http://www.bbr.bund.de/nn\\_22554/DE/Forschungsprogramme/AllgemeineRessortforschung/BereichRaumordnung/StratBewaeltDemogrWandel/01\\_Start.html](http://www.bbr.bund.de/nn_22554/DE/Forschungsprogramme/AllgemeineRessortforschung/BereichRaumordnung/StratBewaeltDemogrWandel/01_Start.html)

## Bevölkerungsvorausberechnung nach Verbandsgemeinden und Landkreisen 2006-2020

Gebiet	2006		2010		2015		2020		2006-2020 nach Altersgruppen in %		
	absolut	2006-2010 in %	absolut	2006-2010 in %	absolut	2006-2015 in %	absolut	2006-2020 in %	< 20 Jahre	20 - <60 Jahre	>=60 Jahre
<b>Mainz</b>	<b>182.870</b>	<b>4,3%</b>	<b>190.799</b>	<b>4,3%</b>	<b>187.275</b>	<b>2,4%</b>	<b>184.229</b>	<b>0,7%</b>	<b>-10,3%</b>	<b>-12,8%</b>	<b>15,2%</b>
<b>Worms</b>	<b>80.361</b>	<b>2,3%</b>	<b>82.238</b>	<b>2,3%</b>	<b>82.066</b>	<b>2,1%</b>	<b>81.525</b>	<b>1,4%</b>	<b>-9,8%</b>	<b>-6,0%</b>	<b>18,8%</b>
Vfr Alzey	18.168	-0,3%	18.121	-0,3%	17.983	-1,0%	17.834	-1,8%	-9,2%	-12,1%	29,1%
Vfr Osthofen	8.762	-8,8%	7.989	-8,8%	7.578	-13,5%	7.272	-17,0%	-13,3%	-21,0%	4,2%
Alzey-Land	23.631	2,9%	24.323	2,9%	24.388	3,2%	24.374	3,1%	-21,9%	-3,8%	38,9%
Eich	12.422	3,6%	12.864	3,6%	12.939	4,2%	12.932	4,1%	-11,3%	-3,6%	25,2%
Monsheim	10.117	1,7%	10.291	1,7%	10.257	1,4%	10.120	0,0%	-17,7%	-4,5%	21,8%
Westhofen	12.091	-0,3%	12.059	-0,3%	12.017	-0,6%	11.984	-0,9%	-18,0%	-7,3%	31,4%
Wöllstein	11.649	3,4%	12.045	3,4%	12.162	4,4%	12.222	4,9%	-21,3%	-4,0%	50,3%
Wörstadt	27.343	5,4%	28.825	5,4%	29.238	6,9%	29.415	7,6%	-16,9%	-2,5%	45,8%
<b>LK Alzey-Worms</b>	<b>124.183</b>	<b>1,9%</b>	<b>126.517</b>	<b>1,9%</b>	<b>126.562</b>	<b>1,9%</b>	<b>126.153</b>	<b>1,6%</b>	<b>-16,7%</b>	<b>-6,2%</b>	<b>33,3%</b>
Vfr Bad Kreuznach	43.164	2,7%	44.311	2,7%	44.454	3,0%	44.131	2,2%	-14,8%	-1,9%	18,0%
Vfr Kirn	9.019	-7,7%	8.326	-7,7%	8.026	-11,0%	7.772	-13,8%	-14,3%	-16,2%	5,6%
Bad Kreuznach	8.575	8,7%	9.319	8,7%	9.643	12,5%	9.852	14,9%	-13,3%	6,3%	38,2%
Bad Münster am Stein-Ebernburg	11.398	-1,9%	11.185	-1,9%	10.982	-3,6%	10.770	-5,5%	-26,3%	-11,4%	18,2%
Kim-Land	10.655	-3,6%	10.275	-3,6%	10.126	-5,0%	9.968	-6,4%	-19,4%	-11,8%	23,1%
Langenlonsheim	13.413	-1,2%	13.256	-1,2%	13.099	-2,3%	12.941	-3,5%	-24,0%	-8,4%	26,7%
Meisenheim	8.709	-6,3%	8.162	-6,3%	7.948	-8,7%	7.713	-11,4%	-24,3%	-8,8%	7,3%
Rüdesheim	24.594	3,4%	25.436	3,4%	25.653	4,3%	25.677	4,4%	-13,8%	-2,6%	27,2%
Bad Sobernheim	18.559	-3,3%	17.954	-3,3%	17.571	-5,3%	17.227	-7,2%	-21,6%	-13,1%	21,7%
Stromberg	9.490	-2,0%	9.298	-2,0%	9.216	-2,9%	9.138	-3,7%	-16,2%	-10,8%	25,9%
<b>LK Bad Kreuznach</b>	<b>157.576</b>	<b>0,0%</b>	<b>157.522</b>	<b>0,0%</b>	<b>156.718</b>	<b>-0,5%</b>	<b>155.189</b>	<b>-1,5%</b>	<b>-17,7%</b>	<b>-6,4%</b>	<b>20,9%</b>
Vfr Idar-Oberstein	33.646	-8,7%	30.704	-8,7%	29.411	-12,6%	28.250	-16,0%	-22,3%	-16,4%	5,4%
Baumholder	10.604	-6,0%	9.971	-6,0%	9.662	-8,9%	9.382	-11,5%	-22,8%	-12,1%	10,9%
Birkenfeld	20.534	-3,1%	19.893	-3,1%	19.560	-4,7%	19.247	-6,3%	-22,4%	-10,8%	25,0%
Herrstein	17.607	-5,7%	16.597	-5,7%	16.085	-8,6%	15.522	-11,8%	-24,4%	-17,1%	19,1%
Rhaunen	7.903	-3,8%	7.599	-3,8%	7.382	-6,6%	7.182	-9,1%	-21,7%	-13,3%	15,9%
<b>LK Birkenfeld</b>	<b>90.294</b>	<b>-6,1%</b>	<b>84.764</b>	<b>-6,1%</b>	<b>82.100</b>	<b>-9,1%</b>	<b>79.583</b>	<b>-11,9%</b>	<b>-22,8%</b>	<b>-14,4%</b>	<b>13,7%</b>
Vfr Bingen am Rhein	24.710	-0,9%	24.489	-0,9%	24.101	-2,5%	23.643	-4,3%	-15,9%	-6,1%	9,5%
Vfr Budenheim	8.566	-0,1%	8.560	-0,1%	8.564	0,0%	8.572	0,1%	-3,8%	-4,0%	13,0%
Vfr Ingelheim am Rhein	24.678	-1,9%	24.201	-1,9%	23.702	-4,0%	23.224	-5,9%	-17,6%	-11,4%	20,6%
Rhein-Nahe	15.275	-1,8%	14.994	-1,8%	14.705	-3,7%	14.387	-5,8%	-23,1%	-8,2%	13,2%
Bodenheim	17.543	6,5%	18.688	6,5%	19.073	8,7%	19.268	9,8%	-9,6%	-5,2%	51,2%
Gau-Algesheim	15.574	4,6%	16.298	4,6%	16.458	5,7%	16.469	5,7%	-13,6%	-3,1%	31,7%
Guntersblum	9.577	-1,7%	9.413	-1,7%	9.350	-2,4%	9.313	-2,8%	-15,5%	-10,7%	33,7%
Heidesheim am Rhein	8.798	15,3%	10.147	15,3%	10.476	19,1%	10.656	21,1%	-4,2%	3,8%	34,5%
Nieder-Olm	28.393	13,0%	32.084	13,0%	33.272	17,2%	33.932	19,5%	-6,4%	5,2%	43,0%
Nierstein-Oppenheim	28.254	10,3%	31.169	10,3%	32.131	13,7%	32.650	15,6%	-4,2%	3,2%	38,1%
Sprendlingen-Gensingen	12.788	12,8%	14.423	12,8%	14.961	17,0%	15.304	19,7%	-5,9%	4,7%	46,7%
<b>LK Mainz-Bingen</b>	<b>194.156</b>	<b>5,3%</b>	<b>204.466</b>	<b>5,3%</b>	<b>206.793</b>	<b>6,5%</b>	<b>207.418</b>	<b>6,8%</b>	<b>-10,6%</b>	<b>-2,3%</b>	<b>29,9%</b>
<b>Rheinhesen-Nahe</b>	<b>829.440</b>	<b>2,0%</b>	<b>846.306</b>	<b>2,0%</b>	<b>841.514</b>	<b>1,5%</b>	<b>834.097</b>	<b>0,6%</b>	<b>-14,1%</b>	<b>-7,7%</b>	<b>22,4%</b>

Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

## Jugend- und Altenquotienten nach Verbandsgemeinden und Landkreisen 2003, 2006 und 2020

Gebiet	2003					2006					2020				
	unter 20 Jahre	20 bis <60 Jahre	60 Jahre und älter	Jugendquotient*	Altenquotient*	unter 20 Jahre	20 bis <60 Jahre	60 Jahre und älter	Jugendquotient*	Altenquotient*	unter 20 Jahre	20 bis <60 Jahre	60 Jahre und älter	Jugendquotient*	Altenquotient*
	<b>Mainz</b>	33.371	109.748	42.413	30,4	38,6	33.259	119.947	43.219	27,7	36,0	29.822	104.640	49.767	28,5
<b>Worms</b>	16.864	44.716	19.520	37,7	43,7	16.606	46.010	19.596	36,1	42,6	14.977	43.270	23.278	34,6	53,8
Vfr Alzey	3.859	10.222	4.093	37,8	40,0	3.664	10.250	4.259	35,7	41,6	3.326	9.011	5.497	36,9	61,0
Vfr Osthofen	2.004	4.630	2.188	43,3	47,3	1.828	4.433	2.097	41,2	47,3	1.584	3.502	2.186	45,2	62,4
Alzey-Land	5.719	13.651	4.843	41,9	35,5	5.494	13.784	4.908	39,9	35,6	4.292	13.267	6.815	32,4	51,4
Eich	2.836	6.992	2.909	40,6	41,6	2.719	7.070	2.958	38,5	41,8	2.412	6.817	3.703	35,4	54,3
Monshheim	2.336	5.670	2.460	41,2	43,4	2.243	5.550	2.443	40,4	44,0	1.845	5.300	2.975	34,8	56,1
Westhofen	2.870	6.668	2.657	43,0	39,8	2.725	6.726	2.676	40,5	39,8	2.235	6.232	3.517	35,9	56,4
Wöllstein	2.942	6.773	2.262	43,4	33,4	2.743	6.937	2.265	39,5	32,7	2.158	6.659	3.405	32,4	51,1
Wörrstadt	6.732	15.954	5.502	42,2	34,5	6.492	16.056	5.738	40,4	35,7	5.397	15.653	8.365	34,5	53,4
<b>LK Alzey-Worms</b>	29.298	70.560	26.914	41,5	38,1	27.908	70.806	27.344	39,4	38,6	23.249	66.441	36.463	35,0	54,9
Vfr Bad Kreuznach	9.065	22.936	11.270	39,5	49,1	8.871	23.524	11.443	37,7	48,6	7.557	23.071	13.503	32,8	58,5
Vfr Kirn	1.806	4.515	2.534	40,0	56,1	1.690	4.452	2.455	38,0	55,1	1.448	3.731	2.593	38,8	69,5
Bad Kreuznach	1.999	4.839	2.024	41,3	41,8	1.959	4.948	2.094	39,6	42,3	1.699	5.259	2.894	32,3	55,0
Bad Münster a.St.E.	2.128	5.817	3.513	36,6	60,4	1.974	5.867	3.481	33,6	59,3	1.455	5.201	4.114	28,0	79,1
Kirn-Land	2.225	5.739	2.655	38,8	46,3	2.052	5.763	2.623	35,6	45,5	1.653	5.085	3.230	32,5	63,5
Langenlonsheim	2.995	7.490	3.145	40,0	42,0	2.838	7.379	3.176	38,5	43,0	2.158	6.760	4.023	31,9	59,5
Meisenheim	1.738	4.421	2.377	39,3	53,8	1.629	4.404	2.298	37,0	52,2	1.233	4.015	2.465	30,7	61,4
Rüdesheim	5.733	13.537	5.804	42,4	42,9	5.635	13.697	5.880	41,1	42,9	4.856	13.341	7.480	36,4	56,1
Bad Sobernheim	4.049	9.826	4.687	41,2	47,7	3.840	9.740	4.727	39,4	48,5	3.012	8.464	5.751	35,6	67,9
Stromberg	1.966	5.198	2.358	37,8	45,4	1.875	5.100	2.397	36,8	47,0	1.572	4.549	3.017	34,6	66,3
<b>LK Bad Kreuznach</b>	33.704	84.318	40.367	40,0	47,9	32.363	84.874	40.574	38,1	47,8	26.643	79.476	49.070	33,5	61,7
Vfr Idar-Oberstein	6.407	16.957	9.577	37,8	56,5	5.942	16.545	9.304	35,9	56,2	4.617	13.824	9.809	33,4	71,0
Baumholder	2.219	5.491	2.697	40,4	49,1	2.078	5.523	2.639	37,6	47,8	1.604	4.852	2.926	33,1	60,3
Birkenfeld	4.677	11.012	4.930	42,5	44,8	4.334	11.065	4.813	39,2	43,5	3.362	9.867	6.018	34,1	61,0
Herrstein	3.753	9.015	4.824	41,6	53,5	3.424	8.913	4.657	38,4	52,2	2.587	7.389	5.546	35,0	75,1
Rhaunen	1.841	4.011	2.060	45,9	51,4	1.728	4.023	2.019	43,0	50,2	1.353	3.488	2.341	38,8	67,1
<b>LK Birkenfeld</b>	18.897	46.486	24.088	40,7	51,8	17.506	46.069	23.432	38,0	50,9	13.523	39.420	26.640	34,3	67,6
Vfr Bingen/Rhein	4.773	13.548	6.395	35,2	47,2	4.589	13.559	6.439	33,8	47,5	3.860	12.732	7.051	30,3	55,4
Vfr Budenheim	1.683	4.890	2.012	34,4	41,1	1.676	4.801	2.078	34,9	43,3	1.613	4.611	2.348	35,0	50,9
Vfr Ingelheim/Rhein	5.128	14.100	5.542	36,4	39,3	4.943	13.827	5.721	35,7	41,4	4.074	12.251	6.899	33,3	56,3
Rhein-Nahe	3.158	8.231	4.017	38,4	48,8	3.035	8.153	4.031	37,2	49,4	2.335	7.488	4.564	31,2	61,0
Bodenheim	3.763	10.503	3.579	35,8	34,1	3.789	10.627	3.816	35,7	35,9	3.427	10.070	5.771	34,0	57,3
Gau-Algesheim	3.468	8.776	3.604	39,5	41,1	3.424	8.923	3.694	38,4	41,4	2.959	8.646	4.864	34,2	56,3
Guntersblum	2.161	5.335	2.025	40,5	38,0	2.066	5.341	2.091	38,7	39,1	1.745	4.772	2.796	36,6	58,6
Heidesheim/Rhein	2.055	5.314	2.143	38,7	40,3	2.069	5.552	2.165	37,3	39,0	1.983	5.761	2.912	34,4	50,5
Nieder-Olm	6.548	17.239	6.012	38,0	34,9	6.655	17.510	6.498	38,0	37,1	6.228	18.414	9.290	33,8	50,5
Nierstein-Oppenheim	6.782	16.645	6.016	40,7	36,1	6.867	16.964	6.200	40,5	36,5	6.580	17.507	8.563	37,6	48,9
Sprendlingen-Gens.	3.187	7.569	2.623	42,1	34,7	3.201	7.885	2.749	40,6	34,9	3.012	8.258	4.034	36,5	48,8
<b>LK Mainz-Bingen</b>	42.706	112.150	43.968	38,1	39,2	42.314	113.142	45.482	37,4	40,2	37.816	110.510	59.092	34,2	53,5
<b>Rheinhesen-Nahe</b>	<b>174.840</b>	<b>467.978</b>	<b>197.270</b>	<b>37,4</b>	<b>42,2</b>	<b>169.956</b>	<b>480.848</b>	<b>199.647</b>	<b>35,3</b>	<b>41,5</b>	<b>146.030</b>	<b>443.757</b>	<b>244.310</b>	<b>32,9</b>	<b>55,1</b>

Datengrundlage: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, eigene Berechnungen

Tabelle 5: Orientierungsrahmen für Mindestversorgungsstandards in Bereichen mit unterschiedlicher zentralörtlicher Funktion			
Mindestversorgungsstandards	Zentralitätsstufe		
	OZ <sup>1</sup>	MB <sup>2</sup>	MZ <sup>3</sup>
<b>Bevölkerung</b>	ca. 100.000 Einwohner <sup>1</sup>		
<b>Erreichbarkeit</b> Zielwert/Zumutbarkeit im motorisierten Individualverkehr (MIV)/im öffentlichen Personenverkehr (ÖV mit Bus- und Schienen personenverkehr)	60/90 min		30/45 min
<b>Gesundheit/Pflege</b>			
- Krankenhaus Grundversorgung (ggf. Fachkrankenhaus)		X	X <sup>3</sup>
- Krankenhaus Schwerpunktversorgung (ggf. Maximalversorgung)	X <sup>1</sup>		
- Fachärztehaus			X
- dezentrale stationäre Pflegeeinrichtungen (teilstationär und vollstationär)		X	
<b>Kultur</b>			
- Theater/Orchester (öff. Trägerschaft)	X <sup>1</sup>		
<b>Weiterbildung</b>			
- qualifizierte öff. Bibliothek <sup>4</sup>		X	X <sup>3</sup>
- Volkshochschule und/oder Ortsstelle einer anerkannten Landesorganisation		X	
<b>Bildung</b>			
- Gymnasium/Integrierte Gesamtschule (mit Ganztagsangebot) mit Abschluss Hochschulreife		X	X <sup>3</sup>
- berufsbildende Schule		X	X <sup>3</sup>
- Fachhochschule/Universität/ Forschungseinrichtungen	X <sup>1</sup>		
<b>Sport</b>			
- Sportstätten überregionaler Bedeutung/ Veranstaltungsstätten	X <sup>1</sup>		
<b>Behörden/Gerichte</b>			
- Amtsgericht		X	X
- Finanzamt		X	1 von 3
- Agentur für Arbeit		X	
- Landgericht	X <sup>1</sup>		
<b>Verkehr</b>			
- Bahnhof, Haltepunkt (RLP-Taktverkehr)		X	X <sup>3</sup>
- IC/ICE Haltepunkt	X <sup>1</sup>		

x = notwendige Ausstattung im Regelfall für die jeweilige Zentralitätsstufe

1 Vgl. Entschließung der MKRO »Oberzentren« vom 16. Juni 1983.

2 Mittelbereich/mittelzentraler Funktionsraum.

3 Vgl. Entschließung der MKRO »Zentralörtliche Verflechtungsbereiche mittlerer Stufe in der Bundesrepublik Deutschland« vom 15. Juni 1972 sowie die Fortschreibung und Konkretisierung der Ausstattungskataloge in den vorhergegangenen Landesentwicklungsprogrammen Rheinland-Pfalz (LEP 68, LEP 80 und LEP III/95).

Die in Fettdruck und rot hervorgehobenen Einrichtungen stellen für die monozentralen Mittelzentren bzw. die Mittelbereiche eine anzustrebende verbindliche Ausstattung dar.

4 Kriterien: fachliche Leitung durch eine Diplom-Bibliothekskraft, Mindestbestand von 1,5 Medien je Einwohner; Verhältnis von Entleihungen zu Einwohnern: mindestens 3; mindestens 1 € Erwerbungsset je Einwohner.

## Literatur

Böckmann, L. (2008): Rheinland-Pfalz 2050. Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung - Teil 2 - Regionale Ergebnisse. In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008): Statistische Monatshefte 2/2008  
<http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/2008/02-2008-101.pdf>

Böckmann, L.; Kirschey, T. (2008). Bevölkerungsvorausberechnung für die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden bis 2020. In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008): Statistische Monatshefte 9/2008  
<http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/2008/09-2008-670.pdf>

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) Raumordnungsbericht 2005. Berichte, Band 21, Bonn 2005  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_21210/BBSR/DE/Fachthemen/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/Raumordnungsberichte/ROB2005/01\\_Veroeffentlichungen.html? nnn=true](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_21210/BBSR/DE/Fachthemen/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/Raumordnungsberichte/ROB2005/01_Veroeffentlichungen.html? nnn=true)

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007a): Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels. Werkstatt Praxis Heft 49. Bonn.  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_23486/DE/Veroeffentlichungen/WP/2007/2007\\_Heft49\\_DL\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/2007\\_Heft49\\_DL.pdf](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_23486/DE/Veroeffentlichungen/WP/2007/2007_Heft49_DL_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/2007_Heft49_DL.pdf)

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007b): Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demographischen Wandels. Enderbericht  
[http://www.bbr.bund.de/nn\\_21942/DE/Forschungsprogramme/AllgemeineRessortforschung/BereichRaumordnung/StratBewaeltDemogrWandel/DL\\_Enderbericht\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/DL\\_Enderbericht.pdf](http://www.bbr.bund.de/nn_21942/DE/Forschungsprogramme/AllgemeineRessortforschung/BereichRaumordnung/StratBewaeltDemogrWandel/DL_Enderbericht_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/DL_Enderbericht.pdf)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.) (2007): Politik für ländliche Räume - Konzeption zur Weiterentwicklung der Politik für ländliche Räume.  
[http://www.bmelv.de/cln\\_045/nn\\_751686/SharedDocs/downloads/01-Broschueren/KonzeptionWeiterentwicklungLaendlicherRaume.html nnn=true](http://www.bmelv.de/cln_045/nn_751686/SharedDocs/downloads/01-Broschueren/KonzeptionWeiterentwicklungLaendlicherRaume.html nnn=true)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2006): Umbau statt Zuwachs - Siedlungsentwicklung und öffentliche Daseinsvorsorge im Zeichen des demographischen Wandels.  
[http://www.bbr.bund.de/nn\\_22560/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2006/UmbauZuwachs.html](http://www.bbr.bund.de/nn_22560/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2006/UmbauZuwachs.html)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2007): Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte – gesellschaftspolitische Ziele und räumliche Organisation in der Diskussion. Stand der Fachdiskussion  
[http://www.bbr.bund.de/nn\\_21918/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/SicherungDaseinsvorsorge/DL\\_20Diskussionsstand\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/DL\\_Diskussionsstand.pdf](http://www.bbr.bund.de/nn_21918/DE/Forschungsprogramme/ModellvorhabenRaumordnung/Studien/SicherungDaseinsvorsorge/DL_20Diskussionsstand_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/DL_Diskussionsstand.pdf)

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS); Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Kooperation zentraler Orte in schrumpfenden Regionen. Praxiserfahrungsstudie. Werkstatt Praxis Heft 53  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_23486/DE/Veroeffentlichungen/WP/2008/heft53\\_DL\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/heft53\\_DL.pdf](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_23486/DE/Veroeffentlichungen/WP/2008/heft53_DL_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/heft53_DL.pdf)

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2007): Zukunft Breitband - Informationen zum Hochgeschwindigkeits-Internet.  
<http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/Service/publikationen.did=237712.html>

Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2005): Bericht zum Breitbandatlas.  
<http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/Service/publikationen.did=224230.html>

Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2006): Bericht zum Breitbandatlas 2006\_1.  
<http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/Service/publikationen.did=224230.html>

Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2008): Breitbandatlas 2007\_2. <http://www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/Service/publikationen.did=224230.html>

Dienstleistung und ortsnahe Rundumversorgung, DORV Zentrum Barmen  
[http://www.regiomanagement.de/dorvcms/front\\_content.php](http://www.regiomanagement.de/dorvcms/front_content.php)

Einig, K. (2007a): Ein Modellvorhaben zur Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge durch die Regionalplanung. Vorwort. In: BBR (Hrsg.): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. MORO-Informationen Nr.2/2 – 8/2007.  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_005/nn\\_21916/DE/Veroeffentlichungen/MORO/2/moro2\\_2\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/moro2\\_2.pdf](http://www.bbr.bund.de/cln_005/nn_21916/DE/Veroeffentlichungen/MORO/2/moro2_2_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/moro2_2.pdf)

Einig, K. (2007b): Umsetzung des Leitbildes „Daseinsvorsorge sichern“ durch Modellvorhaben. In: BBR (Hrsg.): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. MORO-Informationen Nr.2/1 – 4/2007.  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_007/nn\\_23558/DE/Veroeffentlichungen/MORO/2/moro2\\_1\\_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/moro2\\_1.pdf](http://www.bbr.bund.de/cln_007/nn_23558/DE/Veroeffentlichungen/MORO/2/moro2_1_templateld=raw,property=publicationFile.pdf/moro2_1.pdf)

- Einig, K. (2008): Infrastruktur und Daseinsvorsorge in der Flächen. In: BBR (Hrsg.) Informationen zur Raumentwicklung 1/2.2008.  
[http://www.bbr.bund.de/clin\\_007/nn\\_284644/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2008/1\\_2/Inhalt/1\\_2\\_Einfuehrung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/1\\_2\\_Einfuehrung.pdf](http://www.bbr.bund.de/clin_007/nn_284644/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2008/1_2/Inhalt/1_2_Einfuehrung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/1_2_Einfuehrung.pdf)
- Einig, K. (2008): Regulierung der Daseinsvorsorge als Aufgabe der Raumordnung im Gewährleistungsstaat. In: BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung 1/2 2008, S.17-40
- Financial Times Deutschland (2008): Ab geht die Post(-Filiale) Artikel vom 13.06.2008-10-16  
[http://www.ftd.de/unternehmen/handel\\_dienstleister/Ab%20Post%20Filiale/371824.html](http://www.ftd.de/unternehmen/handel_dienstleister/Ab%20Post%20Filiale/371824.html)
- Gatzweiler, H.-P. (2007): Räumliche Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Vortrag auf dem 2.Demographiekongress am 28. und 29. August 2007 in Berlin  
<http://www.daten.best-age-conference.com/2007/gatzweiler.pdf> (25.09.2008)
- Gawron, T. (2008): Zentrale-Orte-System und Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen: Zum Koordinationsdilemma zwischen Taumordnung und Fachplanung.UFZ-Diskussionspapiere  
[http://www.ufz.de/data/3\\_2008\\_Gawron8740.pdf](http://www.ufz.de/data/3_2008_Gawron8740.pdf)
- Gutsche, Jens-Martin, Katrin Fahrenkrug, Michael Melzer et. al. (2008): Diskursive Erarbeitung regionaler Anpassungsstrategien der Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel In: BBR (Hrsg.) Informationen zur Raumentwicklung 1/2.2008. S.115-127  
[http://www.raum-energie.de/fileadmin/raumundenergie-v3/content/projekte/MORO/Daseinsvorsorge/lzR\\_1\\_2\\_08\\_Seite\\_127\\_140.pdf](http://www.raum-energie.de/fileadmin/raumundenergie-v3/content/projekte/MORO/Daseinsvorsorge/lzR_1_2_08_Seite_127_140.pdf)
- Hahne, U. (2008): Innovative Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Präsentation zur Fachtagung Dorferneuerung in Hessen am 10.6.2008 in Knüllwald.  
[http://www.ibh-hessen.de/Downloads/veranstaltungen/ftdh08\\_innovative\\_daseinsvorsorge.pdf](http://www.ibh-hessen.de/Downloads/veranstaltungen/ftdh08_innovative_daseinsvorsorge.pdf)
- Kersten, Jens (2008): Mindestgewährleitungen im Infrastrukturrecht. In: BBR (Hrsg.) Informationen zur Raumentwicklung 1/2.2008. S.1-15  
[http://www.bbr.bund.de/clin\\_007/nn\\_284644/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2008/1\\_2/Inhalt/DL\\_kersten.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/DL\\_kersten.pdf](http://www.bbr.bund.de/clin_007/nn_284644/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2008/1_2/Inhalt/DL_kersten.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/DL_kersten.pdf)
- Kirschey, T. (2008): Rheinland-Pfalz 2050 - Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung - Teil 1 - Ergebnisse auf der Landesebene. In: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2008): Statistische Monatshefte 1/2008  
<http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/2008/01-2008-023.pdf>
- Kuschnerus, U. (2007): Der standortgerechte Einzelhandel. Bonn.
- Landtag von Baden-Württemberg (2008): Kleine Anfrage des Abg. Ulrich Müller CDU und Antwort des Wirtschaftsministeriums vom 29. 08. 2008 - Streichung fast aller Filialen der Deutschen Post AG im Land. Drucksache 14 / 3175  
[http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14\\_3175\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/3000/14_3175_d.pdf)
- Metropolregion Hamburg (2006): Leitprojekt Demographie und Daseinsvorsorge. Status-Quo-Bericht. Ziele, Trends und Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge.
- Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz (2008): Landesentwicklungsprogramm IV  
<http://www.ism.rlp.de/Internet/nav/a14/broker.jsp?uMen=c6f40d97-8d65-bd11-a3b2-171865a3eafa>
- Ministerkonferenz für Raumordnung (2005): Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Eckpunktebeschluss der 32. MKRO am 28. April 2008 in Berlin.
- Ministerkonferenz für Raumordnung (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland.  
[http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_982048/Leitbilder-und-Handlungsstrategien-fuer-die-Raumentwicklung-in-Deutschland-2006.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_982048/Leitbilder-und-Handlungsstrategien-fuer-die-Raumentwicklung-in-Deutschland-2006.pdf)
- Ministerkonferenz für Raumordnung (2008a): Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge. Eckpunktebeschluss der 35. MKRO am 29.April 2008 in Stuttgart.  
[http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_1048718/Eckpunktebeschluss-zum-Demographischen-Wandel-und-Daseinsvorsorge-29.-April-2008.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1048718/Eckpunktebeschluss-zum-Demographischen-Wandel-und-Daseinsvorsorge-29.-April-2008.pdf)
- Ministerkonferenz für Raumordnung (2008b): Umsetzung der Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland. Beschluss der 35. MKRO am 29.April 2008 in Stuttgart.  
[http://www.bmvbs.de/Anlage/original\\_1048714/Beschluss-zur-Umsetzung-der-Leitbilder-und-Handlungsstrategien-29.-April-2008.pdf](http://www.bmvbs.de/Anlage/original_1048714/Beschluss-zur-Umsetzung-der-Leitbilder-und-Handlungsstrategien-29.-April-2008.pdf)
- Opaschowski, H. W. (2001): Deutschland 2010. Hamburg
- Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe (2007): Regionaler Raumordnungsbericht 2007  
<http://www.pg-rheinhessen-nahe.de/html/download.html>
- Radermacher, F. J. (2003): Mit- und Gegeneinander der Kulturen in der globalen Informationsgesellschaft - : ein "balanced way" als Zukunftsentwurf. Paderborn

---

Sabbagh, J.; Röss, S.; Neef, M. (2006): Das System der Mittelbereiche in Rheinland-Pfalz und deren Tragfähigkeit. Neue Leitlinien und Handlungsstrategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge im Spannungsfeld des demographischen Wandels.

Siedentop, S. et al. (2006): Infrastrukturkostenrechnung in der Regionalplanung. BBR Praxis Heft 43.  
[http://www.bbr.bund.de/nr\\_23486/DE/Veroeffentlichungen/WP/1998\\_2006/2006\\_Heft43.html](http://www.bbr.bund.de/nr_23486/DE/Veroeffentlichungen/WP/1998_2006/2006_Heft43.html)

Siedentop, S. et al. (2006): Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten – Bilanzierung und Strategieentwicklung. Endbericht. BBR Online-Publikationen 3/2006.  
[http://www.bbr.bund.de/nr\\_23582/DE/Veroeffentlichungen/BBR-Online/2002-2006/ON032006.html](http://www.bbr.bund.de/nr_23582/DE/Veroeffentlichungen/BBR-Online/2002-2006/ON032006.html)

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2008): Kindertagesbetreuung regional 2007. Wiesbaden  
[http://www.statistik.rlp.de/soz/veroeff/SOZ-GV/Kindertagesbetreuung\\_regional\\_2007.pdf](http://www.statistik.rlp.de/soz/veroeff/SOZ-GV/Kindertagesbetreuung_regional_2007.pdf)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2004): Rheinland-Pfalz 2050, Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen, Band II Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Bad Ems

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007): Rheinland-Pfalz 2050 - Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung, Statistische Analysen Nr. 7. Bad Ems.